

Laura Rupp

# Der Lithium-Konflikt in Bolivien. Aushandlungen von Staatsbürgerschaft im Departamento Potosí im historischen Kontext

KLA Working Paper Series

Herausgegeben vom  
Kompetenznetz  
Lateinamerika

Published by the  
Research Network for  
Latin America

Publicados por la  
Red de Investigación sobre  
América Latina

Publicados pela  
Rede de Pesquisa sobre  
América Latina

Working Paper, No. 6, 2013

## Universities participating in the Research Network



Copyright for this edition: Laura Rupp

Editing and Production: Sarah Albiez-Wieck, Sebastian Schiffer

The KLA Working Paper Series serves to disseminate first results of research projects in order to encourage the exchange of ideas and academic debate. Inclusion of a paper in the KLA Working Paper Series does not constitute publication and should not limit publication in any other venue. Copyright remains with the authors.

All working papers are available free of charge on our website [www.kompetenznetz-lateinamerika.de](http://www.kompetenznetz-lateinamerika.de)

**How to cite this paper:** Rupp, Laura 2013: Der Lithium-Konflikt in Bolivien. Aushandlungen von Staatsbürgerschaft im Departamento Potosí im historischen Kontext, KLA Working Paper Series No. 6; Kompetenznetz Lateinamerika - Ethnicity, Citizenship, Belonging; URL: [http://www.kompetenzla.uni-koeln.de/fileadmin/WP\\_Rupp.pdf](http://www.kompetenzla.uni-koeln.de/fileadmin/WP_Rupp.pdf).

### Imprint

Kompetenznetz Lateinamerika

Ethnicity, Citizenship, Belonging

Godesbergerstr. 10

50968 Köln

Germany

E-Mail: [info-kla@uni-koeln.de](mailto:info-kla@uni-koeln.de)

Tel: + 49 0221 470 5480

Homepage: [www.kompetenznetz-lateinamerika.de](http://www.kompetenznetz-lateinamerika.de)

ISSN: 2199-0298

The research Network on Latin America cannot be held responsible for errors or any consequences arising from the use of information contained in this Working Paper; the views and opinions expressed are solely those of the author and do not necessarily reflect those of the Research Network.

Laura Rupp

## **Der Lithium-Konflikt in Bolivien. Aushandlungen von Staatsbürgerschaft im Departamento Potosí im historischen Kontext**

### **Abstract**

*Der Lithiumreichtum im Salar de Uyuni im Departamento Potosí wurde bereits vor mehreren Jahrzehnten entdeckt. Seither hat er auf vielen Seiten Hoffnungen auf regionale und nationale Entwicklung geweckt. Bisher wurde das bolivianische Lithium jedoch nicht industriell abgebaut und kommerzialisiert. Verschiedene Versuche privater Akteure, sich Zugang zu den Rohstoffen des Salars zu verschaffen scheiterten. Die Arbeit beleuchtet den Kontext, die Konflikte und Diskurse rund um diese vereitelten Versuche in den vergangenen 20 Jahren anhand von Artikeln regionaler Potosiner Zeitungen.*

*Unter der Regierung Evo Morales und seiner Partei, dem MAS, wurde eine staatliche Lithium-Strategie zur nationalisierten Ausbeutung entwickelt. Doch auch unter diesem neuen Ansatz entstehen wiederum neue Probleme, welche historische Ursachen haben. Die Arbeit bietet einen Einblick in die historischen Thematiken, welche die Grundlage für die aktuellen und für die in Zukunft zu erwartenden regionalen Konflikte rund um das Lithium darstellen.*

### **Biographical Notes**

Laura Rupp ist wissenschaftliche Hilfskraft im Teilprojekt Köln des Kompetenznetzes Lateinamerika – Ethnicity, Citizenship, Belonging. Sie hat Regionalwissenschaften Lateinamerika (Diplom) an der Universität zu Köln und der Universidad de Antioquia in Medellín, Kolumbien, studiert. Zudem engagierte sie sich in diversen Projekten zum Thema Nachhaltigkeit. Ihre Forschungsschwerpunkte sind die Andenländer (Bolivien, Ecuador, Kolumbien), und hier insbesondere Rohstoffthemen und Indigenität. Die vorliegende Arbeit ist eine überarbeitete Version ihrer Diplomarbeit, die im Juni 2013 im Fach Iberische und Lateinamerikanische Geschichte an der Universität zu Köln eingereicht wurde.

## Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis .....	3
Karte des Departamento Potosí .....	5
1. Einleitung .....	6
2. Begriff und Praxis der Staatsbürgerschaft .....	7
2.1 Staatsbürgerschaft als Bündel an Rechten und Pflichten .....	8
2.2 Staatsbürgerschaft als aktive Beteiligung .....	9
2.3 Staatsbürgerschaft in Bolivien: historische Perspektive .....	12
2.3.1 Akteure und Formen staatsbürgerschaftlicher Aushandlungen in Bolivien .....	16
3. Materialdiskussion.....	18
4. Lithium in Potosí: Konflikte .....	22
4.1 Lithium-Konflikt: regionale staatsbürgerschaftliche Aushandlungen .....	24
4.1.1 Motiv: Historisches Selbstverständnis und aktuelle Situation .....	24
4.1.2 Konflikt: Besitzansprüche und Beteiligung.....	27
4.1.3 Regionale Beteiligung: Einnahmen, Partizipation, Repräsentation .....	30
4.2 Historische Periodisierung des Lithium-Konflikts in Potosí .....	34
4.2.1 Vorgeschichte .....	34
4.2.2 Der vereitelte Vertrag mit LITHCO 1992.....	36
4.2.3 2002-2005: Konzessionen am Salar .....	42
4.2.4 Seit 2006: Machtwechsel zum MAS, veränderte Rahmenbedingungen .....	47
4.2.5 Ausblick: Repräsentation und regionale Beteiligung am Lithium .....	58
5. Zusammenfassung.....	62
Literaturverzeichnis .....	65

## Abkürzungsverzeichnis

CCII-REB	Comité Científico de Investigación para la Industrialización de los Recursos Evaporíticos de Bolivia
CEDIB	Centro de Documentación e Información Bolivia
CEPROMIN	Centro de Promoción Minera
CIRESU	Complejo Industrial de Recursos Evaporíticos del Salar de Uyuni
COB	Central Obrera Boliviana
COMCIDEPO	Comité Cívico Departamental
COMCIPO	Comité Cívico Potosinista
COMCIPRO	Comité Cívico Provincial
COMIBOL	Corporación Minera de Bolivia
COR	Central Obrera Regional
CORDEPO	Corporación Regional de Desarrollo Potosí
CSUTCB	Confederación Sindical Única de Trabajadores Campesinos de Bolivia
DNRE	Dirección Nacional de Recursos Evaporíticos
EBRE	Empresa Boliviana de Recursos Evaporíticos
ENFE	Empresa Ferrocarril Nacional de Bolivia
FEDECOMIN	Federación Departamental de Cooperativistas Mineras
FMC	Food Machinery Chemical Corporation
FRUTCAS	Federación Regional Única de Trabajadores Campesinos del Altiplano Sur
FSUMCAS (-BS)	Federación Sindical de Mujeres Campesinas del Altiplano Sud (- Bartolina Sisa)
GEOBOL	Servicio Geológico de Bolivia
GNRE	Gerencia Nacional de Recursos Evaporíticos
INE	Instituto Nacional de Estadística
LITHCO	Lithium Corporation
MAS-IPSP	Movimiento al Socialismo (- Instrumento Político por la Soberanía de los Pueblos)

MIP	Movimiento Indígena Pachakuti
MNR	Movimiento Nacionalista Revolucionario
ORSTOM	l'Office de la recherche scientifique et technique outre-mer
SERGEOTECMIN	Servicio Nacional de Geología y Técnico de Minas
UATF	Universidad Autónoma Tomás Frías
UMSA	Universidad Mayor de San Andrés

## Karte des Departamento Potosí



Quelle: <http://www.mirabolivia.com/imagenes/mapas/ppotosi770.gif> [Stand 08.06.2013]

## 1. Einleitung

Bolivien beherbergt das „weiße Gold der Zukunft“<sup>1</sup>, es hat die größten Lithiumvorkommen weltweit. In der nationalen und internationalen Presse erhielt das bolivianische Lithium seit 2008 zunehmende Aufmerksamkeit. Das liegt zum einen an der Bedeutung des Rohstoffs als Energiespeicher für Elektrogeräte und Elektro-Autos, zum anderen an dem vom bolivianischen Präsidenten Evo Morales angestoßenen staatlichen Lithium-Programm. Ist „Bolivien im Lithium-Rausch“ (Gerisch 2011)?

Bei genauerer Betrachtung fällt auf, dass das Lithium im Salar de Uyuni zwar bereits vor Jahrzehnten entdeckt und wirtschaftlich interessant wurde, aber bis heute nicht industriell abgebaut und kommerzialisiert wird. Nach wie vor gehören das Land und die Lithium beherbergende Region zu den ärmsten des ganzen Kontinentes. Es drängt sich die Frage auf, weshalb das Lithium nicht längst abgebaut wird, warum Bolivien diesen Rohstoffreichtum, anders als zum Beispiel die Nachbarländer Chile und Argentinien, nicht nutzt und sich die großen Hoffnungen auf eine regionale Entwicklung auf Grundlage des Lithiums bisher nicht bewahrheitet haben. Die Antwort auf diese Frage besteht aus mehreren Teilkomponenten, es bestehen Konflikte und Widerstände auf verschiedenen Ebenen. Als einen zentralen Aspekt, der die Lithium-Ausbeutung bisher verhinderte, und der auch in Zukunft problematisch bleiben könnte, betrachtet diese Arbeit die regionale Konfliktebene.

Das Ziel des vorliegenden Papers ist es, den Lithium-Konflikt mit dem Konzept Staatsbürgerschaft zu verbinden, beides in einer historischen Perspektive zu betrachten und hierbei die regionalen Aushandlungen darzustellen. Auf regionaler Ebene wird die Staatsbürgerschaft dynamisch ausgehandelt, definiert und ausgelebt. Rohstoffkonflikte sind in erster Linie Konflikte um Teilhabe und Mitbestimmung. Auch die staatsbürgerschaftlichen Aushandlungen des Abbaus von Lithium im Departamento Potosí sind durch Fragen der Beteiligung geprägt. Hierbei geht es um die staatsbürgerschaftliche Teilhabe der regionalen und lokalen Bevölkerung an Debatten und Entscheidungen rund ums Lithium, vor allem auch an möglichen Einnahmen durch dessen Abbau. Im Rahmen dieser aktiven Aushandlungen kämpfen die Bürger\_innen des Departamentos auch um eine staatsbürgerschaftliche Teilhabe überhaupt. Motive, Akteure, Argumente und Formen dieser Aushandlungen haben einen historischen Hintergrund, der für ein Verständnis aktueller Konflikte und Positionen rund um das Lithium wichtig ist. Der historische Verlauf wurde vom jeweiligen Kontext geprägt und prägte wiederum die aktuellen Positionen und Aushandlungen.

Dieser historische Hintergrund des Lithium-Konfliktes ist kaum wissenschaftlich aufgearbeitet. Daher widmet sich diese Arbeit den Aushandlungen von Staatsbürgerschaft im historischen Kontext. In Kapitel 2 wird ein an diese Arbeit angepasster definitorischer Ansatz von

---

1 Dieser Ausdruck wurde zum geflügelten Wort für das bolivianische Lithium, siehe u.a. Beutler 2011.

Staatsbürgerschaft entwickelt sowie ein Abriss über die Geschichte und die zentralen Gegenstände staatsbürgerlicher Aushandlungen in Bolivien gegeben.

Zur detaillierten Rekonstruktion der historischen Konfliktlinien und regionalen Aushandlungen werden für die vorliegende Arbeit bolivianische Zeitungsartikel der Jahre 1992-2010 analysiert. Hierdurch wird ein zeitgenössischer Einblick in die Aushandlungsprozesse und Diskurse rund ums Lithium im Departamento Potosí ermöglicht, der die historische Entwicklung der heutigen Konfliktbestandteile beleuchtet. Zugleich können auch Beobachtungen über die Darstellung dieser Aushandlungen in den Zeitungen gemacht werden. Die Begrenzungen des Materials werden in Kapitel 3 besprochen.

Kapitel 4 betrachtet zunächst die Komponenten des regionalen Lithium-Konfliktes um dann seinen historischen Verlauf der regionalen staatsbürgerschaftlichen Aushandlungen darzustellen. Die betrachtete Zeitspanne beginnt mit den ersten Erforschungen der evaporiten Rohstoffe des Salars de Uyuni in den 1970er Jahren und endet in der Gegenwart. Der Betrachtungsschwerpunkt liegt allerdings auf den durch das empirische Material vorgegebenen 19 Jahren. Dieser Betrachtungszeitraum ist von zwei großen Ereignissen eingerahmt. Er beginnt mit dem ersten vereitelten Privatisierungsversuch 1992 und endet mit den massiven Aufständen in Potosí 2010 gegen die Nationalregierung. Die Betrachtung der historischen Etappen des Konfliktes endet mit einem Ausblick über die mögliche zukünftige Beteiligung und Konfliktpotenziale auf regionaler Ebene. In Kapitel 5 komme ich auf Grundlage der historischen Konfliktlinien zu dem Ergebnis, dass die regionalen Beteiligungsforderungen einen zentralen Faktor für das bisherige Ausbleiben eines Lithium-Abbaus am Salar de Uyuni darstellt und dass die regionale Beteiligung auch in Zukunft ein kritischer Faktor für die Umsetzung des Lithium-Projektes bleiben wird. Ob die regionalen Interessen im Lithium-Thema in Zukunft berücksichtigt werden, und ob somit die wirtschaftlichen Hoffnungen in der Region schließlich erfüllt werden können bleibt unsicher.

## **2. Begriff und Praxis der Staatsbürgerschaft<sup>2</sup>**

Das Konzept von Staatsbürgerschaft ist vielschichtig und dynamisch. Um der Realität von Staatsbürgerschaft gerecht zu werden und diese zu erfassen, muss sich das theoretische Konzept flexibel an die betrachtete Empirie anpassen. Da sich die empirische Staatsbürgerschaft entsprechend der historisch-gesellschaftlichen Kontexte stetig wandelt, wird auch das Konzept von Staatsbürgerschaft kontinuierlich weiterentwickelt und erweitert (Turner 1993a: viii, 11; Dagnino 2006: 16-17). Das Verständnis von Staatsbürgerschaft und die spezifische Ausformung der staatsbürgerschaftlichen Regime und Praktiken sind jeweils in den historischen Erfahrungen, Entwicklungen und Wertvorstellungen einer Gesellschaft begründet,

---

<sup>2</sup> In dieser Arbeit wird bewusst der deutsche Begriff „Staatsbürgerschaft“ verwendet, anstatt dem geläufigen englischen „citizenship“. Wie die Definition darstellen wird, geht das Konzept der Staatsbürgerschaft weit über die bloße rechtliche Bezeichnung von „Staatsangehörigkeit“ hinaus.

sowie von den geographischen, strukturellen und kulturellen Bedingungen geprägt (Isin 2009: 368; Turner 1993a: 9). Entsprechend dem historischen, politischen und gesellschaftlichen Kontext bilden sich spezifische Formen der Beziehungen und Interessensvermittlung zwischen dem Staat und dessen Bevölkerung aus. Staatsbürgerschaft konfiguriert sich immer wieder anders, dementsprechend werden andere Aspekte in der gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Debatte relevant (Dagnino 2003: 19-20).

Im Folgenden wird ein definitorischer Ansatz von Staatsbürgerschaft vorgestellt, der auf die in dieser Arbeit spezifische untersuchte Realität anwendbar ist. Hierzu wird zunächst ein allgemeiner Überblick über die Theorie der Staatsbürgerschaft dargestellt um dann auf die Besonderheiten und die historische Entwicklung von Staatsbürgerschaft in Bolivien einzugehen.

## 2.1 Staatsbürgerschaft als Bündel an Rechten und Pflichten

Staatsbürgerschaft ist ursprünglich ein klassisches westliches Konzept der politischen Theorie, welches seit den 1990ern im Rahmen der „citizenship studies“ verstärkt auch aus interdisziplinären Perspektiven wissenschaftlich betrachtet wird (Isin & Turner 2008: 1).<sup>3</sup> Der historisch erste Anhaltspunkt für Staatsbürgerschaft liegt in der griechischen Antike.<sup>4</sup> Das moderne Konzept jedoch wird seit der Französischen Revolution mit Demokratie im nationalstaatlichen Kontext verbunden (Turner 1993a: vii-ix). Die klassischen theoretischen Überlegungen zu Staatsbürgerschaft entsprangen einem eurozentrierten, von westlicher Geschichtserfahrung geprägten Bild des Staatsbürgers im Kontext eines Nationalstaats, der seine Mitglieder identifiziert und ihnen gewisse Rechte und Pflichten zuschreibt. Durch Kolonialisierung und Modernisierung wurde das Konzept der Staatsbürgerschaft auf andere Gesellschaften und deren Verfassungen übertragen (Turner 1993a: vii-ix).

Die klassische Staatsbürgerschafts-Theorie wurde durch T.H. Marshall (Marshall 1950) begründet. Nach Marshall ist die moderne Staatsbürgerschaft durch drei Bündel staatsbürgerrechtlicher Rechte und Pflichten charakterisiert: Bürgerliche Rechte (z.B. Besitzrechte, individuelle Freiheiten, Gleichheit vor dem Gesetz), politische Rechte (z.B. Recht zur direkten und indirekten Teilhabe an der Regierung durch Wahl- und Partizipationsrechte) und soziale Rechte (z.B. soziale Wohlfahrt, Gesundheitssystem, Bildung). Diese entstanden laut Marshall sukzessive in der benannten Reihenfolge, Bürgerrechte bildeten die Grundlage für politische Rechte und diese wiederum für soziale Rechte (Turner 1993a: 6; Kohl 2003: 338). Diese Vorstellung des sukzessiven Entstehungsprozesses staatsbürgerrechtlicher Rechte entwickelte Marshall anhand einer historischen Betrachtung Großbritanniens.<sup>5</sup> Seine Theorie

---

3 Turner führt die Konjunktur des Konzeptes Staatsbürgerschaft unter anderem auf die Krisen der 1990er-Jahre, d.h. den Konflikt zwischen liberalen Wirtschaftssystemen und sozialen Rechten, zurück (Turner 1993a: viii).

4 Staatsbürgerschaft im Sinne von Bürgerbeteiligung im Stadtstaat, mit universeller Staatsbürgerschaft, die jedoch auf bestimmte Bevölkerungsgruppen limitiert war.

5 Der Fokus Marshalls Untersuchung lag auf der Vereinbarkeit von Kapitalismus und Demokratie. Die sozialen Rechte des Wohlfahrtsstaates wurden als Lösung dieses Konfliktes gesehen.

bleibt somit fallbeschränkt und erlaubt keine unmittelbare Übertragung auf andere Länder. In der Praxis kam es häufig nicht zu dieser geradlinigen Evolution der Rechte und deren Zusammenstellung kann unterschiedlich gestaltet sein (Turner 1993a: viii, 6, 15; Kohl 2003: 338; Yashar 2007: 46).<sup>6</sup>

Die Definition von Staatsbürgerschaft nach Marshall als ein Bündel an Rechten und Pflichten bleibt grundsätzlich bestehen, ist jedoch um viele Aspekte zu erweitern. Die Konjunktur der theoretischen Debatte um Staatsbürgerschaft in den letzten Jahrzehnten beeinflusste die Nutzung und Ausweitung des Konzeptes (Isin & Turner 2008: 1-2, 4, 7). Es wurde dafür plädiert, die Bandbreite der Rechte durch neue Kategorien wie kulturelle, ökonomische oder ökologische zu erweitern (Turner 1993a: 2, 7, 13). In der Praxis können die Ausgestaltung, Gewichtung und Reichweite der staatsbürgerschaftlichen Rechte über Zeit und Raum sehr unterschiedlich sein (Isin & Turner 2008: 3). Die Auffassung von Staatsbürgerschaft und die praktische Umsetzung von staatlicher Seite hängen von der Perspektive der dominanten gesellschaftlichen Sektoren und dem politischen Projekt der Regierungen ab (Dagnino 2006: 39). Entsprechend der Ausprägung der Marshallschen Rechtetritologie und der Gewichtung zwischen Markt, Staat und Gesellschaft wurden unterschiedliche Typen von Staatsbürgerschaftsregimen identifiziert. (Neo-)liberale und konservative Regime betonen die bürgerlichen und politischen Rechte im Sinne individueller Freiheiten, soziale Dienstleistungen werden gegebenenfalls vom Markt bereitgestellt. Korporatistische, sozialistische oder sozialdemokratische Regime mit kommunitaristischen Vorstellungen, tendieren stärker zu sozialen Rechten, die vom Staat bereitgestellt werden (Yashar 2007: 46-47).<sup>7</sup> In der klassischen Theorie und den zeitgenössischen demokratisch-republikanischen Staaten herrscht ein liberales Staatsbürgerschaftskonzept vor, nach dem allen Staatsbürgern als Individuen die gleichen universellen Rechte und Pflichten verliehen werden (Kohl 2003: 338). Diese Vorstellung wird von kommunitaristischen Konzepten angegriffen, die kollektive staatsbürgerschaftliche Subjektivitäten und Vermittlungseinheiten ermöglichen. Eine Erweiterung stellen differenzierte Staatsbürgerschaftskonfigurationen dar, die eine allgemeine Heterogenität der staatsbürgerschaftlichen Elemente, also der Subjekte, Repräsentationseinheiten, Rechte und Vermittlungsformen, anerkennen (Yashar 1999: 90-92; Yashar 2007: 42-45).

## 2.2 Staatsbürgerschaft als aktive Beteiligung

Für die vorliegende Untersuchung betrachte ich Staatsbürgerschaft als die Gesamtbeziehung zwischen den Bürgern und dem Staat, bestehend aus drei Aspekten: Der Definition dessen, wer Staatsbürger ist, wie die Beziehung zwischen dem Staatsbürger und dem Staat

---

<sup>6</sup> So sind in sozialistischen Gesellschaften zum Beispiel soziale Rechte weiter entwickelt als politische, was der Theorie von Marshall der notwendig sukzessiven Evolution der Rechte widerspricht.

<sup>7</sup> Isin und Turner entwickelten entsprechend der Ausprägung sozialer Rechte die Typen liberales, korporatistisches und sozialdemokratisches/republikanisches Staatsbürgerschaftsregime (Isin & Turner 2008: 3-4), die mit den Typen der Wohlfahrtsstaaten von Esping-Anderson, dem liberalen, konservativ-korporatistischen und sozialdemokratischen Typ, übereinstimmen (Esping-Andersen 1990).

ausgestaltet ist und was die Inhalte (also Rechte und Pflichten) dieser Staatsbürgerschaft sind. Demnach ist die Beziehung zwischen den Bürgern und dem Staat geprägt durch Ein- und Ausschlussmechanismen, durch eine Kombination von Rechten und Pflichten und durch eine Aushandlungskultur und Vermittlungsinstanzen. Diese Bestandteile werden kontextspezifisch ausgestaltet, entsprechend der jeweils dominanten Ideologie, den jeweiligen Machtbeziehungen und der historisch geprägten Haltung von Staat und Volk (Postero 2007: 222). Yashar spricht bei der jeweiligen Kombination dieser drei Aspekte ebenfalls von Staatsbürgerschaftsregimen („citizenship regimes“, Yashar 2007).<sup>8</sup>

Die Erlangung des staatsbürgerschaftlichen Status, die Inhalte der staatsbürgerschaftlichen Rechte und die Aushandlungsformen zwischen Staat und Gesellschaft können unter dem Aspekt der Beteiligung gesehen werden. Daher fasse ich für den Zweck dieser Arbeit alle drei Elemente der Staatsbürgerschaft unter dem Aspekt der Teilhabe zusammen. Staatsbürgerschaft bedeutet, Teil der Gesellschaft zu sein. Der Status stellt die formale Befähigung zur Teilhabe dar, die Rechtausformung legt die Reichweite und Formen der Beteiligung fest, die Aushandlungen von Staatsbürgerschaft sind die eigentliche Beteiligung beziehungsweise stellen deren Einforderung dar.

Damit erfasst Staatsbürgerschaft unter meinem Blickwinkel den Grad der politischen, sozialen und ökonomischen Teilhabe der Bürger an der Gesellschaft.<sup>9</sup> Bei der Betrachtung von Staatsbürgerschaft als reale Gesamtbeziehung zwischen dem Staat und seiner Gesellschaft sind alle rechtlichen, politischen, ökonomischen und kulturellen Bereiche und Praktiken zu berücksichtigen.

Staatsbürgerschaft ist aber kein rein statischer, vom Staat formal festgeschriebener passiver Zustand seiner Bürger. Der rechtlich festgeschriebene formale Status mit dem in Verfassung und Gesetzen definierten Bündel an Rechten und Pflichten bietet lediglich die Grundlage (Turner 1993b: 2). Dieser staatsbürgerschaftliche Status muss aktiv ausgelebt, die festgeschriebenen Rechte genutzt und die Pflichten erfüllt werden. Häufig divergieren die formalen rechtlich festgeschriebenen Normen (de jure) von der erlebten Realität und Praxis (de facto). Abgesehen vom aktiven Nutzen bestehender Rechte und Pflichten ist staatsbürgerschaftliche Praxis auch die aktive staatsbürgerschaftliche Einforderung und Aushandlung neuer Rechte durch den Bürger (Isin & Turner 2008: 4, 7-8). Neue Rechte oder Pflichten werden oft erst festgeschrieben oder auf bestimmte Bevölkerungsgruppen ausgeweitet, nachdem die Bürger sich diese erkämpfen. Da Staatsbürgerschaft ein dynamisches Konzept ist, in dem Rechte ausgelebt, eingefordert, ausgehandelt aber auch verloren werden kön-

---

<sup>8</sup> Die Kombination der bestimmten Gewichtung staatsbürgerschaftlicher Rechte und die Interessensvermittlungseinheit ergeben nach Yashar zwei Haupttypen staatsbürgerschaftlicher Regime, das korporatistische und das (neo)liberale Staatsbürgerschaftsregime. Das korporatistische Regime, mit kollektiver Interessensvermittlung und Ausweitung sozialer Rechte war in Lateinamerika Mitte des 20. Jahrhunderts aktuell. Das neoliberale Regime, mit einer Individualisierung und Pluralisierung der staatsbürgerschaftlichen Beziehungen, der Ausweitung politischer aber der Minimierung sozialer Rechte wurde seit der Demokratisierung ab den 1980ern dominant (Yashar 2007: 48–49).

<sup>9</sup> Die Debatte um die Definitionen und Erforschung von Partizipation wird hier nicht weiter ausgeführt, es sei verwiesen auf Geißel 2004.

nen, wird sie je nach Kontext von den jeweiligen Akteuren beeinflusst und spiegelt letztlich die Machtverhältnisse innerhalb der Gesellschaft wieder (Kohl 2003: 338); (Yashar 2007: 50-52).

Staatsbürgerschaft ist ein aktiver Prozess der gesellschaftlichen und politischen Teilhabe. Ein Gesellschaftsmitglied wird durch die aktive Teilhabe an Staat und Gesellschaft und ihrer Mitgestaltung zum Staatsbürger (Dagnino 2006: 27-29). Staatsbürgerschaft ist auch politische Partizipation. Die politische Partizipation bezeichnet die aktive Beteiligung der Bürger an gemeinsamen Angelegenheiten, Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen (Schubert & Klein 2011). Staatsbürger können zur aktiven politischen Partizipation in unterschiedlichen Formen angeregt werden. Es gibt staatlich geförderte (top-down) und aus der Zivilgesellschaft entstandene (bottom-up) Partizipation (Postero 2007: 226). Der Staat versucht neben den Inhalten von Staatsbürgerschaft, also den Rechten, auch die Beziehung und Aushandlungen zwischen Staat und Bürger, durch institutionalisierte Partizipationsrahmen zu formen (Yashar 2007: 282). Eine aktive Zivilgesellschaft und die Teilhabe des Bürgers kann durch angebotene Aushandlungsräume staatlich gefördert aber umgekehrt auch kooptiert oder repressiv unterbunden werden. Institutionalisierte politische Partizipation wird sowohl für die alten als auch für jüngere Demokratien als Instrument gegen die allgemeine Politikverdrossenheit, Demokratie- und Repräsentationskrise diskutiert. Partizipation im Sinne von Zugang, Inklusion, Teilhabe, Mitbestimmung an politischen Entscheidungs- und Umsetzungsprozessen, stärkt die Bindung und Identifikation der Staatsbürger mit dem Staat. (Dagnino 2006: 26-29, 31). Die Systeme institutionalisierter staatsbürgerschaftlicher Aushandlungen können nach ihren Aushandlungssubjekten als kollektivistisch-korporativ oder liberal-individuell charakterisiert werden (Yashar 2007: 48-49). Auf der anderen Seite entstehen auch selbstbestimmte Aushandlungsformen aus den sozialen Sektoren und zivilgesellschaftlichen Gruppen heraus, die über andere Partizipationsmechanismen außerhalb institutionalisierter Vermittlungswege wie Mobilisierung und Proteste ihre Interessen artikulieren und durchzusetzen versuchen (Isin 2009: 380). Die aktive Einflussnahme von Bürgern auf den Staat kann also entweder institutionalisiert-konventionell (z.B. über Wahlen, Volksentscheide, Parteien, Steuern zahlen) oder unkonventionell, teilweise auch illegal passieren (z.B. Bürgerinitiativen, soziale Bewegungen, Demonstrationen, Streik, öffentliche Diskurse). Die Ausformung der staatsbürgerschaftlichen Aushandlungen hängt davon ab, ob und welche legalen Möglichkeiten der aktiven Mitgestaltung am öffentlichen Geschehen und der Themenbestimmung es durch institutionalisierte Interessensvermittlung gibt (Postero 2007: 226). Insbesondere wenn die institutionalisierten Wege der Partizipation und Interessensvertretung ungenügend sind, erkämpfen sich die Bürger diese Rechte der Machtbeteiligung durch selbstbefähigende unkonventionelle Aushandlungsformen außerhalb des staatsdemokratischen Systems (Dagnino 2006: 22, 27-29, 31).

Teilhabe ist also ein wesentliches Element der Realisierung von Staatsbürgerschaft. Nur wenn die Bürger an der Gesellschaft beteiligt sind, also in Beziehung mit Staat und Gesell-

schaft stehen, werden sie zu Staatsbürgern. Zur Beteiligung der Bürger zählt nicht nur die formale politische Partizipation, sondern eine allumfassende gesellschaftliche Beteiligung. Insbesondere in ethnisch und sozial heterogenen Gesellschaften wie den lateinamerikanischen ist der Kampf um staatsbürgerschaftliche Rechte und die Integration aller Gesellschaftsgruppen ein Kampf gegen das koloniale Erbe der Ungleichheiten und Ausgrenzungen. Die Überwindung dieser historischen Ungleichheiten ist die Grundlage für gleichberechtigte staatsbürgerschaftliche Teilhabe. Daher sehen viele Wissenschaftler die Einbeziehung aller Gesellschaftsgruppen unter Berücksichtigung heterogener Realitäten als die Grundlage für eine umfassende Staatsbürgerschaft und Demokratie (Yashar 2007: 307). Aus dieser Perspektive geht es bei der Frage der Beteiligung um die Ermöglichung einer Staatsbürgerschaft überhaupt. Unter der Annahme, dass ein gleichberechtigter und de facto erreichbarer staatsbürgerschaftlicher Status für alle Gesellschaftsmitglieder erstrebenswert ist, wird im folgenden Kapitel unter dem Blickwinkel der staatsbürgerschaftlichen Beteiligung ein Überblick über die historische Entwicklung der Staatsbürgerschaft in Bolivien gegeben. Art, Inhalte und Motive der Beteiligung wurden historisch geprägt und können sehr unterschiedliche Ausformungen haben. Sie bilden den Rahmen der regionalen Aushandlungen im Lithium-Konflikt.

### **2.3 Staatsbürgerschaft in Bolivien: historische Perspektive**

Entsprechend der Dynamik von Staatsbürgerschaft wandelten sich auch in Bolivien die Staatsbürgerschaftskonfigurationen sowie Formen und Inhalte staatsbürgerschaftlicher Aushandlungen über die Zeit. Der Betrachtungsschwerpunkt dieser Arbeit liegt auf der Entwicklung der Integration und staatsbürgerschaftlichen Beteiligung der ländlichen Bevölkerung, als die im Kontext regionalistischer Aushandlungen ums Lithium maßgeblich betroffene Bevölkerungsgruppe. Es ist insgesamt festzustellen, dass die rurale und indigene Bevölkerung trotz verschiedener Ausweitungen von staatsbürgerschaftlichem Status und formalen Rechten, entsprechend der historischen Linien weiterhin marginalisierte und von einer gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen wird (Albó Corrons 2006: 15). Aushandlungen von Staatsbürgerschaft bedeuten für diese Bevölkerungsteile zunächst den Kampf um eine umfassende und chancengleiche Integration in die Gesellschaft und das politische System. Hinzu kommt das Bedürfnis nicht nur Teil der Gesellschaft zu sein, sondern diese auch aktiv mitzugestalten (Dagnino 2006: 24-29). Bolivien ist das südamerikanische Land mit dem größten Anteil indigener Bevölkerung.<sup>10</sup> Ethnische Rechte hatten bisher zwar kaum eine ex-

---

<sup>10</sup> Die genaue Bezifferung der ethnischen Zusammensetzung Boliviens ist nicht möglich, da dies von vielen Kriterien abhängt und je nach Definition variiert. Einzelheiten der Entwicklung von Bevölkerungszusammensetzung, Wahrnehmung der Indigenen und Ergebnisse der verschieden angelegten Zensus mit den unterschiedlichen Erhebungsmethoden wird von (Albó Corrons 2006) ausführlich dargestellt und diskutiert. Als Anhaltspunkt können die Daten des letzten offiziellen Zensus von 2001 dienen. Nach dem Kriterium der Selbstzuschreibung, zählten sich 62 Prozent der Bolivianer zu einer der fünf größten indigenen Bevölkerungsgruppen Aymara, Quechua, Guaraní, Chiquitano, oder Mojeño (Vgl. Insitituto Nacional de Estadística: <http://www.ine.gob.bo/> [Stand 21.02.2013]). Mit einem umfassenden ethno-linguistischen Kriterium kommt man auf den Gesamtprozentsatz von

plizite Bedeutung im Lithium-Konflikt. Da die Bevölkerung rund um den Salar fast ausschließlich indigen geprägt ist, ist der staatsbürgerschaftliche Status dieser indigenen Bevölkerungsmehrheit jedoch von grundlegender Bedeutung. Seit der Kolonialzeit, aber auch postkolonial, waren ethnische Kriterien für den staatsbürgerschaftlichen Status entscheidend. Die weiße, mestizische Bevölkerungsgruppe Boliviens ist und war immer die ethnische Minderheit. Dieses Minderheiten-Mehrheiten-Verhältnis spiegelte sich in den Bereichen der politischen Macht und wirtschaftlichen Dominanz historisch zumindest bis zur Machtübernahme des MAS genau gegensätzlich wider, die Mehrheit war unterdrückt und ausgebeutet, diskriminiert und marginalisiert, die Minderheit herrschte politisch und ökonomisch. Auch die postkoloniale Gesellschaft blieb nach internen kolonialen Strukturen hierarchisch organisiert. Die bolivianische Gesellschaft ist bis heute durch diese „memoria larga“ des rassistisch-kolonialen Erbe der ökonomischen Ausbeutung und ethnischen Diskriminierung geprägt (Albó Corrons 2006: 6, 17, 20; Postero 2007: 3, 34-36; Yashar 2007: 286-287), welches sich in den geschichtlichen Etappen der Staatsbürgerschaft auch des 20. Jahrhunderts immer wieder herauskristallisierte. Diese historische Marginalisierung entlang ethnischen Linien lässt sich auf die ländliche Bevölkerung insgesamt übertragen.

Das korporatistische Staatsbürgerschaftsregime unter der MNR (Movimiento Nacionalista Revolucionario) nach der nationalen Revolution von 1952 brachte eine kurzzeitige Ausweitung der staatsbürgerschaftlichen Rechte und die Förderung aktiver politischer Beteiligung insbesondere der bis dahin marginalisierten proletarischen und ländlich-bäuerlichen Sektoren durch klassenbasierte kollektive Interessensmediation über die staatlich geförderten und kontrollierten Bauernverbänden und Gewerkschaften mit sich. Der Militärputsch 1964 beendete dieses und machte eine langfristige Inklusion der ländlichen Bevölkerung in das politische und gesellschaftliche System zunichte (Albó Corrons 2006: 17-18; Kaltmeier 2009: 347; Schorr 2009: 186-188; Yashar 1999: 80-81). Auch die Demokratisierung ab den 1980er-Jahren und das gleichzeitig eingeführte neoliberale Staatsbürgerschaftsregime mit dem Fokus auf Bürger- und politischen Rechten sowie die Freiheit des Einzelnen, brachten keine substantielle Veränderung der staatsbürgerschaftlichen Teilhabe der ruralen und indigenen Bevölkerung. Die Umsetzung und Wirkung der neoliberalen dezentralisierenden, multikulturellen und partizipationsfördernden Reformen<sup>11</sup> blieben stark hinter den postulierten Zielen der Integration dieser marginalisierten Bevölkerungsteile zurück (Dagnino 2006: 30, 39), und ermöglichten ihnen de facto keinen besseren Zugang zur politischen Macht (Kohl 2003: 344; Pérez 2006: 280; Postero 2007: 160-161; Ströbele-Gregor 1999: 9). Das Versprechen der universellen gleichen Staatsbürgerschaft und die Durchbrechung der großen strukturellen sozialen und politischen Ungleichheiten und Diskriminierungen entlang von Ethnie, Klasse

---

66 Prozent Indigenen ([http://www.cepal.org/deype/noticias/noticias/7/40337/d2\\_16Bolivia\\_INDIGENAS.pdf](http://www.cepal.org/deype/noticias/noticias/7/40337/d2_16Bolivia_INDIGENAS.pdf)). Es gibt diverse Debatten um die Erhebung der indigenen Bevölkerung, die angewendeten Kriterien und Kategorien. Ein problematischer Aspekt ist, dass es keine Selbstzuschreibungs-Kategorie als „Mestizen“ gab.

11 Darunter fallen das Gesetz zur Volksbeteiligung von 1994 (Ley 1551: Ley de la Participación Popular, 20.04.1994) und die dazugehörige (Ley No. 1654 de Descentralización Administrativa, 28.07.1995).

und Geschlecht sowie die Überwindung postkolonial hierarchisch organisierter sozialer Beziehungen konnten die neoliberalen Reformen nicht einlösen. Die grundlegenden Hindernisse für eine umfassende Inklusion und Teilhabe gleichberechtigter Staatsbürger waren die fortwährenden Abhängigkeitsbeziehungen und Diskriminierungen der Bevölkerungsmehrheit in der Praxis. (Kohl 2003: 338, 346-348; Pérez 2006: 262-263; Postero 2007: 143-144, 222-224; Yashar 2007: 286; Zapata Sapiencia 2006: 104). Das neoliberale Konzept von Staatsbürgerschaft betrachtet Bürgersein als rein individuelle (im Gegensatz zu einer kollektiven) Integration in den Markt als Konsument und Produzent und weniger als (politische) Beziehung zum Staat (Postero 2007: 15-16). Die neoliberale Bürgerbeteiligung (*participación ciudadana*) diente der Stärkung der privaten zivilgesellschaftlichen Mitverantwortung und Übernahme sozialer Aufgaben des Staates, konform oder gar funktional zur neoliberalen Umstrukturierung der Gesellschaft, nicht aber einer Politisierung der Bevölkerung (Dagnino 2006: 30, 39, 43-45).

Gleichzeitig eröffneten die neoliberalen Reformen dennoch gewisse Möglichkeiten und Befähigungen der ländlichen und indigenen Bevölkerung zur zivilgesellschaftlichen Mobilisierung und politischen Bürgerbeteiligung (Kaltmeier 2009: 358; Bosch & Portugal 2010: 26; Ströbele-Gregor 1999: 8-9; Postero 2007: 128-129). Scheinbar unintendiert und paradoxer Weise wurde die Bevölkerung durch die im staatsbürgerschaftlichen Sinne recht begrenzten Reformen doch dazu befähigt ihre staatsbürgerschaftliche Inklusion und die Erweiterung ihrer Rechte einzufordern (Postero 2007: 220).

Die fortbestehenden postkolonialen ungleichen Verteilungs- und Machtstrukturen (Postero 2007: 190, 218-219), zusammen mit der Unzufriedenheit über die mangelnde Repräsentation der Mehrheit im politischen System und die Enttäuschung der Bolivianer über das neoliberale System führten letztlich Ende des 20. Jahrhunderts endgültig zum Legitimitätsverlust des Staates und des Systems. Eine neue Protestbewegung entstand, welche das Land wiederholt an den Rand eines Bürgerkriegs und der Unregierbarkeit brachte (Jäger 2009: 13-14).

Die faktisch begrenzte Interessensvermittlung zwischen Volk und Zentralstaat im neoliberalen System provozierten den Rückgriff auf konfliktive Mobilisierungen und die Mittel der Aushandlungen auf der Straße. Die Aufstände entwickelten sich ab 2000 zu einer massiven Mobilisierungswelle mit Massenprotesten, wochenlange Straßenblockaden, Märschen, Besetzungen, Hunger- und Generalstreiks sowie gewaltsamen Konfrontationen mit den Sicherheitskräften und heftigen staatliche Repressionen während des „Wasserkriegs“ (2000, gegen die Privatisierung und Preissteigerung der Wasserversorgung in Cochabamba) und des „Gaskriegs“ (2003, gegen Gasexporte an die USA über Chile und Rohstoffausverkauf allgemein, ausgehend von den Nachbarschaftsräten aus El Alto bald landesweit) (Ismar & Mittag 2009: 16, 29-30; Perreault 2006; Postero 2007: 209-210; Schorr 2009: 207-208, 210).

Auffällig an den Massenaufständen waren die Sektoren übergreifenden Allianzen und Forderungen über ethnische und Klassengrenzen hinweg aus einer umfassenden Position subal-

terner Sektoren heraus für einen ökonomischen und politischen Systemwechsel und eine neue Staatsbürgerschaft (Ismar & Mittag 2009: 25-26; Kaltmeier 2009: 343; Postero 2007: 2-5, 193). Die gemeinsame Grundlage boten der Antiimperialismus, die Abkehr vom Neoliberalismus und die Forderung nach nationaler Souveränität über die strategischen Rohstoffe. Die Aufstände waren eine Reaktion auf den systematischen Ausschluss großer Bevölkerungsteile von politischer, ökonomischer und sozialer Beteiligung. Sie forderten eine echte Bürgerbeteiligung über Integration und Chancengleichheit, grundlegende Veränderungen der gesellschaftlichen und politischen Beziehungen inklusive dem Bruch des Machtmonopols der politischen Parteien und einer veränderten partizipativen Demokratie (Kaltmeier 2009: 353; Postero 2007: 212, 220-222, 226-228; Ströbele-Gregor 2008: 130-132, 137-138; Zapata Sapiencia 2006: 74-75, 91-93, 188-189).

Die staatsbürgerschaftliche Sprache zur Einforderung von Rechten bekam als verbindendes Element eine große Bedeutung, staatsbürgerschaftliche Praxis und Aushandlungen wurden aktiv ausgelebt (Bosch & Portugal 2010: 44; Postero 2007: 140). Durch das Erkämpfen neuer Teilhabe und veränderter Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft wurde Staatsbürgerschaft wieder umso mehr als Partizipation an politischen öffentlichen Räumen definiert (Dagnino 2006: 17-19, 22; Roniger 2006: 489-490). Die Aufstände von 2000-2005 können also als staatsbürgerschaftliches Aufbegehren zur Einforderung einer Erweiterung des staatsbürgerschaftlichen Status interpretiert werden. Das Ergebnis dieser gesellschaftlichen Unruhen veränderte dann auch tatsächlich fundamental den Rahmen bolivianischer Staatsbürgerschaft.

Parallel zu den Protesten suchten die neu politisierten Sektoren aber auch den institutionellen Weg in die politische Arena über die Gründung neuer politischer Parteien, wie dem MAS und dem MIP<sup>12</sup> (Postero 2007: 216-217).

Die Machtübernahme des MAS<sup>13</sup> unter Evo Morales bedeutete einen Elitenwechsel und eine radikale Transformation der gesellschaftlichen Strukturierung Boliviens. Die weißmestizische Elite verlor ihre Hegemonialmacht, die gesellschaftlichen und politischen Beziehungen und Kräfte wandelten sich radikal. Indigene Bürger und soziale Bewegungen bekamen faktischen Zugang zur Politik (Kaltmeier 2009: 359; Jäger 2009: 13; Zuazo 2010: 125). Durch die neue Verfassung von 2009 wurde eine Neugründung Boliviens als plurinationaler Staat (Estado Plurinacional de Bolivia) versucht (Constitución Política del Estado, 07.02.2009), mit einer veränderten Staat-Gesellschafts-Beziehung und einem neuen staats-

---

12 MAS (Movimiento al Socialismo 1999, aus den Kokagewerkschaften) und das MIP (Movimiento Indígena Pachakuti, 2000, aus indigener Bewegung der Aymaras) sind die beiden aus den sozialen Bewegungen entstandenen Parteien (Kaltmeier 2009: 354; Schorr 2009: 190).

13 Der MAS hatte sich im Kontext der Munizipalisierung und der allgemeinen Repräsentationskrise der traditionellen Parteien besonders im ruralen Raum durchgesetzt. Die gesellschaftlichen Unruhen und den Unmut über das neoliberale Wirtschaftsmodell nutzte der MAS um sich während der Proteste ab 2000 strategisch als Netzwerk der sozialen Organisationen zu positionieren. Die Konstituierung aus den ruralen sozialen Bewegungen heraus machte ihn zur glaubhaften Repräsentation der bis dato durch den Staat marginalisierten ländlichen und indigenen Bevölkerung. Er verkörperte die enttäuschten Erwartungen der marginalisierten Sektoren, verband ethnische und klassisch linke Elemente des Antiimperialismus (Zuazo 2010: 123-125).

bürgerschaftlichen Regime (Albro 2010: 71-72). Die politische Kultur veränderte sich, mit postkolonialen und neoliberalen gesellschaftlichen Strukturen wurde gebrochen, und die Rolle des Staates gegenüber der Wirtschaft wurde gestärkt (Kaltmeier 2009: 360).

Ein zentraler Aspekt des Wandels, der durch die Festschreibung des Terminus „Plurinationalität“ in der Verfassung als grundlegendes Prinzip zum Ausdruck kommt, ist der Versuch, der heterogenen ethnischen Realität Boliviens endlich Rechnung zu tragen. Eine ausführliche Diskussion über die neuen staatsbürgerschaftlichen Subjekte und die kollektiven indigenen Rechte in der neuen Verfassung (siehe z.B. Albro 2010: 72-73, 78; Schorr 2009: 212) und die Probleme bei der Umsetzung dieser formalen Neuerungen, wird an dieser Stelle ausgeklammert. Insgesamt hat die aktive Beteiligung der Indigenen am nationalen Dialog über zentrale Themen wie die Verfassung, das Wirtschaftssystem, und den Umgang mit den Rohstoffen seit dem Machtwechsel 2006 stark zugenommen (Postero 2007: 9; Yashar 2007: 223).

Für die Lithium-Thematik besonders relevant ist die neu festgeschriebene Partizipation als zentraler Grundsatz der Verfassung von 2009. Die neue Regierungsform unter Morales als „democrática participativa, representativa y comunitaria“ (Constitución Política del Estado, 07.02.2009: Art. 11). erhebt den Anspruch einer politischen Kultur mit realer Partizipation des Volkes über direkte Demokratieinstrumente, Teilhabe an öffentlichen Entscheidungen und Einbindung der sozialen Bewegungen. Der Einfluss der sozialen Sektoren wurde gesteigert, die indigene und ländliche Bevölkerung in Politik und Gesellschaft aufgewertet (Ströbele-Gregor 2008: 129, 138-139). Die veränderte institutionalisierte Beteiligung der Bevölkerung unter dem Regime des MAS ist ein wichtiger neuer Rahmen staatsbürgerschaftlicher Aushandlungen. Teil der neuen Partizipationsrechte, vermischt mit dem Grundsatz der indigenen Anerkennung ist das Recht auf vorzeitige und informierte Konsultierung der ortsansässigen Bevölkerung beim Rohstoffabbau: „La explotación de recursos naturales en determinado territorio estará sujeta a un proceso de consulta a la población afectada, convocada por el Estado, que será libre, previa e informada.“ (Art. 352) Außerdem haben die indigenen Völker und Nationen das Recht auf eine obligatorische Konsultierung im Falle, dass administrative oder legislative Entscheidungen sowie Rohstoffausbeutungen sie betreffen. (Constitución Política del Estado, 07.02.2009: Art. 30 und 403).

Die neue Verfassung bildet eine radikale Transformation der bolivianischen Gesellschaftsordnung, und des Verständnisses von Staatsbürgerschaft. Ob dieses Projekt letztlich grundlegend transformativ und dennoch nachhaltig und stabil sein wird, wird sich erst noch zeigen.

### **2.3.1 Akteure und Formen staatsbürgerschaftlicher Aushandlungen in Bolivien**

Was die historisch geprägten Akteure und Formen staatsbürgerschaftlicher Aushandlungen in Bolivien angeht ist anzumerken, dass die sozialen Bewegungen, Organisationen der Zivilgesellschaft und insbesondere die Gewerkschaften als Ergebnis einer langen Tradition al-

ternativer<sup>14</sup> Repräsentations- und Vermittlungsformen die wichtigsten Organismen der Interessensvertretung in Bolivien sind (Ismar & Mittag 2009: 29; Schorr 2009: 194; Ströbele-Gregor 2008: 135).

Die Mobilisierungstraditionen und das Protestrepertoire Boliviens sozialer Bewegungen sind ein kollektives Erbe der gewerkschaftlichen Strukturen der militanten und mobilisierungsstarken Bergbaugenossenschaften und des Arbeiterdachverbandes COB (Central Obrera Boliviana) (Schorr 2009: 185, 191, 197, 201-202, 212; Postero 2007: 132, 137-138, 216; Albro 2010: 83).

Ende der 1960er entwickelte sich außerdem eine organisierte Landbewegung. 1979 wurde der Bauerngewerkschaftsdachverband CSUTCB (Confederación Sindical Única de Trabajadores Campesinos de Bolivia) mit starker ethnischer Prägung gegründet (Kaltmeier 2009: 351; Schorr 2009: 203-205). Die CSUTCB besteht mobilisierungsstark bis heute (Schorr 2009: 185), und ist weitgehend eine Vertretung der Hochlandbauern, aber auch der Indigenen insgesamt (Gysler 2010: 25).<sup>15</sup> Für die Vertretung der Region des Salar de Uyuni wurde FRUTCAS (Federación Regional Única de Trabajadores Campesinos del Altiplano Sur) bedeutend. Sie ist der CSUTCB angeschlossen.

Durch den Mangel an institutionalisierten Interessensvermittlungsmechanismen und die Erfahrung, dass die Bedürfnisse der Bevölkerung von den Regierungen weitgehend unberücksichtigt bleiben, finden staatsbürgerschaftliche Aushandlungen in Bolivien traditionell auf der Straße statt über demonstrative und konfrontative<sup>16</sup> Artikulations- und Protestformen wie Demonstrationen, Generalstreiks, Märsche, Straßenblockaden, Besetzungen und Hungerstreiks. Das Mobilisierungspotenzial insgesamt ist hoch und die Durchsetzungskraft dieser Politik der Straße vorbei an staatlichen Institutionen groß (Ströbele-Gregor 2008: 130, 134). Die traditionelle Form der direkten Aushandlungen zwischen Staat und Zivilgesellschaft in Bolivien verläuft entlang eines Zyklus erzwungener Verhandlungen. Vertreter der sozialen Sektoren in Form von kollektiven Organisationen wie Gewerkschaften oder Bürgerkomitees legen der Regierung ihre Forderungen in einem *pliego petitorio* vor und erzwingen gegebenenfalls über Druckmaßnahmen und Mobilisierungen Verhandlungen und Zugeständnisse. Dieser Zyklus beginnt häufig von neuem, wenn die vereinbarten Abmachungen und Fristen nicht eingehalten werden. Dieser immer wiederkehrende zyklische Ablauf von Mobilisierungen und Verhandlungen konnte bei der Zeitungsanalyse gut beobachtet werden.

Die sozialen Bewegungen und ihre unkonventionellen Artikulationsformen haben eine bedeutende Rolle bei der Aushandlung von Staatsbürgerschaft in Bolivien und stellen immer wieder den Garant gesellschaftlicher und politischer Transformationen dar (Schorr 2009:

---

14 Alternativ bedeutet in diesem Kontext von der klassischen demokratischen Repräsentation und Interessensvermittlung über politische Parteien und Wahlen abweichend. Die klassische Vermittlung über politische Institutionen wurde in Bolivien lange vernachlässigt und delegitimiert, da diese nicht das Interesse der Repräsentierten vertraten.

15 Eine Konkurrenz bei der Repräsentation der indigenen Hochlandbauern könnte zukünftig die explizit ethnisch orientierte CONAMAQ darstellen (Gysler 2010: 26).

16 Typisierung nach Ismar & Mittag 2009: 22.

212). Besondere Bedeutung bekamen sie während den Massenmobilisierungen und gesellschaftlichen Umwälzungen ab 2000 (Ismar & Mittag 2009: 12). Dennoch ist das Verhältnis der sozialen Bewegungen zum MAS und zur Regierung nach dem Machtwechsel komplex und instabil. Von der Regierung wurde eine enge Beziehung zwischen sozialen Bewegungen und Staat angestrebt, Bedeutung und Einfluss der sozialen Organisationen sind unter der Regierung des MAS tatsächlich gewachsen, viele Vorschläge der Bewegungen fanden Eingang in das Regierungsprogramm und die neue Verfassung. Diese Politik der Inkorporierung sozialer Bewegungen in den Staatsapparat birgt aber auch die Möglichkeit der Kooptation, Kontrolle und Instrumentalisierung der sozialen Bewegungen, die hierdurch ihre Autonomie und politische Kraft verlieren können (Ismar & Mittag 2009: 26, 31; Schorr 2009: 213; Zuazo 2010: 121-122). Die neue Beteiligung der sozialen Organisationen ist ein Drahtseilakt zwischen staatsbürgerschaftlicher Partizipation, Befähigung und Demokratisierung einerseits und Gefahren der Destabilisierung und Delegitimierung andererseits. Mit den großen Versprechungen an die sozialen Bewegungen drohen zudem auch deren Enttäuschung und das Ausbrechen erneuter Konfrontationen und damit der Zerfall des Bündnisses zwischen Bewegungen und Staat. Die Aushandlungsform der Politik der Straße fand durch die Regierungsübernahme des MAS keinesfalls ein Ende. Weiterhin verlagern sich Konflikte von den politischen Arenen in die Gesellschaft und provozieren gewaltsame Konfrontationen sozialer Sektoren, anstatt über institutionalisierte Mechanismen der Entscheidungsfindung und Aushandlung gelöst zu werden (Schorr 2009: 214; Ströbele-Gregor 2008: 132-133).<sup>17</sup>

Der dargestellte historische staatsbürgerschaftliche Kontext und die jeweilige Konfiguration von regionaler und ruraler staatsbürgerlicher Beteiligung und die Traditionen staatsbürgerschaftlicher Aushandlungen bilden den Rahmen für den in Kapitel 4 betrachteten Lithium-Konflikt.

### 3. Materialdiskussion

Die Grundlage der in Kapitel 4 vorgenommenen Presseanalyse ist eine Sammlung von Zeitungsartikeln im Zeitraum von 1992-2010 zu den Stichworten „Gobiernos locales: Organización ciudadana, Salar de Uyuni en el departamento de Potosí“ des Pressedokumentationszentrums CEDIB (Centro de Documentación e Información Bolivia)<sup>18</sup>. Diese wurde von Julia Schramm<sup>19</sup> während einer Feldforschung von Januar bis Mai 2011 vor Ort zu-

17 Verschiedene soziale und indigene Bewegungen nutzten wiederholt ihre Mobilisierungsfähigkeit, um die Regierung mit massiven Protestmaßnahmen unter Druck zu setzen und ihre Forderungen durchzusetzen (Ströbele-Gregor 2008: 138; Zuazo 2010: 129). Dies zeigt, dass die Regierungsbasis der sozialen Bewegungen bröckeln könnte (Dargatz 2013: 4). Außerdem nutzen nun auch vermehrt oppositionelle Bewegungen, wie die des Tieflandes (Bürgerkomitee von Santa Cruz) die Methoden der Volksmobilisierungen um ihre regionalistischen Interessen (Autonomiebestrebungen) zu artikulieren und um ihre beraubten Privilegien zu verteidigen.

18 Für weitere Information zu CEDIB siehe <http://www.cedib.org/> [Stand 23.04.2013].

19 Ohne die Vorarbeiten und Archivbesuche von Julia Schramm vor Ort wäre diese Arbeit nicht möglich. Zudem hat sie weitere Literatur zu Themen der Region zugänglich gemacht. An dieser Stelle herzlichen Dank für die Bereitstellung des Materials.

sammengestellt. Die Sammlung umfasst über 2.000 Artikel unterschiedlichen Umfangs, von der Länge einer kurzen Notiz von wenigen Zeilen bis zu ausführlich darstellenden und kommentierenden Artikeln über zwei Seiten. Das vorliegende empirische Material bietet die einmalige Chance eines authentischen Einblickes in 19 Jahre Pressegeschehen zu Potosí, und damit in Stimmungen und Kommentare der Zeit.

Einige Faktoren, die sich aus dem Material ergeben, sind wiederum als Begrenzung zu beachten. Die Kriterien für die Zusammenstellung der Artikel durch das Pressedokumentationszentrum sind leider nicht transparent<sup>20</sup>. Das Datum des Eingangs- beziehungsweise Archivierungstempels weicht möglicherweise vom Erscheinungsdatum der Artikel ab, welches meist nicht angegeben ist.<sup>21</sup> Das Dokumentationszentrum hat außerdem erst im Jahr 1992 mit der Archivierung der Zeitungsartikel begonnen, wodurch interessante vorhergehende Ereignisse nicht abgebildet sind.<sup>22</sup> Lithium stellte kein explizites Schlagwort für die Zeitungsauswahl dar, wodurch keine Vollständigkeit der für meine Fragestellungen relevanten Artikel garantiert werden kann. Die Auswahl der Artikel zur staatsbürgerschaftlichen Organisation am Salar sollte jedoch die lokalen und regionalen Debatten um Rohstoff- und Lithiumthematiken im benannten Zeitraum weitgehend abdecken. Die Artikel wurden nur dann in die Sammlung aufgenommen, wenn sie einerseits direkten Bezug zu Potosí oder dem Salar de Uyuni („Salar de Uyuni en el departamento de Potosí“) hatten, und andererseits den Kontext staatsbürgerschaftlicher Organisation („Organización ciudadana“) betrafen.<sup>23</sup> Hierdurch konnte auch festgestellt werden, wie hoch der Stellenwert des Themas Lithium in den staatsbürgerschaftlichen Organisationen und Aushandlungen der Region tatsächlich war. Die Kombination der Schlagwörter passt wiederum sehr gut zu dem gewählten Fokus, zum einen regional auf die Region des Salars sowie Perspektiven des Departamentos Potosí insgesamt, und zum anderen inhaltlich auf Aspekte der staatsbürgerschaftlichen Aushandlung. Fragestellungen und Zielsetzungen der Arbeit stehen also komplementär zur Auswahl des vorliegenden Materials. Durch das Material, das durch zusätzliches Material teilweise ergänzt wurde, gewinnen wir einen guten Einblick in die Konflikte rund ums Lithium und in die staatsbürgerschaftlichen Debatten. Diese Arbeit orientiert sich also an den Schwerpunkten und Sichtweisen, welche in den Zeitungsartikeln dargestellt wurden, um aus der Auswahl und Darstellung durch die Zeitungen Tendenzen des dominanten Diskurses und dessen thematischen Schwerpunktsetzungen auszumachen. Durch die tiefgehende Ana-

---

20 So bleibt unklar, wie die vom Dokumentationszentrum vorgegebenen Schlagwörter definiert waren, beziehungsweise von den Mitarbeitern interpretiert wurden, und wie demnach die Vorsortierung stattfand. Außerdem befindet sich das Pressedokumentationszentrum CEDIB, welches für sich beansprucht die nationalen sozialen und politischen Themen Boliviens abzubilden, in Cochabamba, und hat damit eine gewisse Distanz zu Bergbau-, Lithium- und Hochlandthematiken, was sowohl als Nachteil als auch als Vorteil ausgelegt werden kann.

21 Ich gehe davon aus, dass es sich in der Regel nur um 1-2 Tage Verzögerung handelt. Die Artikel tragen außerdem keine Seitenzahlen, und auch keinen Vermerk dazu, aus welchem Teil der Zeitung sie jeweils stammen.

22 So zum Beispiel die ersten Erforschungen der Rohstoffe des Salars und vor allem die Diskussionen und Mobilisierungen rund um den ersten Vertragsversuch mit LITHCO.

23 Andererseits hätte eine reine Auswahl nach den Suchkriterien Lithium und Salar de Uyuni sicherlich viele grundlegende Aspekte, wie die Betrachtung der historischen Wahrnehmung von Rohstoffen und deren Ausbeutung und allgemeine Fragen der Staat-Gesellschafts-Beziehungen sowie der regionalen Repräsentation ausgeblendet.

lyse der Inhalte der Zeitungsartikel und die darüber transportierten Einstellungen zum Lithium-Thema lässt sich die Basis für heutige Debatten und Konflikte ums Lithium rekonstruieren. Inwiefern die Zeitungsartikel differenzierte Positionen zu den Lithium-Konflikten präsentieren, wurde durch den Abgleich mit der Sekundärliteratur und weiteren Materialien überprüft.

Die Methode der Analyse orientiert sich an Mayrings „qualitativer Inhaltsanalyse“, entlang der Analyseschritte der induktiven Kategorienbildung, der weiten Kontextanalyse und der inhaltlichen Strukturierung (Mayring 2010: 63-109). Aus den rund 2000 Artikeln wurden durch Einzellektüre die für die Lithium-Thematik relevanten gut 180 Artikel herausgefiltert. Neben Artikeln, die konkret das Lithium betreffen wurden auch solche ausgewählt die sich mit Rohstoffthemen, dem historischen Selbstverständnis der Region und Aspekten der staatsbürgerschaftlichen Aushandlungen wie den Aushandlungszyklen, sozialen Organisationen, Repräsentation und Forderungen der Region befassen. Die Reflektionen zum Thema staatsbürgerschaftlicher Aushandlungen im Lithium-Kontext in Potosí orientieren sich an den vorliegenden Schwerpunkten und Thematiken. Die betrachteten Themen und Schwerpunkte ergeben sich also zum einen aus den realen Entwicklungen im Lithium-Thema und zum anderen aus dem Umfang der dargestellten Aspekte und Debatten hierzu in den Zeitungsartikeln. Es konnten thematische und zeitliche Konjunkturen festgestellt werden, welche sich in den Unterkapiteln widerspiegeln. Es wurde herausgearbeitet welche Themen zu welchen Zeitpunkten besonders präsent waren, welche Diskussionen vorherrschten und wie sich Perception und Darstellung gewisser Themen über die Zeit wandelten.

Aus den ausgewählten Artikeln werden einige direkt zitiert, andere erscheinen als Beleg für dargestellte Ereignisse oder Positionen. Die zitierten Zeitungen stammen zum Großteil aus La Paz, die beiden Tageszeitungen *Presencia*<sup>24</sup> und *El Diario*<sup>25</sup> dominieren hier. Dies weist insgesamt auf eine zentralistische Perspektive hin. Es liegen nur wenige Artikel vor, welche die lokalen Positionen im Lithium-Konflikt widerspiegeln.<sup>26</sup> Aus der einzigen Zeitung der Sammlung, die in Potosí produziert wird, „*El Potosí*“, stammt mit 71 Artikeln der größte Anteil der verwendeten Artikel. Diese stellt sich somit für die Fragestellung der regionalen Aushandlungen im Lithium-Konflikt als Hauptquelle heraus, was besonders auffällig ist, da „*El Potosí*“ erst seit 2002 erscheint. Gleich zur Neuerscheinung Anfang 2002 handelt der erste gesammelte Artikel aus „*El Potosí*“ von den Forderungen der Provinzen des Departements nach mehr Aufmerksamkeit (*El Potosí*, 04.01.2002). Durch „*El Potosí*“ verbesserte sich die Berichterstattung, auch über die periphereren Regionen, deutlich. Es handelt sich also tatsächlich um eine regional orientierte Zeitung. Dennoch liegt auch ihr Hauptaugenmerk

---

24 Die katholische Zeitung *Presencia* publizierte allerdings nur bis in die 90er-Jahre.

25 *El Diario* ist die aktuell wichtigste und auflagenstärkste Tageszeitung Boliviens.

26 1995 wird in einem Artikel beschrieben, dass es in Potosí zu diesem Zeitpunkt mehrere lokale Zeitungen gibt, *El Siglo*, die alle zwei Tage erscheint, sowie die drei Wochenzeitungen *Gaceta del Sur*, *La Epoca* und *El Expreso* (*Presencia*, 10.11.1995). Diese sind in der Zeitungszusammenstellung allerdings nicht vertreten, vermutlich weil sie nicht in Cochabamba aufgelegt, auf jeden Fall nicht von CEDIB berücksichtigt wurden. Somit geht ein möglicher Einblick in eine lokalere Perspektive leider verloren.

auf der Hauptstadt Potosí. Des Weiteren werden auch vereinzelte Zeitungen aus Cochabamba, Oruro und La Paz verwendet, da diese jedoch wenig über die regionalen Aushandlungen innerhalb Potosís berichteten, bleibt die Anzahl gering. Die Zeitungsartikel werden punktuell mit jüngeren Artikeln zu Lithium und Rohstoffpolitik aus der von CEDIB herausgegebenen Zeitschrift *Petropress*<sup>27</sup> ergänzt.

Die Aufmerksamkeit in der Presse für die Region des Salars ist insgesamt recht gering, sie wächst meist nur bei für die nationale Ebene relevanten Ereignissen wie der Blockade Potosís 2010. Dies hängt mit der zentralistischen Perspektive der Zeitungen, aber eventuell auch der Regierung zusammen, der eine allgemeine Marginalisierung der peripheren Region hervorbringt, wie dies unter anderem in Kapitel 4.1.1 ausgeführt wird. Gerade durch das Thema Lithium tritt die Region erneut in den Blickwinkel. Doch die Artikel, die sich explizit mit dem Lithium befassen, sind insgesamt relativ gering, was darauf hinweist, dass das Thema Lithium auf der regionalen Ebene lange Zeit nicht allzu präsent war. Wenn man eine online Presserecherche zum Thema Lithium und Salar de Uyuni für die jüngere Zeit, also ab 2008 macht, ist die Ergebnisflut enorm. Lithium wird als Thema relevant und dadurch rückt auch die Region stärker in den Blickwinkel. Da es in dieser Arbeit jedoch um die regionale und historische Perspektive geht, und eine Betrachtung der aktuellen Situation umfangreich genug für eine weitere Untersuchung wäre, bleibt die aktuelle und globale Diskussion hier weitgehend ausgespart.

Das Zeitungsmaterial kann nur die aus zentralistischer Perspektive betrachtete regionale und in den Zentren repräsentierte lokale Position abbilden. Die tatsächlichen Standpunkte der lokalen Ebene können kaum wiedergespiegelt werden.<sup>28</sup> Auch deshalb steht die regionale Ebene im Vordergrund. Sofern dies durch die Artikel und durch Information aus Sekundärliteratur möglich ist, wird auf lokale Konflikte ebenfalls hingewiesen. Das Thema Lithium scheint insgesamt bei der lokalen Bevölkerung jedoch ohnehin kaum präsent zu sein,<sup>29</sup> sondern wurde bisher weitgehend auf höherer Ebene diskutiert, weit ab von der lokalen Bevölkerung. Dass die national-zentralistische Perspektive die lokale Ebene und deren Beteiligungsansprüche übergeht, stellt einen der grundlegenden Konflikte dar.

---

27 Die Zeitschrift *Petropress* deckt die gängigen Themen und Diskussionen im Bergbau- und Rohstoffbereich ab, und diskutiert die Politiken, Rechtslagen und Aushandlungen in diesen Bereichen. Siehe: <http://www.cedib.org/publicacion/petropress/> [23.04.2013].

28 Hierfür wäre eine direkte Feldforschung vor Ort notwendig.

29 Dies geht aus dem Feldtagebuch von Julia Schramm hervor und wurde im Vortrag von Juliana Ströbele-Gregor, *Lithium in Bolivien: Das nationale Lithium-Programm – Erwartungen, Herausforderung und Dilemmata*, Tagung „Las Américas“, Bonn, 25.05.2013, bestätigt.

## 4. Lithium in Potosí: Konflikte

Bolivien ist das Land mit den weltweit größten Lithiumvorkommen.<sup>30</sup> Der Rohstoff Lithium wird als große Chance für die Entwicklung Boliviens und den Ausweg aus der Armut und der internationalen Abhängigkeit gesehen. Besonders seit 2008 ist das bolivianische Lithium Teil der internationalen Rohstoffdebatte und sowohl in der nationalen als auch internationalen Presse verstärkt präsent. Dies liegt an dem neuen staatlichen Kurs im Lithiumbereich, aber auch an der zunehmenden internationalen Bedeutung des Rohstoffs im Kontext der Elektromobilität (Ströbele-Gregor 2012: 10).

Der Lithium-Reichtum Boliviens schlummert im Salar de Uyuni, einer der weltweit größten Salzseen mit 10.000 km<sup>2</sup> Salzkruste auf einer Höhe von 3670m im Südwesten des Departamento Potosí. Der Salar de Uyuni ist geologisch gesehen Teil des Lithium- und Salar-Dreiecks auf den Staatsgebieten von Chile (Salar de Atacama), Argentinien (Salar del Hombre Muerto) und Bolivien (Salar de Uyuni, Salar de Coipasa<sup>31</sup>), in dem insgesamt 80 Prozent der bekannten Lithium-Vorkommen liegen (Hollender & Shultz 2010: 16; Martinelly Zeballos 2011: 20; Ströbele-Gregor 2012: 24, 26).

Auf die verschiedenen Verwendungsbereiche des Lithiums<sup>32</sup>, die Eigenschaften und technischen Details zum bolivianischen Lithium und seinem Abbau<sup>33</sup>, die internationale Konkurrenz auf dem Lithium-Markt<sup>34</sup> und auf die Zukunftsperspektiven des bolivianischen Lithiums auf dem internationalen Rohstoffmarkt<sup>35</sup> kann hier nicht vertiefend eingegangen werden. Tat-

---

30 Die Daten und Schätzungen ändern sich ständig und sind von der Quelle abhängig. Der U.S. Geological Survey schätzte die Lithiumvorkommen in Bolivien 2010 auf 9 Mio. Tonnen (was 36 Prozent der weltweiten Vorkommen wären) (Mares 2010: 9). Vertreter des staatlichen Lithiumprogramms kommen auf Schätzungen von mehr als 116 Mio. Tonnen, von denen mit heutiger Technologie ca. 46,5 Mio. Tonnen abbaubar seien (Petropress 2009: 22). Ein Bericht der Petropress berichtet von Zahlen COMIBOLs über 18-20 Mio. Tonnen (Martinelly Zeballos 2011: 21). Selbst die konservativsten Schätzungen sind sich einig, dass Bolivien über die größten Lithiumvorkommen weltweit verfügt (Hollender & Shultz 2010: 18–19).

31 Auch der Salar de Coipasa im Departamento Oruro hat Lithium-Vorkommen, diese sind aber von weitaus geringerem Ausmaß und damit zweitrangig. Der Hauptfokus liegt auf dem Salar de Uyuni.

32 Lithium (Li im Periodensystem) ist das leichteste Metall, es hat eine hohe Energiedichte und ist ein guter Stromleiter, weshalb es eine besondere Bedeutung für Energiespeichermedien (Lithium-Ionen-Akkus) hat. Neben Batterien und Akkus für elektronische Geräte (Handy, Laptop, Uhren), wird Lithium auch in der Keramik-, Glas- und Aluminiumherstellung, in Antidepressiva, in Klimaanlage, in der Kernfusion und anderen Bereichen verwendet. Neue Bedeutung bekommt es im Kontext der Elektroautomobilität (Hollender & Shultz 2010: 11).

33 In der Natur besteht Lithium nicht als reiner Stoff, sondern immer als Verbindung. Für den Transformationsprozess und die Weiterverarbeitung zu Lithiumkarbonat ist eine chemische Industrie wichtig. Zu den chemischen Herausforderungen kommen in Bolivien auch geographische und klimatische Faktoren, wie die Höhe des Salars und die Regenzeiten die eine langsame Verdunstung provozieren und die Entwicklung einer neuen Technik erfordern (Hollender & Shultz 2010: 26; Mares 2010: 15). Auch andere evaporite Rohstoffe die für Abbau und Vermarktung interessant sind wie Chlor, Sulfate, Natrium, Borax, Ulexit, Magnesium, Kalzium, Potassium kommen im Salar de Uyuni vor (Hollender & Shultz 2010: 18–19; Ströbele-Gregor 2012: 27).

34 Aktuell ist Chile, gefolgt von Argentinien, Australien, China, und den USA dominant bei der Produktion von Lithium. Zu den großen internationalen Lithiumunternehmen zählen die chilenische SQM, die US-amerikanische FMC und die deutsche Chemetall (Petropress 2009: 23; Martinelly Zeballos 2011: 22–23).

35 Einerseits bekommt das bolivianische Lithium eine starke Aufmerksamkeit als Schlüsselement für die Elektromobilität, durch die Bolivien zu einem bedeutenden globalen Wirtschaftsakteur werden könnte. Es wird gar von einer neuen Ära nach Kohle und Öl, dem „Lithium-Zeitalter“ gesprochen. Lithium bleibt ein wichtiger Rohstoff und im Kontext der Lithium-Debatten ist das bolivianische Lithium zentral (Petropress 2009: 24). Andererseits müssen auch gewisse Unsicherheiten dieser optimistischen Prognosen beachtet werden. Es herrschen diverse Zweifel an der Technologieentwicklung, der Langzeitnachfrage und der möglichen Alternativen, wie Recycling oder andere Zulieferer (Hollender & Shultz 2010: 12–14; Mares 2010: 12–14; Ströbele-Gregor 2012: 14–17,

sächlich geht es in den öffentlichen Diskussionen und damit auch in dieser Arbeit darum, ob und wie das bolivianische Lithium überhaupt abgebaut wird und welcher Anteil hierbei der regionalen Ebene zufällt. Für diesen Gegenstand benutze ich den Begriff „Lithium-Konflikt“. Denn trotz der verheißungsvollen Rohstoffvorkommen auf der einen Seite und der großen Armut und Bedürfnisse der Bevölkerung auf der anderen Seite, wird das bolivianische Lithium bisher nicht kommerziell genutzt. Bolivien fing zwar, im Vergleich zu seinen beiden bereits seit längerem Lithium produzierenden Nachbarländern Chile und Argentinien, vor rund 40 Jahren als erstes an, über die evaporiten Rohstoffe (Verdampfungs- und Eindunstungsgestein) seiner Salare zu forschen. Es gab Versuche verschiedener Akteure, sich Zugang zu den Rohstoffen des Salar de Uyuni zu verschaffen. Doch die Ausbeutungsversuche des Lithiums blieben bisher erfolglos (Nacif 2012: 3). Weshalb konnte Bolivien seinen Lithiumreichtum bisher nicht nutzen?

Für den aktuellen Kontext und die Zukunftsperspektive des bolivianischen Lithiums als Produkt eines staatlichen Projektes, beschreibt Ströbele-Gregor<sup>36</sup> vier Konfliktebenen, die globale, nationale, regionale und lokale. Die Konflikte entstehen entsprechend der Interessenskonstellationen der verschiedenen Akteure. Sie sind geprägt von sozialen Asymmetrien, ungleichem Zugang zu Infrastruktur und ungleicher Durchsetzungskraft der Interessen (Ströbele-Gregor 2012: 12). Obwohl die verschiedenen Ebenen nicht gänzlich voneinander zu trennen sind<sup>37</sup> werden die globale<sup>38</sup> und lokale<sup>39</sup> Ebene in der vorliegenden Betrachtung weitgehend ausgeblendet.

Die nationale und regionale Konfliktebene ist durch die jeweils ungleiche Position Potosís als ärmstes Departement innerhalb Boliviens beziehungsweise der Salarzone als vernachlässigste Region innerhalb des Departamentos und den daraus entstehenden Forde-

---

28). Bolivien wird teilweise auch die technologische und politische Fähigkeit diesen Reichtum zu nutzen, und ihn dem Weltmarkt (rechtzeitig) zur Verfügung zu stellen, abgesprochen (Mares 2010).

36 Der Artikel von Ströbele-Gregor (Ströbele-Gregor 2012) ist der einzige deutschsprachige umfassende Aufsatz zur Lithium-Thematik in Bolivien, der insbesondere auch soziale und politische (und nicht rein technische) Aspekte betrachtet. Das Dokument stellt die aktuellen und prognostizierten Konfliktszenarien dar. In dieser Arbeit lege ich den Schwerpunkt auf den historischen Hintergrund dieser Konflikte.

37 Die Konfliktebenen sind oft miteinander verbunden. Beispielsweise nähren Ungleichheiten und Konflikte auf subnationaler und lokaler Ebene, wie mangelnde Infrastruktur, Bildung, Technologien und politische Instabilitäten den Zweifel möglicher internationaler Partner (siehe Mares 2010: 15-17). Die Unsicherheiten über die internationale Marktpositionierung Boliviens wiederum entfachen nationale Konflikte über die richtige Ausbeutungsstrategie, etc.

38 Der Konflikt auf globaler Ebene dreht sich um die internationale Positionierung Boliviens und ist geprägt von ungleichen Erfahrungen sowie Entwicklung von Technologie, Expertise und Infrastruktur gegenüber etablierten Marktteilnehmern (Ströbele-Gregor 2012: 13). Die internationale Marktpositionierung Boliviens Lithium ist grundlegend für die Zukunft des Projektes, und wird viel diskutiert. Für die hier betrachteten Ebenen stellt sie eine Rahmenbedingung dar, bleibt allerdings nebensächlich.

39 Die lokale Konfliktebene bildet sich aus der heterogenen Sozialstruktur innerhalb der Bewohner der Salarzone. Die lokalen Gemeinden haben unterschiedliche ökonomische Strategien wie Landwirtschaft, Salzgewinnung und Kleinbergbau. Hinzu kommen migrierte Bergleute aus anderen Landesteilen und die Stadt Uyuni, die weitgehend von Handel und Tourismus lebt. Hauptkonflikt dieser lokalen Ebene ist die Vereinbarkeit von Lithiumförderung mit den weiteren Wirtschaftszweigen. Indirekt geht es dabei um einen Umweltkonflikt und maßgeblich ums Wasser (Ströbele-Gregor 2012: 14). Diese Ebene ist zwar relevant für die Positionierung der Bevölkerung auch auf den anderen Konfliktebenen, aufgrund von mangelhafter Information und Befähigung der lokalen Bevölkerung, sowie Interessensdifferenzen und damit einer mangelnden einheitlich kommunizierten Position, sowie gewisser staatlicher Ignoranz dieser Konflikte, bleiben diese jedoch latent, treten also kaum öffentlich zutage und bleiben demnach auch in der hier durchgeführten Zeitungsartikelbetrachtung marginal.

rungen geprägt (Ströbele-Gregor 2012: 13-14). Auf diese beiden Ebenen und deren Einfluss auf die gesamte Lithiumdynamik legt die vorliegende Arbeit den Fokus. Die Analyse der Zeitungsartikel zu Potosí ergibt, dass die Datenbasis zwar globale und lokale Konflikte teilweise aufgreift, aber hauptsächlich die subnationale und regionale Ebene reflektiert. Außerdem kommen staatsbürgerschaftliche Aushandlungen auf den beiden mittleren Ebenen am ehesten zum Tragen, da hier die stärkste zivilgesellschaftliche Organisierung stattfindet und die Beziehung zwischen Staatsbürgern und Regierung ausgelebt wird. Bei den Konflikten auf regionaler Ebene geht es grundsätzlich um Aushandlungen von Kompetenzbereichen und Forderungen nach Beteiligung. Nach einer allgemeinen Darstellung der Konfliktkomponenten in 4.1, wird in 4.2 der Lithium-Konflikt anhand seiner historischen Perioden sowie dessen Reflektion in den Zeitungsartikeln nachgezeichnet.

## **4.1 Lithium-Konflikt: regionale Staatsbürgerschaftliche Aushandlungen**

Bei der Betrachtung regionaler staatsbürgerschaftlicher Aushandlungen um das bolivianische Lithium sind langfristige Konfliktlinien und Forderungen zu erkennen. Häufig fußen sie auf historischen Argumentationen. In diesem Kapitel werden die grundlegenden Konfliktkonfigurationen im Lithium-Thema vorgestellt.

### **4.1.1 Motiv: Historisches Selbstverständnis und aktuelle Situation**

Die Aushandlungen von Staatsbürgerschaft im Lithium-Konflikt im Departamento Potosí müssen vor dem Hintergrund der historisch bedingten Selbstwahrnehmung und Situation der Region betrachtet werden. Das historische Selbstverständnis hat Einfluss darauf, mit welchen Motiven und Begründungen argumentiert wird. In den Darstellungen der Zeitungsartikel sind das historische Selbstverständnis und die aktuelle, zeitgenössische Situation miteinander verquickt. Dementsprechend können zeitgenössische Probleme wie Unterentwicklung und Armut auf die historische Ausbeutung und Ausgrenzung der Region und ihrer Bewohner zurückgeführt werden.

Die kulturelle und wirtschaftliche Bedeutung Potosís für die Geschichte Boliviens wird immer wieder betont (El Diario, 14.11.1997): „Potosí es el germen de la historia de Bolivia“ (Ultima Hora, 06.11.1994). Das zentrale historische Charakteristikum Potosís ist seine Bergbau- und Ausbeutungsgeschichte seit der Kolonialzeit, von Silber über Zinn hin zu weiteren Mineralien. Als dominanter Wirtschaftssektor prägt der Bergbau die Stadt Potosí sowie das gesamte Departement bis heute (u.a. La Prensa, 10.11.2000; El Potosí, 10.11.2007). Potosí selbst profitiere von den eigenen Reichtümern nie. Das Departement durchlebe bis heute eine kontinuierliche Ausbeutung durch nationale oder internationale Akteure ohne eigene Entwicklung (u.a. El Diario, 04.04.1999; El Potosí, 20.11.2009; El Potosí, 05.08.2010). Die Geschichte Potosís und deren Darstellung entsprechen weitgehend der Vorstellung des so genannten „Ressourcenfluch“ der Rohstofflieferantenregionen, welche trotz ihres Rohstoff-

reichtums keine eigene, nachhaltige Entwicklung erlebten.<sup>40</sup> Eine beliebte Metapher, welche für die Ausbeutungsgeschichte des Departamento Potosí genutzt wird, ist die der gemolkenen Kuh: „Debe terminar la perniciosa costumbre de que Potosí sea la vaca lechera que entrega todo sin recibir nada a cambio“ (Presencia, 11.03.1998).

Der Salar de Uyuni, die Lagerstätte des Lithiums, liegt im Südwesten des Departamento Potosí, auch „Gran Lípez“ bezeichnet, mit seinen fünf Provinzen Daniel Campos, Antonio Quijarro, Enrique Baldivieso, Nor Lípez und Sur Lípez. Ihre historische und aktuelle geopolitische Bedeutung als Grenzregion und Verteidiger der nationalen Souveränität gegenüber Chile und Peru (u.a. im Salpeterkrieg 1879-1883) sowie ihre lange Kulturgeschichte werden betont (El Diario, 21.08.2002; El Diario, 18.08.1996; El Diario, 21.08.2002). Uyuni als wichtigste Stadt der Region hatte historische Bedeutung als Eisenbahnzentrum (als logistischer Knotenpunkt für den Rohstoffhandel) bis zur Privatisierung und der daraus resultierenden Lahmlegung der staatlichen Eisenbahngesellschaft ENFE (u.a. Presencia, 11.07.1992; Los Tiempos, 06.07.1996; Nacif 2012: 8). Heute sind die wichtigsten Wirtschaftszweige der Region neben der Landwirtschaft der Tourismus, auf dem große Hoffnung liegt (El Deber, 28.11.2005). Aus den historischen Erfahrungen der Ausbeutung, der Verteidigung der bolivianischen Souveränität gegenüber ausländischen Invasionsversuchen sowie den Nachteilen der Privatisierungen konstituieren sich die Zweifel der Potosiner gegenüber ausländischen Unternehmen. Gleichzeitig bietet die historische Bedeutung und die einseitige Ausbeutung Potosís auch die Grundlage für Forderungen nach Gerechtigkeit und Aufmerksamkeit für die Region. Potosí empfindet eine historische Schuld und Verantwortung der Gesamtnation gegenüber ihrem Departement, der aber nicht nachgekommen werde (u.a. Presencia, 13.11.1993; Presencia, 01.04.1995; El Diario, 14.11.1997). Die Potenziale und Bedürfnisse der Region würden entgegen der Pflicht Boliviens ignoriert und vernachlässigt (Presencia, 31.03.1994; Presencia, 29.04.1994; El Diario, 20.06.1999): „Nor Lípez: tierra de promesas, pero olvidada por los gobiernos“ (Presencia, 02.11.1995).

Trotz seiner historischen Bedeutung und aufgrund der einseitigen Ausbeutung und Vernachlässigung ist Potosí aktuell das ärmste Departement Boliviens (Ströbele-Gregor 2012: 11; Hollender & Shultz 2010: 8-9; Molina 2009b: 7-8). Rund 80 Prozent der Potosiner leben in Armut (Presencia, 11.11.1994), von der ländlichen Bevölkerung sind es gut 95 Prozent.<sup>41</sup> Die Grundbedürfnisse wie Wasser, Bildung, Kommunikation, Strom und Gesundheitsversorgung der sehr geringen Bevölkerung des Südwestens bleiben unbefriedigt, die Region des Salars ist extrem vernachlässigt und hinsichtlich seiner Wirtschafts- und Infrastruktur das am wenigsten entwickelte Gebiet des Departements Potosí. Hinzu kommen die besonders rauen klimatischen und ressourcenknappen Lebensbedingungen (u.a. Presencia, 11.07.1993;

---

40 Ganz Bolivien reiht sich in Rohstofffluch bzw. Ressourcendilemma ein, als billiger und abhängiger Rohstofflieferant für den Weltmarkt ohne Reinvestitionen und wertsteigernde Weiterverarbeitung im eigenen Land. Die Einnahmen der Bergbauklavenwirtschaft blieben einer kleinen Elite vorbehalten (Hollender & Shultz 2010: 8).

41 Dies bestätigen die Zahlen des Zensus des Instituto Nacional de Estadística (INE) von 2001, dargestellt in La Prensa, 07.04.2002.

Presencia, 11.11.1994; La Patria, 21.04.2010; Hollender & Shultz 2010: 36-37; Ströbele-Gregor 2012: 13-14, 61-63).

Armut und Unterentwicklung stehen in krassem Kontrast zum Reichtum der Region an Bodenschätzen. Das trifft insbesondere auf die Region des Salar de Uyuni zu, und wird durch die zunehmende Aufmerksamkeit für das Lithium umso augenscheinlicher:

„La provincia Nor LÍpez, es un territorio rico en recursos naturales, donde se encuentra [...] el litio. [...] Pero paradójicamente en nuestro territorio vivimos en la pobreza, sin luz, sin agua potable, ni alcantarillado y malos caminos" (El Potosí, 15.04.2010).

Vor diesem Hintergrund wird immer wieder angeprangert, dass die Zentralregierung Potosí massiv vernachlässige (El Potosí, 02.01.2005). Insbesondere bei den Darstellungen der peripheren ruralen Provinzen des Südwesten Potosís überwiegt die historische und permanente Vernachlässigung und Marginalisierung als Hauptcharakteristika der Region, welche „abandonada por las autoridades“ sei (El Potosí, 04.12.2003; El Potosí, 27.09.2002; El Potosí, 04.08.2002). Die Unterentwicklung und Vernachlässigung der Region führt zu starker Abwanderung welche die Situation umso prekärer mache (u.a. El Potosí, 08.04.2002; El Diario, 22.09.2002; El Diario, 18.05.2005; El Potosí, 07.07.2008).

Im Vorwurf der Vernachlässigung steckt auch immer eine Kritik am Zentralismus. Demnach bekommen die Zentren (Departements der Zentralsachse, Hauptstadt des Landes bzw. des Departements) mehr Aufmerksamkeit und nehmen die Ressourcen für sich in Anspruch. Die peripheren Regionen werden bei den zentralistischen Entscheidungen nicht miteinbezogen (El Potosí, 04.01.2002), und es mangle an Präsenz des Zentralstaats in den Provinzen durch Institutionen und Programme, „Para los LÍpez no existe el Estado boliviano“ (El Diario, 18.05.2005). Die Verwendung des Diskurs der Vernachlässigung wird auch in einem Zeitungsartikel selbst treffend reflektiert: „Se ha construido el discurso de: ‘ser marginados, no ser escuchados, ser tratado como región de segunda categoría’, etc. para justificar demandas como constatación del déficit que tiene el Estado con nuestra región“ (El Potosí, 15.02.2005).

Vor diesem Hintergrund fordern sowohl zivilgesellschaftliche als auch politische Vertreter der Region wiederholt Entwicklungsprogramme und die wirtschaftliche Integration Potosís. Die Nutzung der Rohstoffe für die regionalen Bedürfnisse und die Förderung des Bergbaus werden hierz als zentrale Faktoren wahrgenommen (u.a. Presencia, 11.12.1992; La Razón, 21.03.1993; El Diario, 18.08.2002; Opinión, 10.11.2005; El Diario, 03.12.2006; El Potosí, 16.02.2006; La Razón, 10.11.2007). Für den Südwesten werden speziell die nicht-Metalle des Salars und das Lithium als Grundlage für eine zukünftige Entwicklung benannt (Presencia, 20.04.2000; El Diario, 03.12.2006; El Diario, 03.12.2007).

Die dargestellte Ausbeutungsgeschichte ist sehr präsent im kollektiven Gedächtnis. Vor dem Hintergrund der historisch bedingten Armut gewann das Lithium eine besondere Bedeutung für Bolivien, für das Departamento Potosí und für die Region um den Salar de Uyuni.

Auf dem Lithium, auch das „Gold des 20. Jahrhunderts“, liegt seit seiner Entdeckung die Hoffnung, das Paradoxon zwischen Rohstoffreichtum und Bevölkerungsarmut aufzulösen. Die Hoffnungen auf eine nationale und regionale Entwicklung auf der Grundlage des Lithiums sind groß. Hieraus entstanden Erwartungen und Begehrlichkeiten der unterschiedlichen Akteure, insbesondere in der Lithium beherbergenden Region. Die prekäre aktuelle wirtschaftliche Situation und der Entwicklungsrückstand der Region dienen zusammen mit den Vorwürfen der historischen Ausbeutung und Vernachlässigung als Motiv und zur Legitimation regionalistischer Forderungen nach größerer regionaler und lokaler Beteiligung am Lithium-Projekt und seinen erwarteten Vorteilen.

#### **4.1.2 Konflikt: Besitzansprüche und Beteiligung**

Zur Bestimmung der Beteiligungsansprüche gilt es auszuhandeln, wer die Hoheit über und Zugriffsrechte auf die Rohstoffe des Salars hat. Der Beteiligungsfrage liegen allgemeine Vorstellungen über den Rohstoffbesitz zugrunde. Wer hat insgesamt Beteiligungsrechte an den Rohstoffen, wem gehören sie und wem sollen sie zugutekommen? Die nationalistische Perspektive, welche seit dem 19. Jahrhundert in Lateinamerika vorherrscht, geht davon aus, dass alle Bodenschätze des Landes Eigentum des ganzen Nationalstaates sind, und die Profite somit über die Zentralregierung allen gleichermaßen zugutekommen sollten. Gegenüber regionalistischen Ansprüchen wird diese Perspektive häufig vom Zentralstaat eingenommen (Los Tiempos, 13.08.2010). Die regionalistische Perspektive geht davon aus, dass die Rohstoffe territorialen Besitzrechten der lokalen Gemeinden unterliegen. Dementsprechend sollte die lokale Verwaltung und die ortsansässige Bevölkerung der rohstoffbeherbergenden Region ein größeres Beteiligungsrecht genießen, sowohl an den Entscheidungsprozessen als auch an den materiellen Vorteilen (Hollender & Shultz 2010: 20-22). Diesen Diskurs verfolgen die Akteure der betroffenen Region, die auf eine größtmögliche Beteiligung aus sind. Sie erheben Besitzanspruch auf Territorium und Rohstoffe (Presencia, 26.07.1993): „Este extenso territorio [...] es de propiedad de sus habitantes, los recursos naturales existentes son también de su propiedad“ (El Diario, 18.05.2005). Die regionalistische und die nationalistische Perspektive stehen sich also gegenüber. Es besteht eine Auseinandersetzung über den Rohstoffbesitz des Salars zwischen dem Staat, der Hauptstadt Potosí und der Region des Salars:

„la población de Uyuni [...] se crea única dueña del salar, sin embargo que éste comprende asimismo extensiones de Nor Lípez y Daniel Campos del vecino distrito, está originando susceptibilidades [en] Potosí, que piensa que ese yacimiento rico en recursos mineralógicos pertenece al departamento y al país todo“ (Los Tiempos, 11.09.2005).

Es geht also darum wem das Lithium des Salars de Uyuni eigentlich gehört und wer darüber bestimmen darf. Insgesamt ist der Lithium-Konflikt ein Konflikt zwischen der rohstoffbeherbergenden Region und der zentralistischen, departementalen oder nationalen Ebene. Das

Departamento Potosí und der Südwesten Potosís suchen nach Möglichkeiten von diesem Reichtum zu profitieren und fordern gegenüber dem Zentralstaat beziehungsweise der Departamentverwaltung ihre Beteiligung ein.

Abgesehen von diesem Beteiligungskonflikt zwischen zentraler nationaler, departementaler Ebene und Region besteht auch ein Konflikt auf subregionaler Ebene zwischen den verschiedenen am Salar angrenzenden Provinzen. Die Beteiligungsansprüche auf subregionaler Ebene werden über den Streit zwischen den Provinzen bezüglich der territorialen, politisch-administrativen Zuordnung des Salars und seiner Rohstoffreichtümer ausgetragen. Die Territorialkonflikte basieren auf der Vorstellung, dass die Rohstoffe denen gehören, die das Territorium des Vorkommens bewohnen und die somit das Recht auf eine größere Mitsprache und Gewinnbeteiligung am Lithium haben. Die gesamte Region macht sich Hoffnungen auf die Gewinne aus dem Rohstoffreichtum. Laut offiziellen Standpunkten und der aktuellen Gesetzgebung liegt der Salar de Uyuni komplett in der Provinz Daniel Campos (El Diario, 18.08.2002). Doch auch andere Provinzen wie Nor LÍpez und Antonio Quijarro erheben Anspruch auf den Salar und seine Rohstoffe: „la mayor parte del Salar de Uyuni está en la jurisdicción de las provincias Daniel Campos Y Nor LÍpez. [...] pero es más aprovechado por las provincia Antonio Quiijarro“ (Presencia, 23.11.1997). Nor LÍpez beansprucht mit Argumenten historischer Grenzziehungen Teile des Salars für sich (Ströbele-Gregor 2012: 59-61). Diese Streitigkeiten um die Grenze zwischen Nor LÍpez und Daniel Campos und damit über die Zuordnung des Salars kamen zwar schon in den 1950ern auf, verstärkten sich aber ab den 1990ern (El Diario, 12.02.1992), was sicherlich mit der Entdeckung des Lithiums und den Erwartungen an seine Entwicklungspotenziale zusammenhängt. Der Konflikt über die Provinzgrenzen zwischen Nor LÍpez und Daniel Campos ist bis heute ungelöst (Gysler 2010: 47-48). Auch wenn die neueren Gesetze den Salar formal Daniel Campos zuordnen, verteidigen FRUTCAS, COMIBOL und die GNRE im Sinne der Regierung die Position zugunsten Nor LÍpez,<sup>42</sup> und die staatliche Pilotanlage in Llipi Llipi, befindet sich in der Provinz Nor LÍpez. Allerdings grenzt sie an den Salar und damit an die Provinz Daniel Campos an und für die Entnahme der Rohstoffe greift sie natürlich direkt auf diesen zu. Dies birgt Konfliktpotential bezüglich der Beteiligungsrechte. Es bleibt unklar, welche Provinz im Falle von Mitsprache und Gewinnverteilung berücksichtigt werden wird (Ströbele-Gregor 2012: 76-77). Neben der Aushandlung regionaler Beteiligungsrechte ist die Debatte um die Beteiligung externer Akteure zentral. Die Frage ist, ob private und transnationale Akteure an Ausbeutung, Weiterverarbeitung, Kommerzialisierung und Profiten des Lithiums beteiligt oder von diesen ausgeschlossen werden, also inwiefern der bolivianische Staat seine „Rohstoffsovereänität“ abtreten darf. Diese grundsätzliche Frage nach der nationalen Hoheit über den Salar und seine Rohstoffe zieht sich durch die Geschichte der Lithiumthematik. Sie wird national und regional diskutiert und birgt großes Konfliktpotenzial.

---

42 Ströbele-Gregor vermutet dahinter politisches Kalkül der Regierung zur Spaltung von Opposition gegenüber der Regierung und ihrem Lithium-Projekt in Daniel Campos.

In der bolivianischen Gesamtgesellschaft scheint aufgrund der Ausbeutungsgeschichte die ressourcennationalistische Perspektive vorzuherrschen (Bultmann 2007: 41). Externe Akteure, welche sich auf imperialistische Weise Zugriff auf die nationalen Rohstoffe verschaffen wollen werden als Bedrohung für die nationale Entwicklung betrachtet. Entsprechend dieser Argumentation sei die Nationalisierung und kollektive staatliche Kontrolle über die Rohstoffe der einzige Weg den Ressourcenfluch zu durchbrechen, also die einseitige Ausbeutung zu beenden und den Rohstoffreichtum für die Gesamtgesellschaft zu nutzen (Molina 2009b: 9).

Der Konflikt über eine staatliche oder privatisierte Ausbeutung des Lithiums drückt sich historisch zwischen der wirtschaftsliberal eingestellten zentralstaatlichen Ebene und den weitgehend nationalistisch eingestellten regionalen sozialen Sektoren aus. Insgesamt versuchten in der Lithium-Geschichte Boliviens verschiedene private Akteure, sich Zugang zu den Mineralienreichtümern des Salars zu verschaffen. Dies kam aufgrund regionaler Opposition jedoch nicht dauerhaft zustande. Die rohstoffnationalistische Perspektive setzte sich mit dem Machtwechsel zum MAS auch auf Regierungsebene durch, dennoch bleibt das Thema externer privater Beteiligung kontrovers.

Ein rohstoffnationalistisches Instrument zum Schutz des Salars und seiner Rohstoffe vor dem Zugriff privater oder transnationaler Akteure ist die legale Kategorie der „*reserva fiscal*“. Eine *reserva fiscal* ist eine vom Staat eingerichtete Sonderwirtschaftszone unter strenger staatlicher Aufsicht. Der Staat ist grundsätzlich der Besitzer der *reserva fiscal* und hat das exklusive Recht die Rohstoffe dieser auszubeuten und zu kommerzialisieren. Der Salar de Uyuni mit seinen Rohstoffen wurde bereits 1974 zur *reserva fiscal* deklariert um den exklusiven staatlichen Zugriff auf die vermuteten Rohstoffe zu sichern. Dennoch gab es lange keinen Vorstoß, das Lithium tatsächlich staatlich zu fördern und zu industrialisieren. Stattdessen orientierten sich die dominanten bolivianischen Sektoren historisch gesehen an der neoliberalen Ideologie. Die Idee der *reserva fiscal* wurde durch Versuche, die Lithiumgewinnung einem privaten multinationalen Unternehmen zu überschreiben, gänzlich ignoriert und über legale Schlupflöcher wurden Ende der 1990er privatisierende Konzessionsvergaben am Salar ermöglicht. Seit der ersten Deklaration der *reserva fiscal* wurden die Reservatsgrenzen fünf Mal verändert, zunächst reduziert und zuletzt wieder erweitert. Bei diesen zentralstaatlichen Entscheidungen über die *reserva fiscal* wurden die ansässigen Gemeinden allerdings nie einbezogen (Hollender & Shultz 2010: 20-21).

Doch auch die betroffenen Gemeinden des Salars sind trotz allgemeiner Zurückweisung einer privaten Beteiligung nicht grundsätzlich für die *reserva fiscal*. So gab es Gegenwehr aus der Provinz Daniel Campos, da sie die Ausweitung der *reserva fiscal* als Zugriff auf ihren Besitz und Aneignung des Salars und seiner Reichtümer durch den Staat ansahen (Presencia, 27.06.1997; El Diario, 29.07.1997):

„el Salar de Uyuni [...], esta riqueza natural queda sin dueño, lo cual en su momento no permitirá que la región se beneficie de las regalías. El Salar de Uyuni

es patrimonio de las cinco provincias del sudoeste potosino y eso se debe respetar" (Presencia, 14.07.1996).

Die *reserva fiscal* kann also auch dazu dienen, die exklusiven Zugriffsrechte des Staates gegenüber regionalen Ansprüchen zu sichern, wodurch der Staat wiederum zentralistisch entscheiden könnte, was mit den Rohstoffen geschieht und wie diese ausgebeutet werden.

Die Definition der Beteiligung ausländischer und privater Akteure in der Rohstoffausbeutung ist ein zentraler Streitpunkt im Lithium-Konflikt, welcher die Nutzung des Rohstoffs bisher verhindert hat, wie sich in Kapitel 4.2 zeigt. Insgesamt ist der Lithium-Konflikt auf regionaler Ebene also eine Frage nach den Besitzansprüchen über den Salar und seine Rohstoffe.

#### **4.1.3 Regionale Beteiligung: Einnahmen, Partizipation, Repräsentation**

Im Zentrum staatsbürgerschaftlicher Aushandlungen rund ums Lithium auf regionaler Ebene stehen Beteiligungsfragen zwischen der zentralstaatlichen Ebene, der regionalen Ebene des Departamento Potosí und der lokalen Ebene der Region Salar de Uyuni. Eine Beteiligung bedeutet grundsätzlich die Repräsentation und Berücksichtigung der regionalen Interessen. Die verschiedenen Akteure fordern zum einen materielle Beteiligung an der Verteilung der erwarteten Gewinne und zum anderen politische Beteiligung in Form von Mitsprache bei Planungen und Entscheidungen über das Lithium und hierzu die notwendige Repräsentation ihrer Interessen in den entsprechenden Instanzen.

Der Lithiumkonflikt ist im Grunde ein Ressourcen-Verteilungskonflikt. In der Debatte um das Besteuerungssystem und um die Verteilung der Einnahmen als Grundlage von Entwicklung, drückt sich dieser am offensichtlichsten aus. Die Debatte um die Besteuerung ist eine Debatte um den gerechten Preis für die Rohstoffe (Bultmann 2007: 44-45). Die Besteuerung und für die Regionen gerechtere Gewinnverteilung der Rohstoffausbeutung ist im Bergbaudepartement Potosí ein permanentes Thema, was insbesondere Mitte der 1990er in den Zeitungen virulent wurde. Durch eine mangelhafte Besteuerung und Kontrolle verblieb von den Bergbauprofiten kaum etwas in der Region<sup>43</sup> (Presencia, 08.09.1995; El Diario, 20.07.1996; Primera Plana, 04.10.1996; Presencia, 12.12.1996): „Porque de hecho las provincias del sur oeste nunca hemos recibido nada por efecto de regalías“ (Primera Plana, 09.09.1997), was die Entwicklung hemmte (Presencia, 26.07.1993). Die Reform des Steuersystems unter Beteiligung der betroffenen Regionen und Munizipien (El Diario, 28.02.1997) und eine adäquate Kompensation der rohstofffördernden Departements wurden wiederholt gefordert (u.a. Presencia, 08.09.1995; Presencia, 23.03.1996; Presencia, 11.03.1998; El Potosí, 31.01.2003; El Diario, 13.04.2003).

Bei den historischen Vorstößen zum Lithiumabbau mit transnationaler Beteiligung war die geplante Besteuerung und somit der Gewinnanteil für Nation und Region sehr gering, was einen der zentralen Streitpunkte darstellte. Da es bisher keine nennenswerten Einnahmen

---

43 Die reale Besteuerung liegt 1997 bei durchschnittlich zwei Prozent (El Diario, 15.02.1998).

aus dem Lithiumverkauf für Bolivien gibt, ist die Diskussion um die Verteilung der Einnahmen noch rein hypothetisch, beziehungsweise spiegelt sich in der allgemeinen Debatte um Bergbaubesteuerung und Verteilung wieder. Hollender und Schultz sagten einen Kampf zwischen den Regionen um die Verteilung der Lithiumdevisen voraus (Hollender & Shultz 2010: 37-38). Das Thema der substaatlichen Verteilung überschneidet sich mit regionalistischen Entwicklungs- und Gerechtigkeitsforderungen in den Aushandlungen zwischen den verschiedenen Ebenen. Erste Vorstöße der regionalen Akteure, das Verteilungsregime der Lithiumeinnahmen zu bestimmen, fanden 2010 statt.

Bei der Beteiligung der regionalen und lokalen Ebene geht es neben der materiellen Einnahmenverteilung auch um Mitspracherechte der betroffenen Bevölkerung an Planung und Entscheidungen, sowie um eine soziale Kontrolle der ökonomischen Aktivitäten. Durch die Forderung nach Partizipation handeln die sozialen Sektoren die Rahmenbedingungen für weitere Aushandlungen im Rohstoffbereich aus. Die Forderungen nach regionaler Partizipation im Lithium-Konflikt sind vielfältig. Bürgerbeteiligung an Rohstoffthemen, und somit am Lithium, ist ein umstrittenes Prinzip. Auf der einen Seite gibt es Auffassungen, dass die institutionalisierte und faktische Partizipation der regionalen Bevölkerung an Entscheidungsprozessen und die Berücksichtigung der lokalen Bedürfnisse in der Projektplanung zum Lithiumabbau die einzige Möglichkeit sei, eine Lithiumausbeutung in Bolivien überhaupt erfolgreich umzusetzen. Andernfalls würden sich die regionalistischen Forderungen anderweitig einen Weg in die öffentliche Wahrnehmung suchen und hierdurch konflikthafte Aushandlungen provozieren, wie dies in der Vergangenheit bereits geschehen ist. Außerdem ist die soziale Kontrolle und Partizipation wichtig, um abzusichern, dass der Rohstoffreichtum auch tatsächlich der Bevölkerung zugutekommt. Auf der anderen Seite erfordert eine aktive Beteiligung und Berücksichtigung der regionalen Interessen eine große Kompromissbereitschaft, um die Interessenskonflikte zwischen den verschiedenen Ebenen zu lösen. Ein umfangreicher Partizipationsprozess könnte daher die Umsetzung eines Lithiumprojektes nach den Vorstellungen der hegemonialen Sektoren oder der Regierung bedrohen.<sup>44</sup> Regionalistische Perspektiven und Forderungen könnten die gesamtgesellschaftliche Nutzung des Lithiums behindern. Dies ist sicherlich ein Grund der bisher sehr geringen Partizipation sozialer Sektoren an der Lithium-Planung.

Das wirtschaftliche und politische Projekt und die dahinter stehende Ideologie haben Einfluss auf das staatsbürgerschaftliche Regime und die institutionalisierte Partizipation. Die festgeschriebenen Partizipationsrechte wandelten sich dementsprechend im historischen

---

<sup>44</sup> Insbesondere im Bergbausektor ist im Kontext der auf Extraktivismus ausgerichteten bolivianischen Wirtschaft die Umsetzung von Partizipationsrechten und Konsultationen problematisch, da massive Interessenskonflikte auftreten können. Häufig ist die Rohstoffausbeutung den Interessen der ortsansässigen Bevölkerung gegenläufig und bringt Umweltprobleme mit sich. Ein ergebnisoffener Dialog mit den sozialen Sektoren und die Förderung von Mitbestimmung könnten Wirtschaftsinteressen und Regierungspläne massiv gefährden (Dargatz 2013). Bei einem Konsultierungsprozess im Sinne des Konzeptes, muss auf die Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung eingegangen werden. Nur Kompromisse und eine reale Gewinnbeteiligung der Bevölkerung können in einem echten Konsultationsprozess ein für die Bergbauunternehmung positives Ergebnis hervorrufen.

Verlauf. Doch auch die tatsächliche staatsbürgerschaftliche Partizipation der Bevölkerung und die Einforderung dieser Rechte sind zu betrachten.

Abgesehen von der Bürgerpartizipation sind zur effektiven Vertretung und Aushandlungen der regionalen Interessen legitime und repräsentative Institutionen notwendig. Dies trifft sowohl für die Ebene des Departements zu, die ihre Repräsentation in Konflikten auf nationaler Ebene einfordern, als auch auf die Ebene der Provinzen und Gemeinden, welche die Vertretung ihrer regionalen und lokalen Interessen innerhalb des Departements und der sozialen Organisationen verfolgen. Die mangelnde Repräsentation der lokalen und regionalen Interessen ist ein Hauptproblem für ihre Durchsetzung. Von Seiten Potosís wird immer wieder eine Dezentralisierung der für den Bergbau relevanten nationalen Institutionen mit Standorten in Potosí sowie eine personelle Vertretung in diesen gefordert: „que las riquezas naturales sean administradas en casa“ (La Razón, 22.05.1992). Dahinter stecken eine Zentralismuskritik und ein Gerechtigkeitsanspruch der Regionen welche die Rohstoffe liefern. Die zentralisierte und personell zentralistisch dominierte Repräsentation könne nicht die effektive Interessensvertretung der betroffenen Regionen übernehmen, die durch ihren großen Bergbauanteil aber ein Recht auf Berücksichtigung ihrer Interessen hätten. Die Dezentralisierung und Regionalisierung von CIRESU und GEOBOL (La Razón, 22.05.1992) beziehungsweise COMIBOL und SERGEOTECMIN mit Sitz in Potosí wurden gefordert (El Potosí, 23.10.2007; El Potosí, 27.10.2008; El Diario, 13.05.2008; El Potosí, 28.04.2009). Die Bürgervertreter Uyunis („los cívicos de Uyuni“) forderten, die Vertretung und Unternehmen im Bereich der evaporiten Rohstoffe und des Lithiums in der Region des Salars anzusiedeln: „cuestionan la participación de los parlamentarios en temas que tienen que ver con el salar de los potosinos“ (El Potosí, 10.09.2005).

Neben den Bergbauinstitutionen sind für die Repräsentation und Aushandlung regionaler Interessen Bürgervertretungsorganisationen zentral. Es ist fraglich, welche Vertretungseinheiten für die staatsbürgerschaftliche Aushandlung im Falle des Lithium-Konfliktes in Potosí maßgeblich zum Zuge kommen und wie die Interessen ausgehandelt werden. Das Comité Cívico Potosinista (COMCIPO, Bürgerkomitee Potosís)<sup>45</sup> ist die wichtigste Institution zur Vertretung der Bürgerinteressen des Departementos und dementsprechend mit seinen Forderungen, Standpunkten und Druckmaßnahmen in den Zeitungsberichten sehr präsent.<sup>46</sup> Das Bürgerkomitee von Potosí setzt sich aus verschiedenen sozialen Organisationen auf departementaler Ebene zusammen. Es erhebt den Anspruch die Gesamtheit der departementalen Interessen aller Potosiner Bürger gegenüber verschiedenen Instanzen wie der Präfektur oder der Nationalregierung zu vertreten, Rechte auszuhandeln und einzufordern (u.a. Presencia, 14.02.1995; El Potosí, 17.01.2010).

---

45 Das System der Comités Cívicos, der Bürgerkomitees funktioniert landesweit. Jedes Departement hat sein eigenes Komitee, auch Provinzen und Gemeinden haben lokale Bürgerkomitees.

46 Die Arbeit, internen und externen Auseinandersetzungen von COMCIPO werden umfangreich dokumentiert. FRUTCAS, die eher lokale Repräsentation der ruralen Sektoren, wird hingegen kaum beachtet, s.u.

Durch die Geschichte COMCIPOs ziehen sich drei Hauptprobleme bezüglich ihrer Legitimität und Repräsentativität. Zum einen das interne Wahlsystem<sup>47</sup>, dessen demokratischer und repräsentativer Charakter hinterfragt wird (Presencia, 13.08.1992; Presencia, 14.02.1995; El Potosí, 21.08.2008). Das zweite für das hier betrachtete Thema zentrale Problem ist die mangelnde Repräsentation der lokalen Interessen der Provinzen und ruralen Gebiete. Die umfassende Vertretung der häufig divergierenden Interessen aller Landes- und Bevölkerungsteile des gesamten Departements durch eine zentralistische Organisation ist problematisch, da es schwierig ist, eine einheitliche Position zu finden und zu vertreten. COMCIPO wird vorgeworfen, sich zentralistisch auf die Interessen der Departement-Hauptstadt zu begrenzen und die der Provinzen und ländlichen Regionen zu übergehen (La Prensa, 28.04.1999; La Razón, 29.05.2005). Verschiedene Versuche<sup>48</sup> die departementale Einheit und die Repräsentation aller 16 Provinzen durch COMCIPO nachhaltig herzustellen scheiterten.<sup>49</sup> Somit behält COMCIPO seinen Hauptstadtcharakter mit begrenzter Reichweite:

„si [COMCIPO] logra la adhesión de alguna zona rural en determinados momentos, es porque reivindica intereses provinciales pero en la mayoría de las veces son los dirigentes cívicos provinciales los que realizan gestiones ante las autoridades, sean departamentales o nacionales. [...] por muy pequeñas que sean, la mayoría de las poblaciones rurales tienen su propia entidad que les representa“<sup>50</sup> (El Potosí, 17.01.2010).

Und zuletzt besteht das Problem der Politisierung, die immer wieder kritisiert wird, weil sie die glaubwürdige Vertretung der Bürgerinteressen zusätzlich untergräbt (u.a. Presencia, 07.02.1993). Die Konflikte der Legitimität und Repräsentativität COMCIPOs als regionale Interessensvertretung kommen in den Zeitungsartikeln immer wieder zum Vorschein und haben auch bei den Aushandlungen ums Lithium ihre Bedeutung.

Der Lithium-Konflikt auf regionaler Ebene ist vor dem Hintergrund der in diesem Kapitel beschriebenen Konfliktlinien, mit historisch begründeten Motiven und Gerechtigkeitsforde-

---

47 In dem indirekten, repräsentativen Wahlsystem, werden von den Mitgliedsorganisationen (72 im Jahr 2004, 51 im Jahr 2010) je nach Größe der Institution ein oder mehrere delegierte Wahlmänner entsandt (die Verteilung ändert sich von Wahl zu Wahl), welche den Vorstand und somit auch den Präsidenten COMCIPOs auf zwei Jahre wählen (El Potosí, 08.01.2004; El Potosí, 17.01.2010).

48 Hierzu gibt es zwei Ansatzpunkte, entweder die Integration provinzieller Vertreter und Organisationen in die Struktur COMCIPOs, beispielsweise über eine Quote von 50 Prozent provinziell und 50 Prozent aus der Hauptstadt Potosí, wie dies 1995 vorgeschlagen wurde (Los Tiempos, 08.02.1995), oder die Schaffung einer parallelen Institution, welche sich speziell um die Belange der Provinzen kümmert. Der zweite Vorschlag kommt wiederholt aus den Reihen der Provinzen selber, da sie ihre eigene unabhängige Vertretung aufbauen wollen und sich von COMCIPO nicht repräsentiert fühlen. Dieser Vorstoß könnte COMCIPO wiederum nachhaltig schwächen (El Potosí, 22.10.2010).

49 1993-1994 wurde der Versuch unternommen ein Comité Cívico Provincial (COMCIPRO) als Konkurrenz zu COMCIPO und zu Vertretung der provinziellen Interessen, aufzubauen (La Razón, 26.02.1993). Kurz darauf wurde die offizielle Gründung des Comité Cívico Departamental (COMCIDEPO), aus COMCIPO heraus, in welches alle 16 Provinzen eingebunden sein sollten, verkündet (Los Tiempos, 26.01.1994; Presencia, 03.02.1994).

Im Rückblick von 2010 wird an drei weitere Versuche der Departementalisierung COMCIPOs erinnert, Kongresse zur Vereinigung von Hauptstadt und Provinzen von 1998, 2008, und ein departementaler Bürgerkongress von 2009, die allerdings alle aufgrund mangelnder Beteiligung scheiterten (El Potosí, 17.01.2010).

50 Die hier benannten Repräsentationseinheiten der ruralen Gemeinden finden in den Zeitungsartikeln leider kaum Erwähnung.

rungen, regionalistischen Besitz- und Beteiligungsansprüchen und divergierenden Vorstellungen über die Beteiligung externer Akteure an seiner Ausbeutung zu betrachten. Hinsichtlich der regionalen Beteiligung wird immer wieder neu ausgehandelt welcher Anteil an Einnahmen und Partizipation den Gemeinden, der Region, dem Departement und der Gesamtnation zusteht und wie deren Interessen repräsentiert werden.

Im Pressegeschehen wird dargestellt wie die Machtverhältnisse der verschiedenen Ebenen bei der Aushandlung von Rohstoffthemen bestimmt werden.

## 4.2 Historische Periodisierung des Lithium-Konflikts in Potosí

Dieses Kapitel betrachtet die in den analysierten Zeitungsartikeln festgestellten Konjunkturen zur Lithium-Thematik in Potosí. Ausgehend von einer Vorgeschichte der Entdeckung des Lithiumreichtums des Salar de Uyuni (Kapitel 4.2.1), welche sich bereits in den 1970ern und 1980ern abspielte, zeichnen sich in den Zeitungsartikeln ab 1992 bis 2010 drei Zeiträume ab, in denen Themen rund um den regionalen Lithium-Konflikt besonders relevant wurden. Der erste massive Versuch einer privaten Ausbeutung durch LITHCO mit dem ersten Vertrag 1990 wurde 1992 vereitelt (Kapitel 4.2.2), in den Jahren 2002-2005 sind die privaten Konzessionen über die Ulexit- und Borax-Vorkommen am Salar ein zentrales Thema in den Zeitungsdebatten (Kapitel 4.2.3) und seit dem Machtwechsel zum MAS 2006 und der neuen staatlichen Lithium-Strategie ab 2009 entstanden neue Rahmenbedingungen und Hoffnungen für einen Lithium-Abbau (Kapitel 4.2.4). In 4.2.5 schließt dieses Kapitel mit einem Ausblick auf die zu erwartenden Problematiken hinsichtlich Repräsentation und Beteiligung regionaler Interessen im Lithium-Thema.

### 4.2.1 Vorgeschichte<sup>51</sup>

Die Vorgeschichte des Lithium-Konflikts in Bolivien begann schon in den 1970er-Jahren. Das Interesse an den Rohstoffen der bolivianischen Salare erwachte und es gab erste Ansätze diese zu bestimmen, zu quantifizieren und gegebenenfalls zu nutzen. Hierbei traten der Staat, aber auch andere Akteure auf den Plan.<sup>52</sup> 1974 wurden Nor und Sur Lípez, und damit der Salar de Uyuni als wirtschaftlich interessante Region unter *reserva fiscal* gestellt. Die ersten Forschungsergebnisse 1981 von ORSTOM (französisches wissenschaftlich-technisches Übersee-Forschungszentrum) bestimmten die Ausdehnung sowie Lithium-, Kalium- und Bor-Vorkommen des Salars. Hiermit wurde Bolivien bereits zu Beginn der 1980ern als weltweite Hauptlagerstätte von Lithium festgestellt (Nacif 2012: 4-5).

Im Zuge der Demokratisierung ab 1982 und unter erhöhtem wirtschaftlichem Druck wurden erste Anläufe für eine industrielle Ausbeutung der Rohstoffe des Salars unternommen. Von staatlicher Seite wurde eine Zusammenarbeit mit privaten und internationalen Investoren

51 Für eine ausführliche Geschichte der Erforschungen und Abbaueversuche siehe Nacif 2012.

52 Zur Bestimmung der Rohstoffe der Salare kooperierte 1976 der Staat mit der NASA, und parallel die UMSA mit dem französischen ORSTOM.

angestrebt und vorbereitet. Gleichzeitig begann die Potosiner Universität Tomás Frías (UATF), angeleitet durch Wissenschaftler der Technischen Universität Bergbauakademie Freiberg (TU Freiberg, Deutschland), die Forschungen über die Rohstoffe im Salzsee. 1985 wurde das staatliche Unternehmen CIRESU (Complejo Industrial de Recursos Evaporíticos del Salar de Uyuni) gegründet (Ley No. 719, 15.02.1985). In der Leitung CIRESUs waren Vertreter verschiedener staatlicher und ziviler Institutionen<sup>53</sup> vertreten. Er sollte die Erkundung, Ausschreibung, Ausbeutung, Kommerzialisierung und den Gewinn der Rohstoffe des Salars de Uyuni verwalten (Nacif 2012: 5).

Entgegen dem zeitgenössisch dominanten neoliberalen Paradigma von wirtschaftlicher Öffnung und Privatisierung wurde 1986 explizit der gesamte Salar de Uyuni zur *reserva fiscal* erklärt (Decreto Supremo 21260, 16.05.1986). Dies hätte theoretisch eine staatliche Ausbeutung unter CIRESU ermöglichen können. Stattdessen wurden Ende 1987 die Anforderungen für eine internationale Ausschreibung verabschiedet, 1988 die ersten Verhandlungen zwischen LITHCO und dem Bergbauministerium geführt und im November 1989 ein Vertrag aufgesetzt (Nacif 2012: 6). An dieser Zweiseitigkeit des Regierungshandelns, welches auf der einen Seite mit der Gründung CIRESUS und der Ausrufung der *reserva fiscal* den Weg für staatliche Lithiumausbeutungsvorhaben ebnete und auf der anderen Seite Verhandlungen mit privaten Akteuren forcierte, ist der frühe Konflikt zwischen über ein angemessenes Lithiumausbeutungsregime zu erkennen.

Laut einem Bericht der UMSA (Universidad Mayor de San Andrés)<sup>54</sup> beschäftigten sich die regionalen sozialen Organisationen des Departamento Potosí bereits seit 1987<sup>55</sup> in Seminaren und öffentlichen Debatten mit der Lithium-Thematik, der angemessenen Form der Ausbeutung und den Eigentumsfragen des Salars. Sie gründeten das Comité Nacional de Defensa del Salar de Uyuni mit der Beteiligung wissenschaftlicher, universitärer, ziviler und gewerkschaftlicher Vertreter auf nationalem und regionalem Niveau. Dieses widersetzte sich einer internationalen Ausschreibung, sprach sich gegen Verhandlungen mit LITHCO aber für den Bau einer Pilotanlage zur Extraktion von Lithiumkarbonat am Salar aus und verteidigte die regionale Beteiligung an CIRESU (CEPROMIN 1991: 66, 75-76).

---

53 Das Bergbauministerium, die regionalen Entwicklungsgesellschaften Potosís und Oruros, mehrere Minister, die Streitkräfte, COMCIPO und verschiedene Komitees der Provinzen, die COB von Potosí, und die UATF.

54 Der Bericht vom Centro de Promoción Minera (CEPROMIN 1991) ist von 1991 und aus der Perspektive der UMSA (Universidad Mayor San Andrés), spiegelt also weitgehend die Position der zivilgesellschaftlichen Organisationen Potosís wieder. Das Dokument bietet einmalige Einsichten in die zeitgenössische Betrachtung der Lithium-Thematik, durch die klare politische Position ist es allerdings als begrenzt zu betrachten.

55 Diese Daten divergieren je nach Darstellung. Nacif 2012: 6 stellt dar, dass erst durch das bekannt werden des Vertrags mit LITHCO Ende 1989 zur allgemeinen Aufmerksamkeit der sozialen Sektoren für die Lithium-Thematik führte, diese Perspektive teilt die GNRE-Führung in einem Rückblick (Petropress 2009: 19). Die hier angeführte Information stammt von den sozialen Sektoren selbst. (CEPROMIN 1991)

#### 4.2.2 Der vereitelte Vertrag mit LITHCO 1992

Dementsprechend kritisch wurde der Vertrag mit dem US-Unternehmen LITHCO (Lithium Corporation, heute FMC, Food Machinery Chemical Corporation) Anfang 1990 von den regionalen und sozialen Sektoren aufgenommen. Er übertrug LITHCO für 40 Jahre die Rechte das gesamte Gebiet der *reserva fiscal* zu erkunden, auszubeuten, alle Ressourcen uneingeschränkt zu nutzen und seine Rohmaterialien zu exportieren. Dies kam einem Exklusivvertrag gleich, der aufgrund des sehr niedrigen Steuersatzes kaum Gewinne für Bolivien und die Region versprach. FRUTCAS, Bürgerkomitees, Wissenschaftler der Universitäten und Oppositionsparlamentarier analysierten und diskutierten den Vertrag und kamen zu dem Ergebnis, der Vertrag sei verfassungswidrig und laufe den regionalen und nationalen Interessen zuwider, da er nicht die Entwicklung des Landes und der Region sichere und kaum Gewinnbeteiligung vorsah. COMCIPO, COB und UATF (alle Teil von CIRESU) forderten den Vertrag grundsätzlich zu überarbeiten und seine Unterzeichnung aufzuschieben. Ob der mangelnden Einsicht der Regierung und ergebnislosen Verhandlungen begann COMCIPO im März 1990 eine Kampagne mit Druckmaßnahmen. Sie argumentierten, dass der Vertrag illegal sei, da keine Ausschreibung stattgefunden hatte, die rechtlich eigentlich verpflichtend gewesen wäre. Im Grunde waren die sozialen Organisationen insgesamt gegen den Ausverkauf des Salars unter diesen Konditionen. Der Generalstreik gegen den LITHCO-Vertrag hielt neun Tage lang an und war die größte Massenmobilisierung Potosís vor 2010. Aufgrund des öffentlich-politischen Druckes und sich verstärkender Mobilisierungen trat der Präsident Paz Zamora im Mai 1990 von dem Vertrag zurück und entschied sich für eine öffentliche internationale Ausschreibung (Nacif 2012: 6; CEPROMIN 1991: 76-77; Petropress 2009: 19).

Im Zuge der Debatten um die Ausbeutung des Salars und den vereitelten LITHCO-Vertrag entwickelten und präsentierten die sozialen Organisationen Potosís ihre eigenen Vorstellungen über die Nutzung der Rohstoffe des Salars. Die umfassende, transnationale Privatisierung wurde abgelehnt, eine souveräne und vernünftige Nutzung der Rohstoffe unter staatlicher Kontrolle, oder zumindest mehrheitlicher bolivianischer Beteiligung, wurde befürwortet. Der Rohstoffreichtum sollte dazu dienen, die Lebensbedingungen der Bewohner zu verbessern und die ökonomische Diversifizierung und Entwicklung von Region, Departement und Land zu fördern. Gewisse temporäre Exklusivrechte für ausländische Unternehmen, auch um den Zugang zu Technologietransfers und Ausbildung zu sichern, wurden nicht ausgeschlossen, allerdings sollten die Verträge Reinvestitionen und Entwicklung der Chemieindustrie in der Region sicherstellen (CEPROMIN 1991: 68-75). Eine von COMCIPO präsentierte departementale Lithium-Strategie (*estrategia departamental para la explotación*

de los recursos evaporíticos del Salar de Uyuni), beinhaltete zusätzlich moderat regionalistische Positionen. Sie forderte eine größere regionale Beteiligung, war aber dennoch bereit einen großen Anteil an private Investoren abzutreten. CIRESU sollte regional gestärkt werden mit einer Zentrale in Uyuni und operativen Zentren in Daniel Campos und Nor Lipez und der Aufnahme eines Repräsentanten des Bauernsektors in die Direktive um die aneztralen Besitzer des Salars zu vertreten. Die kapital- und technologieintensive Lithiumförderung sollte von CIRESU<sup>56</sup> öffentlich international ausgeschrieben und privat-öffentliche Mischunternehmen mit Staatsbeteiligung eingerichtet werden. Mindestens 50 Prozent der Gewinne sollten an den Staat gehen, und davon wiederum mindestens zwei Drittel an das Departement Potosí, und hiervon mindestens die Hälfte an die Provinzen um den Salar. Investitionen sollten auf Basis eines regionalen Entwicklungsplans geschehen und regionale Arbeitskräfte priorisieren (CEPROMIN 1991: 78-81). Dies sind die ersten offiziellen Positionierungen der sozialen Sektoren zur Lithium-Nutzung. Es ging also insgesamt um eine staatliche Beteiligung an jeglicher Lithium-Aktivität, eine größere Partizipation der sozialen Sektoren bei der Umsetzung und Kontrolle, sowie einer größeren Gewinnbeteiligung des Landes und insbesondere der Region, aber nicht wie teilweise fälschlich dargestellt um eine generelle Ablehnung der Rohstoffausbeutung oder privater Beteiligung (CEPROMIN 1991: 77). Die Verhandlungen mit LITHCO provozierten die ersten Versuche staatsbürger-schaftlicher Aushandlungen einer größeren regionalen Beteiligung. Dies blieb der Tenor der regionalistischen Verhandlungsposition.

Doch die Regierung ignorierte die Beteiligungsforderungen der sozialen regionalen Sektoren, hielt an ihrem Plan der internationalen Privatisierung von Investitionen und Gewinnen fest und zog eine aktive staatliche Beteiligung nicht in Betracht (CEPROMIN 1991: 82). Ende 1991 wurde die Ausbeutung des Salars international ausgeschrieben. Von den drei Bewerbern, LITHCO FMC, Soquimich (Chile), und COPLA Ltda (Bolivien) wurde erwartungsgemäß LITHCO ausgewählt und am 14. Februar 1992 wurde der neue Vertrag unterschrieben. Der einzige Unterschied zum ersten Vertrag war die leicht erhöhte staatliche Beteiligung. Es war ein typischer Joint Venture Vertrag, mit lediglich 2,5 Prozent latenter Steuern auf den Nettoverkauf und 10 Prozent Mehrwertsteuer. Doch wenige Tage nach der Vertragsunterzeichnung verabschiedete das Parlament einige Reformen, darunter die allgemeine Erhöhung der Mehrwertsteuer von 10 auf 13 Prozent, sowie die Verkürzung der Vertragslaufzeit. LITHCO wies diese Modifikationen zurück. Nach einem langen unklaren Verhandlungsjahr, trat das Unternehmen am 5. November 1992 vom Vertrag zurück und verlagerte seinen Fokus nach Argentinien. Neben den vorgeblichen Gründen der Steuererhöhung waren die

---

<sup>56</sup> Unter Beteiligung von Vertretern der vier Provinzen, der entsprechenden Bürgerkomitees, COMCIPO, UATF, COR (Central Obrera Regional) und CORDEPO (Corporación Regional de Desarrollo Potosí).

Verhandlungsfortschritte und besseren Konditionen in Argentinien<sup>57</sup>, aber auch die Schwierigkeiten durch die exzessiven öffentlichen Debatten und die lokale Gegenbewegung seitens der beunruhigten Bevölkerung Potosís ausschlaggebend für den Rückzug der LITHCO FMC. Also wurde das Lithium des Salars de Uyuni vorerst weiterhin nicht ausgebeutet, sondern lag brach, das Thema Lithium wurde vorübergehend ad acta gelegt (Nacif 2012: 6-7; Ströbele-Gregor 2012: 29).

### *Regionale Positionen zum LITHCO-Vertrag von 1992*

Das dieser Arbeit zugrunde liegende Zeitungsmaterial beginnt mit dem Jahr 1992. Deshalb sind die ersten abgebildeten Ereignisse zum Thema Lithium die Vertragsunterzeichnung mit LITHCO am 14.02.1992, das letzte Scheitern der Verhandlungen durch die vom Parlament modifizierten Konditionen und der Rückzug der Firma gegen Ende desselben Jahres. Die in den Zeitungsartikeln dargestellten regionalen Positionen zum Vertrag und rückblickenden Bewertungen der Ereignisse werden im Folgenden rekapituliert. Insgesamt bestand Uneinigkeit zwischen den regionalen Akteuren, sowohl während des Prozesses als auch in der nachträglichen Bewertung.

Die zivilgesellschaftlichen Organisationen Potosís und COMCIPO verhielten sich bezüglich des Vertrags mit LITHCO uneinig und wankelmütig. COMCIPO schien zunächst abweisend, in der Hauptstadt gab es Proteste gegen die Vertragsunterzeichnung (Presencia, 13.02.1992; Aquí, 28.02.1992). Die Region des Südwestens jedoch war dem Vertrag gegenüber insgesamt positiv gestimmt. Kurz vor der Vertragsunterzeichnung wurden große Erwartungen an die Entwicklung der Region geschürt:

„Se espera que el inicio de operaciones de la FMC en el Salar represente el despegue del postergado desarrollo regional y existe enorme expectativa entre los pobladores de las Provincias Antonio Quijarro, Daniel Campos, Nor y Sur Lípez“ (El Diario, 12.02.1992).

Diese Erwartungen provozierten Besitzansprüche und Territorialkonflikte. So erhoben die beiden Provinzen Daniel Campos und Nor Lípez Anspruch auf den Salar de Uyuni mit seinen Rohstoffen (El Diario, 12.02.1992). Die Autoritäten Daniel Campos sprachen sich nach der Unterzeichnung des Vertrages für diesen aus und akzeptierten auch die gemeinsame Besitzschaft des Salars zusammen mit den Nachbarprovinzen:

„Nuestra población está fortalecida y unida porque pensamos que con la explotación de los recursos del salar comenzará a cambiar nuestro destino y mejorar nuestras condiciones de vida [...], están complacidos porque se hayan concretado las negociaciones con la LITHCO, y dan su respaldo unitario a la explotación del Salar de Uyuni“ (Ultima Hora, 07.03.1992).

---

57 Hier bekam das Unternehmen den Zugang zum Salar del Hombre Muerto, mit geringeren Auflagen und Steuerbelastungen und weniger staatlicher Einmischung als in Bolivien.

Auch die Provinz Antonio Quijarro wartete ungeduldig auf die erhofften Investitionen und Entwicklungsschritte (Presencia, 25.06.1992). Die vertragsbegrüßende Haltung überwog nun in den Zeitungsdarstellungen. Auch COMCIPO setzte sich für die Ratifizierung des Vertrags durch das Parlament ein (Los Tiempos, 03.04.1992; Presencia, 07.07.1992).

Das Ergebnis der parlamentarischen Verhandlungen über die Modifikationen des Vertrags wurde kontrovers aufgenommen. Während die departementalen Politiker die Modifizierungen befürworteten (Presencia, 10.07.1992), kritisierte COMCIPO die mangelnde Reichweite der Modifikationen und die geringe Berücksichtigung der Region (Hoy, 09.07.1992). Wenig später allerdings lenkte Muñóz, Präsident von COMCIPO ein: „las modificaciones convienen al país [y] han sido aceptadas por la mayoría de los sectores en Potosí, aunque no es lo óptimo“ (La Razón, 23.07.1992). Dies spiegelt die gespaltene Haltung COMCIPOs wider.

Die Ergebnisse der Verhandlungen mit LITHCO wurden von der Bevölkerung mit Spannung erwartet (Presencia, 13.09.1992; El Diario, 29.09.1992; Presencia, 27.11.1992) Ob einer drohenden Absage LITHCOs machte sich in Uyuni Enttäuschung breit (El Diario, 02.10.1992), wobei in Potosí Druckmaßnahmen zur Erwirkung einer Antwort LITHCOs in Erwägung gezogen wurden (El Diario, 12.10.1992). Es entsteht der Eindruck, dass die Bürger und ihre Vertreter, sowohl der Hauptstadt Potosí als auch der Region des Salars nun sehr an einem Zustandekommen des Vertrags interessiert waren.

Rund um die Absage LITHCOs verstärkte sich dann die historisch begründete regionalistische Perspektive Potosís:

„Sin embargo la opinión es generalizada, [...] de que el salar debe ser explotado racionalmente y que esta vez los recursos económicos que genere beneficien al distrito, no permitiendo que suceda lo que pasó con la explotación de los recursos mineralógicos de la región, que no dejaron nada positivo en los largos años de incesante actividad“ (Presencia, 30.12.1992).

COMCIPO forderte eine „Regionalisierung“ der Angelegenheit, da das Thema für die Region von großer Bedeutung sei (Presencia, 06.12.1992; Presencia, 11.12.1992).

Nach der Zurückweisung des modifizierten Vertrags waren die Befürworter einer Lithium-Ausbeutung durch LITHCO sehr erschrocken. Sie zeigten sich gewillt, dem Unternehmen in jeglicher Weise entgegenzukommen. COMCIPO setzte sich dafür ein, zu den Vertragsbedingungen des ursprünglichen Vertrags vom 14. Februar 1992 zurückzukehren (El Potosí, 31.12.1992; El Mundo, 05.01.1993). Die Autoritäten Yunis (La Razón, 04.01.1993) und die Vertretungen der betroffenen Provinzen sprachen sich für eine Wiederaufnahme der Vertragsverhandlungen mit LITHCO aus (El Diario, 12.01.1993).

Mehrfach wurde die Inkonsequenz und Wankelmütigkeit COMCIPOs, dessen Vertreter es nicht schafften eine einheitliche, permanente Position zu vertreten, dargestellt und kritisiert (Hoy, 05.01.1993; El Diario, 12.01.1993). Hierbei wurden die Divergenz zwischen den Provinzen des Salars und COMCIPO deutlich. Erstere gaben COMCIPO die Schuld für den geplatzten Vertrag „el Comité Civico Potosinista nunca atendió los problemas de las

provincias, siendo más bien el principal causante del fracaso de las negociaciones con la LITHCO" (La Razón, 26.02.1993), da sie scheinbar aus rein politischer Motivation heraus entgegen ihrer eigentlichen Interessen eine abweisende Position vertraten, und in sich uneinig waren:

„en el frustrado caso de la LITHCO para la explotación del Gran Salar de Uyuni, las pugnas y toda la 'historia' en torno a este polémico asunto tuvo carácter político-sectario tanto de los unos como de los otros [...]. [Los] potosinos [...] deseaban la tal esperada explotación del Gran Salar de Uyuni; pero sus principios o su disciplina orgánica era más fuerte para decir no" (Presencia, 07.02.1993).

Der neue Präsident COMCIPOs, Miguel Charlar, beschrieb rückblickend die Spaltung der Bürgervertretung aufgrund der Uneinigkeit über die LITHCO-Angelegenheit:

„La división surgió a raíz de que sólo 3 de los 14 dirigentes que componen el directorio solicitaron que la FMC-LITHCO no se vaya de Bolivia y acepte la firma del contrato para la explotación del Salar de Uyuni" (La Razón, 04.07.1993).

Es scheint also zunächst so, als wäre insbesondere die Region des Südwestens prinzipiell für den Vertrag mit LITHCO und den Abbau des Lithiums gewesen. Die Region war über das Scheitern des Vertrags sehr verärgert, COMCIPOs zunächst kritische Position hatte sich kleinlaut aufgelöst.

Es gab jedoch auch dauerhaft kritische Stimmen gegen den Vertrag. Die Bauernschaft der Region wehrte sich, indem „un grupo de campesinos originarios de las comunidades aledañas al salar [...] procedieron a quemar una fotocopia del contrato bajo el argumento de que 'no era conveniente para la región'" (Ultima Hora, 07.03.1992). Froilán Condori, der Anführer von FRUTCAS (Federación Regional Única de Trabajadores Campesinos del Altiplano Sud)<sup>58</sup> lehnte den Vertrag auch in seiner modifizierten Fassung ab und beanspruchte eine echte Repräsentation der Bevölkerung der betroffenen Region: „manifestó existir total rechazo de los campesinos de la zona del Salar de Uyuni a la firma del contrato con la FMC, y que asimismo los primeros en ser consultados deberían ser ellos como propietarios originarios del Salar" (Hoy, 09.07.1992). Gewisse Teile der lokalen Bevölkerung wie die Bauernschaft organisiert unter FRUTCAS, war zu diesem Zeitpunkt prinzipiell gegen einen Vertrag mit LITHCO und eventuell gegen eine Ausbeutung des Lithiums überhaupt, zumindest aber unter diesen privatisierenden Konditionen. Auch die Central Obrera Departamental forderte in rohstoffnationalistischer Manier, „que debía ser el propio Estado el que se haga cargo de la explotación del litio" (Presencia, 10.07.1992).

58 FRUTCAS ist der Kleinbauernverband des Südwestens. Sie ist dem CSUTCB angeschlossen, sieht sich selbst als regionale Repräsentation der Interessen der Bauern des südlichen Hochlandes, und vertritt die Gemeinden der fünf Provinzen Nor Lipez, Sud Lipez, Antonio Quijarro, Daniel Campos und Enrique Baldivieso. Ein zentrales Thema der FRUTCAS ist die Verteidigung der Naturressourcen der Region, insbesondere das Wasser (FRUTCAS 2008). FRUTCAS wird als Zusammenschluss der lokalen Gemeinden und somit als Repräsentationsorgan der sozialen Basis angesehen und hat auch im Lithium-Thema eine wichtige Rolle bei der Vertretung der Bevölkerung (Nacif 2012: 8, 11). Sie stellte sich teilweise den Positionen COMCIPOs entgegen, wurde im Lithium-Kontext in den Zeitungen aber nur sporadisch benannt.

Verschiedene Akteure erhoben Anspruch auf eine Mitsprache und Berücksichtigung ihrer Kriterien und verhandelten somit ihre Position im Aushandlungsprozess über die Zukunft des Lithiums des Salar de Uyuni. Die Hoffnungen auf Profite aus dem Lithiumabbau gingen einher mit Ansprüchen und Konflikten. An den vielfachen, konträren Positionen zum Vertrag ist abzulesen, dass große Uneinigkeit innerhalb der lokalen Bevölkerung und deren Vertretern selbst bestand. Das Chaos der verschiedenen Positionen macht es schwer das tatsächliche Interesse der lokalen und regionalen Bevölkerung zu identifizieren. Auffällig sind auch die interne Spaltung und der Konflikt COMCIPOs über eine Position zum Thema. Es ist die Tendenz zu erkennen, dass Vertreter der Hauptstadt Potosí, aber auch der Provinzen Daniel Campos und Antonio Quijarro, große Hoffnungen in den Vertrag setzten und sich eher für die Ausbeutung des Lithiums auf diesem Wege einsetzten. Diese LITHCO-freundlichen Stimmen waren in den Zeitungsdarstellungen weitaus präsenter. Die Gegenpositionen zum Vertrag bekamen in den Berichten weniger Aufmerksamkeit und wurden kleinen lokalen, gegebenenfalls durch FRUTCAS vertretenen Gruppen am Salar zugesprochen.

Das Scheitern des Vertrags wurde in der Folgezeit unterschiedlich bewertet. Die dominante neoliberale in der Presse dargestellte Perspektive machte noch Jahre nachdem der Vertrag nicht zustande kam und bis in die jüngste Zeit die zivilgesellschaftlichen Organisationen und ihr als kulturell rückständig verurteiltes Protestverhalten dafür verantwortlich, eine historische Chance für die wirtschaftliche Entwicklung Boliviens durch ausländische Investitionen, Technologietransfers und Weltmarktengliederung, vereitelt zu haben. Wiederholte Male wurde dem Fehlverhalten der sozialen Bewegungen die Schuld für das Scheitern der Verhandlungen mit LITHCO und die dadurch ausgebliebene Entwicklung auf Grundlage der Lithium-Ausbeutung, angelastet (Los Tiempos, 03.02.1997): „esas fuerzas ‚vivas‘ fueron las que evitaron al departamento una mejora económica que iba a provenir de la explotación del litio, poco es lo que se puede esperar...“ (La Razón, 16.02.1994), oder: „se fueron de Bolivia sin invertir, porque el sindicalismo extremista ganó la batalla empeorando la suerte y destino de Potosí“ (El Diario, 14.11.1997). Doch auch den Parlamentariern wurde Mitschuld gegeben „se actuó como el ‚perro del hortelano‘, dirigentes cívicos y parlamentarios [...] de Potosí“ (Opinión, 13.07.1996). COMCIPO verteidigte sich 1998 in einem ausführlichen Artikel gegen die permanenten Vorwürfe, „Los potosinos somos acusados injustamente. Sólo buscamos que se cumpla la ley, pero fueron los empresarios y los políticos quienes hicieron ahuyentar la inversión“ (Presencia, 21.05.1998). Der „Fall LITHCO“ wurde noch lange dazu verwendet die Bürgerbewegung, ihre mangelnden Repräsentation der regionalen Interessen und ihre scheinbar entwicklungsfeindliche Haltung zu kritisieren: „defendiendo los verdaderos intereses del departamento de Potosí se evitarán los grandes errores que han dañado irreversiblemente la imagen y la economía de la región, como en [el caso de] LITHCO“ (Presencia, 14.11.2000). Auch wenn der erste Vertrag aufgrund von Mobilisierungen der sozialen Sektoren von Seiten der bolivianischen Regierung zurückgezogen wurde, trat LITHCO vom zweiten Vertrag in Wirklichkeit freiwillig zurück aufgrund von veränderten

Steuerbedingungen und der Verunsicherung über Bolivien als Wirtschaftspartner, aber sicherlich auch aus intrinsischen Motiven.

Die Positionen um diesen ersten Versuch der Ausbeutung des bolivianischen Lithiums zeigten bereits die verschiedenen Konfliktdimensionen auf, die bis heute die regionalen Aushandlungen rund ums Lithium prägen. Auch wenn die Stimmung insgesamt nicht gegen eine privatisierte Lithium-Förderung war, schien diese Option durch den vereitelten Vertrag für die Folgejahre ausgeschlossen zu sein. Das Lithium lag zunächst lange Zeit brach und der Geist des vereitelten LITHCO-Vertrags schwebte über dem Lithium-Thema.

#### **4.2.3 2002-2005: Konzessionen am Salar**

Das nächste Ereignis im Kontext des Themenkomplex Lithium sind die Debatten um die Konzessionen am Salar de Uyuni. Diese betreffen zwar nicht direkt die Ausbeutung von Lithium, sondern den Abbau von Ulexit und Borax, welche wie das Lithium zu den evaporiten Rohstoffen gehören. Doch der Konflikt um die Konzessionen, die über ein fragwürdiges Verfahren an bolivianisch-chilenische Unternehmen vergeben und für die keine Steuern erhoben wurden, bildet die Grundlage für erneute Debatten um die Rohstoffe des Salars, deren Ausbeutung, deren Besitz und deren Gewinnverteilung, Fragen, die indirekt auch das Lithium betreffen.

Während der Zeit neoliberaler Reformen unter Sánchez de Lozada wurden Privatisierungen und Konzessionen vereinfacht. Der Versuch Potosiner Parlamentarier das Dekret über die *reserva fiscal* von 1986 zum Gesetz zu erheben und somit den Salar vor privatem Zugriff zu schützen wurde durch die Modifizierung der Norm konterkariert. Diese schützte lediglich die „Salzkruste“, was faktisch einer starken Reduktion gleichkam und somit die privaten Konzessionen rund um den Salar legalisierte. Das Gesetz, nach ihrem Schöpfer auch Ley Valda (Ley No. 1854, 08.04.1998), gab den Zugriff auf die Ulexit-Vorkommen frei und beförderte eine schnelle Ausweitung der privaten Konzessionen, die jedoch häufig brach lagen (Nacif 2012: 7). Als der Begriff der „Salzkruste“ 2002 spezifiziert wurde (Decreto Supremo 26574, 03.04.2002), bekam die Non Metallic Minerals S.A. unter dem chilenischen Unternehmer Moscoso viele Minen-Konzessionen zur Ausbeutung von Borax und Ulexit unmittelbar an den Rändern des Salars insbesondere in der Region Río Grande. Die Rückgewinnung der Konzessionen war in den Forderungskatalogen an die Präsidenten Gonzalo Sánchez de Lozada beziehungsweise Carlos Mesa in den Jahren 2002-2005 ein prominenter Punkt (u.a. El Potosí, 16.01.2002). Entsprechend des Aushandlungszyklus fanden wiederholt Ankündigungen und Durchführungen von Druckmaßnahmen statt.<sup>59</sup> Die sozialen Organisationen Potosís lehnten sich gegen die Reduktion der *reserva fiscal* und die fortschreitenden privaten Konzessionen am Salar de Uyuni auf. Die Vergabe der Konzessionen während der zweiten Re-

---

<sup>59</sup> Androhung COMCIPOs von Streikmaßnahmen im Januar und März 2002 (El Potosí, 04.01.2002; El Potosí, 06.03.2002), 24-stündiger Streik Potosís am 24. Oktober 2002 (El Potosí, 25.10.2002), Ankündigungen erneuter Druckmaßnahmen für Anfang 2003 (El Potosí, 17.12.2002) und 24-stündiger Streik Mitte März 2003 (La Razón, 15.04.2003).

gierungszeit Banzers (1997-2002) wurde insgesamt als illegal und durch korrupte Machenschaften gewisser Parlamentarier gefördert in Frage gestellt (El Potosí, 16.01.2002; El Potosí, 25.08.2002; La Prensa, 16.04.2003). Zudem sei die Zusammenarbeit bolivianischer und chilenischer Firmen verfassungswidrig (El Potosí, 06.01.2003). Das Motto der Rückforderungen könnte mit „Todo el salar para el Departamento“ (La Razón, 15.04.2003) überschrieben werden. Dahinter stand die allgemeine Anspruchshaltung der Bürger des Departements beziehungsweise der Region auf ihren Salar und seine Rohstoffe und die Verteidigung gegenüber privaten Interessen (El Potosí, 06.11.2003), „porque está en riesgo la mayor riqueza del Departamento de Potosí que actualmente beneficia a personas particulares y no a los potosinos que son los verdaderos dueños de las riquezas naturales“ (El Potosí, 21.10.2002). Der Rohstoffreichtum sollte der Entwicklung der Ursprungsregion dienen: „que los bienes como el salar de Uyuni [...] sirvan efectivamente a la región propietaria de los mismos“ (El Potosí, 13.11.2002). Es gehe um Gerechtigkeit für die Potosiner, durch eine angemessene Gewinnbeteiligung an der Rohstoffausbeutung (El Potosí, 19.09.2002). Denn die unkontrollierte und unbesteuerte Ausbeutung der Ressourcen des Salars durch private Firmen stellten eine Gefahr für die Interessen und die Zukunft des Departements dar. Die Konzessionen wurden auch als Bedrohung der Lithiumvorräte gesehen: „el loteamiento del salar condena al país a la postergación ya que [...] la producción de carbonato de litio refinado puede generar enormes recursos“ (El Potosí, 29.09.2003).

In diesem Zusammenhang wurden auch Vorstellungen über die Ausbeutung der nicht-metallischen Rohstoffe des Salars nach einer erfolgreichen Rückgewinnung der Konzessionen geäußert. Laut COMCIPO sollte CIRESU (unter Beteiligung der Potosiner Institutionen) ein integrales Großprojekt zur Ausbeutung und Industrialisierung unter Einbeziehung ausländischer Firmen entwerfen:

„dejar concesiones mineras en el Salar de Uyuni constituye un obstáculo para el futuro de un megaproyecto que permita la industrialización de los recursos no metálicos [...] Luego de la reversión de las concesiones el Estado debe iniciar una intensa campaña de promoción internacional para licitar los recursos metálicos y no metálicos del salar. [...] Esta tarea irá acompañada por los miembros de CIRESU que estará conformada por las instituciones potosinas, la Prefectura y autoridades del Ministerio de Minería“ (El Diario, 18.11.2003).

Die Rückgewinnung der Konzessionen stellte sich als langwieriger Kampf heraus mit verschiedenen erfolglosen Lösungsversuchen, die in den Zeitungen dargestellt wurden.<sup>60</sup> Die

---

<sup>60</sup> Zunächst ein Vorschlag des Bergbauvizeministeriums zur Einrichtung eines Sicherheitsgürtels um den Salar (La Razón, 15.04.2003), der von den Bürgervertretern als zu begrenzt kritisiert wurde. Sie forderten die Wiedereinführung der ursprünglichen *reserva fiscal* (La Razón, 15.04.2003; La Prensa, 16.04.2003). Das Bergbauvizeministerium blockierte zunächst, und schien die Konzessionen zu schützen. Auf Druck COMCIPOS wurde dann CIRESU neu aufgestellt (El Potosí, 15.07.2003; El Potosí, 01.08.2003). Letztlich wurde eine interinstitutionelle Kommission eingerichtet um die legalen Möglichkeiten zur Zurückgewinnung der Konzessionen zu prüfen. Die Kommission setzte sich aus Vertretern COMCIPOs, der Nationalregierung und CIRESUs zusammen (El Potosí, 19.09.2002). Sie beinhaltete allerdings keinerlei direkte Vertreter der betroffenen Region. COMCIPO kritisierte die Arbeit dieser Kommission als inkonsequent und ineffizient da diese keine konkreten Maßnahmen zur Rücknahme der Konzessionen und Rechtsverfolgung der Verantwortlichen vornahm. (El Potosí, 02.11.2003; El Diario, 18.11.2003).

Bürger des Südwesten Potosís, also Anwohner des Salars und Uyunis mobilisierten „para salvar el salar“ (Los Tiempos, 04.12.2003). Sie führten über mehr als 17 Tage verschiedene Druckmaßnahmen wie Hungerstreiks und Straßenblockaden durch (Los Tiempos, 05.12.2003). Aus diesem Druck heraus wurden unter Präsident Mesa Ende 2003 und Anfang 2004 Gesetze zur Wiederherstellung der *reserva fiscal* mit den ursprünglichen Maßen von 1986 und zur Prüfung der Konzessionen, verabschiedet (Ley No. 2564, 09.12.2003; Nacif 2012: 8; Petropress 2009: 19).<sup>61</sup>

Doch der Kampf gegen die Konzessionen war noch nicht ausgestanden. Die Umweltgenehmigungen (*licencias ambientales*), die alle (Bergbau-)Unternehmungen benötigten um ihre Aktivitäten durchzuführen, aber von den Konzessions-Inhabern nicht erworben worden waren, dienten als nächster Angriffspunkt gegen die Konzessionen. Die kritischen sozialen Bewegungen versuchen erfolglos die Vergabe der Lizenzen zu verhindern. Tatsächlich wurden die Umweltlizenzen auf umstrittene und intransparente Weise doch an die betroffenen Konzessions-Unternehmen vergeben. Im Folgenden fanden massive Mobilisierungen statt.<sup>62</sup> Diese Mobilisierungswelle verdeutlichte die Abwehr eines Großteils der Potosiner Bevölkerung gegen die Ausbeutung der Rohstoffe des Salars, zumindest unter diesen Bedingungen:

„Daremos nuestra vida por defender los intereses regionales. No es posible permitir que los chilenos se beneficien con los recursos naturales de Bolivia, mientras la mayoría de la población atraviesa por una difícil situación económica“ (El Diario, 18.06.2004).

Trotz aller Proteste wurden die nicht-Metalle des Salars Ende des Jahres 2004 immer noch durch Chilenen ausgebeutet,<sup>63</sup> Bürgervertreter des Südwesten Potosís forderten weiterhin den Stopp der privaten Ausbeutung des Salars und drohten mit Streik und Blockade der Bahnstrecke (El Potosí, 15.11.2004). Als COMCIPO Anfang Januar 2005 ein Resümee des vergangenen Jahres zog, wurde dennoch die Rückgewinnung der Konzessionen durch den Staat als wichtigster Erfolg der Arbeit des Bürgerkomitees betont, dies wurde zudem als Zurückeroberung des Lithiums bezeichnet:

„el avance más importante fue la recuperación de las concesiones del delta de Río Grande del Salar de Uyuni [...] para recuperar el litio de Uyuni se encaró una huelga de hambre [en] La Paz y Potosí y, con el apoyo de toda la población

61 Dies bedeutete theoretisch die Rücknahme aller Konzessionen außer der Mine San Cristóbal. Der Prozess verzögerte sich erneut (El Potosí, 21.01.2004), doch tatsächlich wurden durch das Dekret 27589 vom Juni 2004 die elf Konzessionen der Non Metallic Minerals SA am Salar annulliert auch wenn im Anschluss der Konzessionenbetreiber Moscoso Verfassungsklage gegen die Regierung erhob (El Diario, 23.07.2004).

62 Es gab massive Mobilisierung der Bevölkerung in Potosí im Juni 2004 gegen die Vergabe von Umweltgenehmigungen an die zwei in Río Grande operierenden Firmen Non Metallic und Copla und für eine Rücknahme der Konzessionen insgesamt. Drei Anführer COMCIPOs in Potosí gingen in Hungerstreik. Ihre Forderungen wurden von den Bürgerkomitees anderer Departements, sowie der Präfektin von Potosí unterstützt (u.a. El Diario, 18.06.2004). Wenig später schlossen sich auch einige Stadträte dem Hungerstreik an (El Potosí, 24.06.2004). Es folgten eine Demonstration und eine Bürgerversammlung mit mehr als 10.000 Bürgern (El Potosí, 23.06.2004).

63 Laut chilenischem Zoll wurden 4.000 Tonnen Borax und Ulexit innerhalb eines Monats ausgeführt, die chilenischen Unternehmen planten angeblich eine Anklage vor internationalen Gerichtshöfen gegen die Rücknahme der Konzessionen um eine Ausbeutung weiterhin zu ermöglichen, und die Potosiner protestierten weiterhin dagegen (El Diario, 19.10.2004).

potosina, se pudo lograr la atención de las autoridades. [...] se está trabajando para que los recursos naturales beneficien al conjunto de la población y no a grupos de poder que muchas veces acceden a los mismos a través del tráfico de influencias" (El Potosí, 10.01.2005).

Doch auch dieser Konflikt um die Konzessionen war nicht schwarz-weiß. Auf den ersten Blick wirkt es, als sei die Bevölkerung Potosís und ihre Vertreterorganisationen einstimmig gegen die Konzessionen und die Ausbeutung der Rohstoffe des Salars auf diese Weise gewesen. Doch es gab auch Gegenstimmen und -bewegungen aus Río Grande, der Region der Konzessionen. Interessenten am Erhalt der Konzessionen, so genannte Bürgervertreter des Südwesten Potosís, sprachen sich für den Erhalt der Konzessionen und für die Vergabe der Umweltlizenzen an die betroffenen Unternehmen als bedeutende Wirtschaftsfaktoren der Region aus. Die Rücknahme der Konzessionen wäre demnach der Todesstoß für die Wirtschaft der Region. Hierbei zogen sie einen direkten Vergleich zur Vertreibung der LITHCO 1992 und führen diese als abschreckendes Beispiel für die selbstverschuldete Unterentwicklung an. Die Konzessionskritiker wurden als eine Art Verschwörung diffamiert, welche investitionskritisch die Entwicklung der Region verhindere:

„Existe alarma y preocupación en nuestras comunidades, porque lo poco que ganamos con la explotación de los recursos no metálicos yacentes en el salar de Uyuni, pueda seguir la misma suerte de la explotación e industrialización del litio. Todos saben que a 12 años de la frustración del contrato con la LITHCO, nuestra región está más pobre y abandonada, [...] y son las mismas voces que ahora quieren frenar el desarrollo del suroeste potosino [...] los oportunistas de siempre camuflados unas veces en las dirigencias cívicas o político-partidistas, para oponerse a todo sin dejar que el suroeste potosino, explote racional y legalmente sus riquezas naturales, atrayendo inversiones, tecnología, creando fuentes de trabajo" (El Diario, 13.04.2003)

Sie befürchteten, dass der Abzug der Konzessionen auch andere zukünftige Bergbauprojekte beeinträchtigen könnten und warben für eine Öffnung gegenüber jeglichen Investitionen: „captando inversiones [...] de donde sea ,lo que nos interesa fundamentalmente es que la riqueza se quede en el suroeste potosino. Estamos de acuerdo con las inversiones serias y responsables, vengan de donde vengan.“ (El Diario, 13.04.2003).

Die Bevölkerung des Delta von Río Grande plädierte für die Vergabe der Umweltlizenzen an das betroffene Ulexit-Unternehmen Non Metallic und war bereit dies mit Blockaden der Bahnlinie Richtung Chile zu unterstreichen (El Potosí, 14.05.2004). Wenig später wurde berichtet, dass sich die Bewohner Río Grandes mittels einer Bürgerversammlung entschieden hätten gegen die Konzessionen zu kämpfen (El Potosí, 25.04.2003). Diese Divergenzen spiegeln die ökonomischen Interessen der jeweils unterschiedlich betroffenen Bevölkerung wieder. Viele Bewohner von Río Grande waren gleichzeitig Arbeitnehmer der umstrittenen Firmen, und somit am Fortbestehen der Konzessionen interessiert. Kritiker behaupteten sie

seien vom Konzessionsbetreiber Moscoso manipuliert und zu ihren Mobilisierungen und Stellungnahmen angestachelt worden (El Potosí, 14.05.2004).

Die Zeitungsartikel schafften es kaum, die verschiedenen regionalen Positionen differenziert oder vergleichend darzustellen. Die Bezeichnungen und der Bezug auf die Bürgervertreter („dirigentes cívicos“) oder den Südwesten Potosís („los potosinos del sudoeste“ oder „el sudoeste potosino“) sind sehr vage und die unterschiedlichen Positionen nicht eindeutig bestimmten Akteuren der Region zuzuordnen. Die Repräsentativität ist oft unklar und damit kritisch zu betrachten.

Ende 2005 wurde berichtet, dass das Dekret (27589) von 2004, welches eigentlich die Konzessionen des Salars zurückholen sollte, vom Interimspräsidenten Rodríguez Veltzé aufgehoben worden war, und somit chilenische Unternehmen weiterhin freien Zugriff hatten. Das Thema ging allerdings in der allgemeinen politischen Unsicherheit und den landesweiten Unruhen unter, Hoffnungen auf eine Lösung wurden auf eine neue Regierung gesetzt (El Diario, 19.12.2005). 2007 gab es am Salar de Uyuni 68 Konzessionen verschiedener Unternehmen. Aus der Zeit Banzers existierten immer noch 46 Konzessionen, allerdings war hiervon lediglich eine noch aktiv (Gysler 2010: 33). Die MAS-Regierung änderte die Konzessionspolitik und sprach durch die neue Verfassung eine endgültige Annullierung der Konzessionen für Mineralien und Evaporite aus (Constitución Política del Estado, 07.02.2009).

Das Thema der Konzessionen für den Abbau von Ulexit und Borax kann auf den Lithium-Konflikt spiegelbildlich übertragen werden im Sinne der Furcht vor einer (illegalen) Aneignung der Rohstoffe und einseitigen Ausbeutung dieser ohne Gewinnbeteiligung der Abbau-region. Diese Konzessionen-Problematik fiel mit den landesweiten massiven Aufständen gegen das neoliberale Regime und für eine Wiedererlangung der nationalen Souveränität über die bolivianischen Rohstoffe ab 2000 zusammen. Der Konflikt um die Konzessionen beweist die mobilisierende Wirkung und den Kampfwillen der Bevölkerung der Region im Falle einer nach ihrem Ermessen unrechtmäßigen Aneignung der Rohstoffe des Salars. Die Potosiner widersetzten sich hiermit zum wiederholten Male dem Rohstoffabbau des Salar de Uyuni, da sie nicht damit einverstanden waren, dass dies ohne ihre Beteiligung geschähe. Der Konfliktverlauf spiegelt die altbekannten Muster ausländischer Ausbeutung ohne Profite für die Region und gleichzeitig eine gewisse Hilflosigkeit im Kampf dagegen wider. Es wird deutlich, dass die Bevölkerung sich eine kontrollierte Nutzung der Rohstoffe zum Vorteil der Region wünschte. Der Konflikt um die Konzessionen kommt der Lithium-Problematik sehr nahe. Bezüglich des Lithiumabbaus wurde in dieser Zeit jedoch nichts unternommen. Das Interesse schien abgeklungen oder der Schreck des vereitelten LITHCO-Vertrags noch zu jung zu sein. Das Lithium lag weiterhin brach. Trotz der frühen Erkundungen und Zugriffsversuche konnte das Lithium also bis zum heutigen Tag nicht industriell gefördert werden, auch die Entwicklungserwartungen in das Lithium wurden bisher nicht erfüllt. Dies lag auch daran, dass das dominante Regierungskonzept bis dato den allgemeinen Vorstellungen der sozia-

len Sektoren zuwiderliefen. Einen substanziellen Schritt in Richtung Nutzung der Lithiumvorkommen machte erst die Regierung des MAS.

#### **4.2.4 Seit 2006: Machtwechsel zum MAS, veränderte Rahmenbedingungen**

Die Regierungsübernahme durch den MAS unter Evo Morales bedeutete eine radikale Verschiebung der Macht- und Repräsentationsverhältnisse auf nationalem Niveau. Mit dem Machtwechsel zum MAS 2006 veränderte sich in Bolivien sowohl das Staatsbürgerschaftsregime als auch die offizielle Rohstoffpolitik. Beides bietet Ansatzpunkte für Veränderungen im Lithium-Konflikt und den entsprechenden Aushandlungen. Der neue Ressourcennationalismus<sup>64</sup> wurde von den Aufständen und sozialen Bewegungen seit den 2000ern vorbereitet und durch die Wahl des MAS zur Mehrheitsentscheidung der Wählerschaft. Er sollte den Bruch mit den alten Abhängigkeitsstrukturen bringen. Zusammen mit dem Aufbau eigener Industrie sollte der Rohstoffreichtum eine nationale Entwicklung und soziale Gerechtigkeit bringen.

Die Verfassung von 2009 schrieb das neue staatliche Regime der natürlichen Ressourcen fest. „Die natürlichen Rohstoffe sind Besitz des bolivianischen Volkes und werden vom Staat verwaltet“ (Constitución Política del Estado, 07.02.2009: Art. 311.II.2., Übersetzungen durch die Autorin). Sie sollen vom Staat vernünftig und im Interesse des Volkes genutzt und industrialisiert werden (Ebd.: Art. 9). Die Rohstoffe wurden als „strategisch und von öffentlichem Interesse für die Entwicklung des Landes“ (Ebd.: Art. 348) deklariert, die in „direktem, unteilbarem und unentbehrlichem Besitz des bolivianischen Volkes sind und vom Staat im kollektiven Interesse verwaltet werden“ (Ebd.: Art. 349). Am 1. Mai 2007 wurde das gesamte nationale Territorium zur *reserva fiscal* erklärt, wodurch alle Rohstoffe offiziell in öffentlichen Besitz übergingen und ihre Ausbeutung und Verwaltung gleichzeitig an COMIBOL übertragen wurde (Decreto Supremo 29117, 01.05.2007). Die strategischen Rohstoffe wie die Mineralien stehen unter exklusiver Verwaltung des Staates (Constitución Política del Estado, 07.02.2009: Art. 298). Gleichzeitig werden in der Verfassung aber auch Möglichkeiten privater und ausländischer Beteiligungen benannt, wenn dies strategisch zum Vorteil des Volkes sei (Ebd.: Art. 349-351). Die strategische Bedeutung der evaporiten Rohstoffe der Salzlaken wird gesondert aufgeführt: „Los recursos naturales no metálicos existentes en los salares, salmueras, evaporíticos, azufres y otros, son de carácter estratégico para el país“ (Ebd.: Art. 369), das Lithium allerdings nicht explizit benannt. Abgesehen von der Überführung der Rohstoffe in nationales Eigentum soll die industrialisierte Weiterverarbeitung im eigenen Land Bolivien von der Rolle als einfacher Rohstoffexporteur emanzipieren, und somit eine nachhaltige Entwicklung unter staatlicher Verwaltung ermöglicht werden. Das wirtschaftspolitische Ziel der nationalen Industrialisierung und Kommerzialisierung der Rohstoffe unter

---

<sup>64</sup> Die Debatten um diesen wieder belebten bolivianischen Rohstoffnationalismus können in ihren Details hier nicht dargestellt werden. Vgl. Molina 2009a.

staatlicher Verwaltung ist in mehreren Artikeln in der Verfassung festgeschrieben (Ebd.: Art. 311, 313, 316, 319, 355).

Der Rohstoffnationalisierungs-Diskurs und die Idee einer staatlichen Industrialisierung der Rohstoffe des Salars wurde auch in den betrachteten Zeitungsartikeln reflektiert (El Diario, 03.12.2007) und schien sowohl von Seiten der Regierung (El Potosí, 07.11.2007) und der Präfektur (El Potosí, 22.04.2008), als auch von COMCIPO (La Patria, 22.09.2007; El Potosí, 27.10.2008) getragen, beziehungsweise gefordert zu werden. Auch die Beziehung zwischen dem Departement und der Zentralregierung unter dem neuen Präsidenten waren zunächst äußerst positiv, die Erwartungen an Evo Morales waren hoch, Potosí bekam ein neues Selbstbewusstsein (El Potosí, 12.01.2006). Die Hauptforderung Potosís nach Morales Amtsantritt waren die Reaktivierung und Transformation des Bergbausektors hin zu einer industrialisierten Weiterverarbeitung der Rohstoffe (El Potosí, 16.02.2006).

Die Regierung Morales brachte das Thema Lithium erst wieder konkret auf die Agenda und in die Presse. Die Regierung entwickelte ab 2008 einen Plan zur nationalen Industrialisierung der evaporiten Rohstoffe des Salars.<sup>65</sup> In der Potosiner Presse wurde zunächst nur allgemein über die ersten Schritte des Lithium-Projektes berichtet, wie den Ankündigungen von Forschungsprojekten (El Potosí, 11.11.2006), und dem Bau der Lithiumkarbonat-Pilotanlage (El Potosí, 10.11.2007; La Razón, 12.07.2008). Die ersten Reaktionen aus Potosí auf diese Entwicklungen waren selbstbewusst und hoffnungsvoll: „Consolidada la generación eléctrica a través del litio, de las hidroeléctricas, de los sistemas eólicos, de la eotermia y de la fusión nuclear, Potosí se convertirá en el centro energético nacional“ (El Potosí, 16.08.2008). Optimistisch und ambitioniert wurde auf die industrialisierte Verarbeitung der Rohstoffe gesetzt:

„conseguir que dentro de cinco años no se pueda exportar más materia prima y solo salga del territorio nacional metales con el beneficio que representa el funcionamiento de plantas fundidoras o de lixiviación de los minerales“ (El Potosí, 10.11.2008).

Den Bewohnern des Südwestens wurden durch die neue Aufmerksamkeit für das Lithium zunehmend der Rohstoffreichtum und die damit verbundenen Möglichkeiten bewusst (El Potosí, 11.07.2010; La Prensa, 10.11.2010).

---

<sup>65</sup> Das neu eingerichtete Bergbau- und Metallministerium bekam die Planung der Industrialisierung der evaporiten Rohstoffe zugeschrieben. Die mit neuen produktiven Kompetenzen ausgestattete COMIBOL (Ley 3720) sollte die Regie über den Abbau und die industrielle Weiterverarbeitung des Lithiums führen. Die souveräne Ausbeutung und Industrialisierung der evaporiten Ressourcen des Salars wurde zu nationaler Priorität erklärt (DS 29496 von 2008) und hierzu 2008 die DNRE (Dirección Nacional de Recursos Evaporíticos) unter Comibol gegründet, die 2010 zur GNRE (Gerencia) erhoben wurde. Mitte 2008 wurde der Bau einer Pilotanlage zur Erforschung der Möglichkeiten der Industrialisierung der evaporiten Rohstoffe am Salar, in Llipi Llipi, Río Grande, eingeweiht (Nacif 2012: 8–9; Gerencia Nacional de Recursos Evaporíticos 2011: Acerca de la Gerencia).

### *Die staatliche Lithium-Strategie seit 2010 und regionale Positionen*

Die staatliche Strategie zur Industrialisierung der evaporiten Rohstoffe (*Estrategia de la Industrialización de los recursos evaporíticos de Bolivia*)<sup>66</sup> der Regierung, die Präsident Morales erst im Oktober 2010 vorstellte, wurde in den ausgewerteten Zeitungsartikeln nicht reflektiert. Trotzdem werden der Vollständigkeit halber und um den Kontext der aktuellen Lithium-Konflikte zu verstehen, die Eckpunkte knapp vorgestellt. Die Strategie besteht aus drei Phasen zu Erforschung, Abbau, Industrialisierung und Vermarktung des Lithiums unter nationaler Regie. Zunächst sollte die Produktion von Lithiumkarbonat und Kaliumchlorid mittels einer Pilotanlage erforscht und geringe Mengen hergestellt werden. Mittelfristig soll die Produktion dieser Stoffe auf industrialisiertem Niveau in größeren Mengen stattfinden und. Das langfristige ambitionierte Ziel der Regierung ist eine eigene Lithium-Ionen-Batterie-Herstellung für Elektroautos in Bolivien.<sup>67</sup> Wichtig ist, dass das Projekt zu 100 Prozent in staatlicher Hand verbleiben und rein staatlich finanziert werden soll. Nur für die letzte Phase der Batterieherstellung sind mögliche Investitionen und Kooperationen mit ausländischen und privaten Partnern angedacht, jedoch nur wenn diese sich entsprechend der Prämisse der Regierung Morales als „socios, no patrones“ der staatlichen Kontrolle unterstellen (Nacif 2012: 3, 12; COMIBOL; Ströbele-Gregor 2012: 30-31). Die Lithium-Strategie der MAS-Regierung gliedert sich in das Ressourcennationalismus-Paradigma ein und soll dazu beitragen das Rohstoffdilemma zu überwinden (MAS-IPSP 2009: 84-86; Ströbele-Gregor 2012: 10; Mares 2010: 21). Dennoch provozierte die neue staatliche Initiative zunehmenden Druck von Seiten ausländischer Unternehmen und Staaten, die sich Zugang zu Boliviens Lithiumreserven erhoffen. Die Regierung nahm eine Politik der freundlichen Vereinbarungen und unverbindlichen Absichtserklärungen auf und scheint sich noch weitgehend alle Möglichkeiten der Kooperation unverbindlich offen zu halten, Aussagen hierzu bleiben vage (Ströbele-Gregor 2012: 12, 28, 40).<sup>68</sup> Die internationale Kooperation im technisch-wissenschaftlichen Bereich sollte in den 2009 vom Bergbauministerium gegründeten internationalen wissenschaftlichen Beirat (Comité Científico de Investigación para la Industrialización de los Recursos Evaporíticos de Bolivia, CCII-REB) eingegliedert werden, der sich aus Experten der Universitäten, Privatunternehmen und Regierungsinstitutionen zusammensetzen sollte. Das Ziel war die Bündelung der Kooperationen im wissenschaftlichen Bereich und ein beidseitiger Wissensaustausch und Zugang zu Expertise, ohne dass

---

66 Verwunderlicher Weise konnte hierzu kein offizielles Originaldokument gefunden werden, weder GNRE noch COMIBOL haben diese Strategie auf ihrer Homepage auffindbar veröffentlicht. Insgesamt ist die öffentliche Informationsbereitstellung für die Bevölkerung recht begrenzt. Juliana Ströbele Gregor bestätigte die mangelhafte öffentliche Kommunikation der staatlichen Regierungsinstitutionen zum Lithium-Projekt in ihrem Vortrag, *Lithium in Bolivien: Das nationale Lithium-Programm – Erwartungen, Herausforderung und Dilemmata*, Tagung „Las Américas“, Bonn, 25.05.2013.

67 Dieses Ziel wird von vielen unter den gegebenen bolivianischen Konditionen als utopisch angesehen (Mares 2010: 20; Tahbub 2009: 9–13).

68 Die unklaren und teilweise widersprüchlichen Informationen lassen darauf schließen, dass es keine einheitliche Überzeugung bezüglich der Beteiligung ausländischer und privater Partner im Lithiumprojekt innerhalb der Regierung gibt. Dies könnte allerdings potenzielle Investoren verunsichern (Ströbele-Gregor 2012: 28).

dies Einfluss auf das staatliche Eigentum habe (Ströbele-Gregor 2012: 35; Nacif 2012: 10; Hollender & Shultz 2010: 25).

Die Regierung Morales hatte keine Widerrede aus der eigenen Bevölkerung gegenüber ihrem staatlichen Lithium-Projekt erwartet (Ströbele-Gregor 2012: 30). Die GNRE betont auf ihrer Homepage die guten Beziehungen und die direkte Zusammenarbeit mit der Bevölkerung der Region. So basiere das Lithium-Projekt auf einem Vorschlag von FRUTCAS (Gerencia Nacional de Recursos Evaporíticos 2011: Gestión Comunitaria). FRUTCAS stellt auf regionaler Ebene eine wichtige Repräsentationsinstanz der ländlichen Bevölkerung des Südwesten Potosís dar. Sie sieht sich als legitime Hüter, Überprüfer und Eigentümer des für die Region strategischen Lithium-Projektes. Gleichzeitig identifiziert sie sich selbst als Teil des Regierungsprogramms und kann als enge Verbündete der MAS betrachtet werden. Sie verdeutlichte ihre Position zum Lithium-Projekt in einer Stellungnahme 2008. Der zentrale Punkt von FRUTCAS ist die Einhaltung des zu 100 Prozent staatlichen Projekts und die vehemente Ablehnung einer Beteiligung privater Interessenten. Falls hiergegen verstoßen würde, kündigten sie Mobilisierungen der Gemeinden an. FRUTCAS manifestierte ein „¡No a la privatización de la explotación del Salar!, ¡No a la licitación Internacional!, ¡No a las transnacionales!“ (FRUTCAS Sud 2008; Nacif 2012: 9-10). Die Position von FRUTCAS wurde als Regierungspolitik übernommen, und bestimmte bisher die Regierungshaltung und auch den Anti-Privatisierungs-Tenor der Zeitungsartikel. Die Regierung scheint also den Wünschen der regionalen Bevölkerung entsprochen zu haben (Petropress 2009: 24). Diese radikal rohstoffnationalistische Perspektive und das Misstrauen gegenüber multinationalen Unternehmen sind historisch in der Erfahrung mit Ausbeutung durch ausländische Unternehmen begründet und scheinen in den letzten 20 Jahren allgemeiner gesellschaftlicher Konsens zu sein. Doch die ausländische und private Beteiligung bleibt aufgrund zunehmender transnationaler Interessenten und einer vagen Position der Regierung<sup>69</sup> weiterhin ein potenzieller Konfliktpunkt und eine Herausforderung für die Regierung sowohl nach innen als auch nach außen (Ströbele-Gregor 2012: 38-39, 41-42; Mares 2010: 31-32). Das wahre Konfliktpotenzial mit der radikal ressourcennationalistischen FRUTCAS wird sich dann äußern, sobald die Regierung pragmatischere Positionen gegenüber internationalen Kooperationspartnern einnehmen und mit ausländischen Investoren konkret verhandeln sollte (Hollender & Shultz 2010: 45).

Gleichzeitig entstanden aber auch alternative regionale Projekte. Die regionalen Mitglieder von CIRESU<sup>70</sup>, und damit Hauptakteure der ersten Industrialisierungsversuche in den 1980er-Jahren, wie COMCIPO und die UATF, versuchten ihre Beteiligung am Lithiumprojekt

---

<sup>69</sup> Ein Grund für die mangelnde und uneinheitliche Information zum Thema internationaler Kooperation könnte die Uneinigkeit im Regierungslager selbst sein. Zudem hat die Regierung Befürchtungen mit einer Öffnung des Projekts die Unterstützung der FRUTCAS für ihr Lithiumprojekt zu verlieren.

<sup>70</sup> CIRESU verliert durch das staatliche Projekt seine ursprünglichen Aufgaben der Ausschreibung und Verhandlung mit Investitionspartnern. Sie kooperieren in bestimmten Bereichen mit COMIBOL. CIRESU scheint fortzubestehen, (siehe <http://CIRESU.org.bo/> [Stand 28.05.2013]), hat aber keine Rolle im staatlichen Lithium-Projekt.

zu verteidigen. Sie initiierten alternative Projekte, die weniger auf das exklusive Eigentum des Staates Rücksicht nehmen und mehr Wert auf regionale Einnahmen legen. Die UATF konsolidierte eine starke Kooperation mit der TU Freiberg<sup>71</sup>. Es wurde eine Experimentieranlage zur Gewinnung von Lithiumkarbonat (Technikum) eingerichtet. In dem Forschungsprojekt geht es um einen lokalen, halbindustriellen Ansatz in Zusammenarbeit mit den ortsansässigen Gemeinden am Salar, für die das Verfahren eine neue Entwicklungschance bieten soll. Es wird Wert gelegt auf ökologische Nachhaltigkeit und Verträglichkeit mit den Bewohnern und ihren Wirtschaftsaktivitäten.<sup>72</sup> Aufgrund politischer Divergenzen zwischen der MAS-Regierung und der UATF strebte die GNRE bisher keine Zusammenarbeit an. Das Projekt stellt also einen von der Zentralregierung unabhängigen regionalen Ansatz dar. Bisher bleibt das alternative Projekt allerdings auf experimenteller Ebene und kleinem Produktionsniveau (Nacif 2012: 9, 11-12; Ströbele-Gregor 2012: 42). Aus regionalistischer Perspektive ist dies ein interessanter Alternativansatz. Inwiefern er langfristig mit dem staatlichen Projekt und dem gesetzlichen Rahmen vereinbar ist bleibt unklar. Diese regionalen Ansätze und FRUTCAS finden in den Potosiner Zeitungsartikeln zu Lithium keinerlei Erwähnung.

#### *Diskurse und Positionen zum Lithium-Thema in den Zeitungsartikeln seit 2008*

Die beschriebene Entwicklung rund um die staatliche Lithium-Strategie wurde in den analysierten Zeitungsartikeln kaum reflektiert. Die wenigen konfliktiven Debatten über das Lithium, die sich in den Zeitungsartikeln ab 2008 widerspiegeln, waren Beteiligungsforderungen der unterschiedlichen Sektoren des Departements. Durch die neue Initiative der Regierung wurden die Spannung zwischen den verschiedenen Positionen, die Frage wer Beteiligungsrechte hat und wer die wahren Interessen der Bevölkerung vertritt virulent.

Die nationalistische Perspektive der Regierung im Lithium-Thema wurde in den Zeitungsartikeln weitgehend positiv, das Lithium-Projekt als große Hoffnung für Potosí, dargestellt:

„Afortunadamente con la industrialización del litio del Salar de Uyuni y otros recursos naturales que piensa ejecutar el Gobierno, [...] situará a Potosí en un lugar expectable de la economía departamental y nacional“ (El Diario, 03.04.2010).

Allerdings wurde die Informations- und Beteiligungspolitik der Regierung kritisiert. Die regionalen Akteure seien sehr begrenzt über die Vorhaben und Schritte im Lithium-Projekt informiert worden (El Diario, 26.08.2009; Cambio, 10.11.2010). Die häufige Aussage der Regierung, die historischen Forderungen Potosís würden beachtet und die Vorteile aus dem Lithium-Abbau werden Bolivien und Potosí zugutekommen, blieb vage. Von einer Konsultierung und Einbeziehung der lokalen Bevölkerung in die staatliche Planung und Umsetzung war keine Rede. Die MAS-Regierung beanspruchte das Lithium-Thema als großes Zukunfts-

71 Die TU Freiberg forschte bereits seit den 1970ern in Kooperationen mit der UATF über das bolivianische Lithium, s.o.

72 Siehe <http://www.lithium.tu-freiberg.de/Potosi/potosi.html> [Stand 24.05.2013].

projekt für sich, die Rohstoffe wurden als nationales Gut angesehen. Der staatliche Diskurs wird in einer Deklaration der Nationalregierung an das „Volk Potosís“ deutlich:

„Las demandas históricas del departamento potosino están siendo atendidas por nuestro gobierno, una prueba de ello es la decisión nacional de impulsar desde el 2007 la explotación, industrialización del litio [...] Hoy la riqueza del Litio beneficiará al departamento de Potosí y a todo el país, porque el Estado es responsable directo por mandato Constitucional de dirigir toda la cadena productiva“ (El Potosí, 23.07.2010).

Das neue Lithium-Projekt der Regierung Morales ist bisher so wie zu früheren Zeitpunkten weiterhin zentralistisch gestaltet, die Regierung nimmt die Perspektive ein, dass die Rohstoffe allen Bolivianern gehören.

Der Konflikt zwischen dem zentralistisch-nationalistischen Ansatz der Regierung und den regionalistischen Gegenpositionen im Lithium-Thema wurde besonders 2010 deutlich, als die Regierung versuchte ein neues staatliches Unternehmen, EBRE (Empresa Boliviana de Recursos Evaporíticos) als Alleinverwalter der Erkundung, Ausbeutung, Industrialisierung und Kommerzialisierung des Lithiums zu gründen (Decreto Supremo 444, 10.03.2010). Dies scheiterte am Widerstand im Departamento Potosí. Die Unternehmung hätte sich in das rein staatliche Projekt und den Rohstoffnationalismus-Diskurs eingegliedert. Doch der Sitz des Unternehmens sollte in La Paz sein. COMCIPO, die Potosiner Departamentsvertretung und die Bürger leisteten massiven Widerstand. Sie bewerteten das EBRE-Vorhaben der Regierung als einen einseitig zentralistischen Vorstoß im Interesse der Hauptstadt ohne die Berücksichtigung und Repräsentation der regionalen Forderungen und Bedürfnisse (El Potosí, 05.08.2010). Sie argumentierten mit dem in der Verfassung festgeschriebenen Recht des betroffenen Departements bei Rohstoffthemen bevorzugt zu werden und forderten eine größere Beteiligung Potosís am Lithium-Projekt (La Razón, 19.03.2010). Nach diesem Verständnis müsste ein regionales Unternehmen mit Sitz in Potosí gegründet werden. FRUTCAS wiederum ging einen Sonderweg. Zusammen mit der Provinz Daniel Campos plädierten sie für eine Gründung EBREs und das Vorantreiben des Industrialisierungsprozesses, jedoch mit dem Unternehmensstandort in Uyuni (El Potosí, 31.03.2010). Von den sozialen Organisationen Potosís wurde ein Hungerstreik einberufen und innerhalb von zehn Tagen wurde die Gründung EBREs zurückgerufen (Decreto Supremo 0454, 20.03.2010). Die Umsetzung des Lithium-Projektes verblieb bei GNRE.<sup>73</sup>

Im Kontext des EBRE-Konfliktes kam die Problematik der Repräsentation regionaler und lokaler Potosiner Interessen der Region des Südwestens durch COMCIPO erneut zum Vorschein: „en [...] el sudoeste potosino [COMCIPO] es cuestionado [...] por sus opiniones respecto a la constitución de una empresa para el litio“ (El Potosí, 17.01.2010). Es wurde kritisiert, dass COMCIPO zu sehr auf die Hauptstadt fokussiert sei und Vertretungspositio-

---

73 Die ebenfalls die Zentrale in La Paz hat, zudem ein Büro in Uyuni und die Pilotanlage in Llipi Llipi. Siehe [http://www.evaporiticos.gob.bo/?page\\_id=39](http://www.evaporiticos.gob.bo/?page_id=39) [Stand 30.05.2013].

nen wahrnehme welche ihr nicht zuständen. Die betroffenen Provinzen forderten eine bessere Repräsentation ihrer Interessen im Sinne einer direkten Einbeziehung in die Verhandlungen um die Ausbeutung der Rohstoffe der Region:

„[organizaciones sociales y comités cívicos de las 5 provincias del sudoeste potosino] consideran que los temas de creación de una empresa estatal para el aprovechamiento de los recursos evaporíticos del salar de Uyuni sea con visión de defensa de los recursos naturales, [...] deben ser tratados en la región del sudeste potosino“ (La Patria, 27.05.2010).

COMCIPO wurde wegen der Vereitelung des EBRE-Vorhabens erneut für verpasste Chancen verantwortlich gemacht (La Prensa, 13.08.2010):

„Nosotros hemos sido traicionados por el Comité Cívico porque [...] hizo anular el decreto para la planta grande de litio, además quieren que la planta sea centralista, es decir que esté en Potosí, denunció el Alcalde [de Uyuni, Froilán Condori]“ (Cambio, 13.08.2010).

Die Uneinigkeit über das Thema Lithium: „en el caso del litio [...] los habitantes del sudoeste tienen un punto de vista sobre el tema y los capitalinos otro muy diferente lo que frena las posibilidades de desarrollo“ (El Potosí, 28.08.2010) führte auch dazu, dass die Einführung einer departementalen Einheit zur Repräsentation der 16 Provinzen erneut scheiterte.

Als Reaktion auf diese Zurückweisung von EBRE sollte bei einem Lithium-Großgipfel („megacumbre sobre el litio“) in Uyuni im Juli 2010 unter Teilnahme sozialer Vertreter aller Provinzen eine departementale Position über die Zukunft des Lithiums erarbeitet werden: „se quiere tener la participación de todas las regiones pues el litio no es solo del sudeste sino de todos los potosinos“ (El Potosí, 11.06.2010). In der Folge entwarf eine Kommission von COMCIPO, Potosiner Abgeordneten, COR (Central Obrera Regional), und der UATF einen Gesetzesvorschlag, welcher die Vorteile der Region bei der Rohstoffausbeutung priorisieren sollte (Nacif 2012: 11; Mares 2010: 29-30; Ströbele-Gregor 2012: 74). Dies zeigt zum einen die regionalistischen Forderungen, der EBRE-Konflikt verdeutlicht zum anderen aber auch erneute Spannungen und Uneinigkeiten zwischen den sozialen Organisationen innerhalb des Departamentos.

Der nächste Konflikt, über den in den Zeitungsartikel ansatzweise berichtet wurde, war die Debatte um die Verteilung zukünftiger Einnahmen aus dem Lithium. Die Beteiligung der verschiedenen Ebenen war auch durch eine grundsätzlich staatliche Unternehmung nicht geklärt, es bestanden unterschiedliche Vorstellungen über die Beteiligung des Departamentos Potosí und der Region des Salars. Von der Zentralregierung wurde eine nachholende nationale Industrialisierung unter zentraler Kontrolle angestrebt, in der das Lithium eine bedeutende Rolle spielte (Ströbele-Gregor 2012: 63-66). Es wurden bisher keine konkreten Aussagen über die Beteiligung Potosís an zukünftigen Lithiumgewinnen gemacht. Die neue Verfassung von 2009 formuliert allgemeine neue Grundsätze für die Gewinnverteilung der Rohstoffe (Ströbele-Gregor 2012: 43-44). Der bestehende Widerspruch

zwischen gleicher Verteilung einerseits und Bevorzugung der Produzentenregionen andererseits wurde gar verfassungsmäßig festgeschrieben:

„El pueblo boliviano tendrá acceso equitativo a los beneficios provenientes del aprovechamiento de todos los recursos naturales. Se asignará una participación prioritaria a los territorios donde se encuentren estos recursos, y a las naciones y pueblos indígena originario campesinos“ (Constitución Política del Estado, 07.02.2009: Art. 353).

Die Einnahmen aus Abbau und Industrialisierung der Rohstoffe sollten laut Verfassung für eine wirtschaftliche Diversifizierung reinvestiert werden, die Industrialisierung bestenfalls am Ursprungsort der Rohstoffe stattfinden.

In den Zeitungsartikeln ist die regionalistische Forderung COMCIPOs nach einer stärkeren Beteiligung der Rohstoffe ausbeutenden Regionen dominant (El Potosí, 12.01.2006). 2010 kam die Diskussion über die Verteilung möglicher Lithiumgewinne auf. Verschiedene regionale Akteure stellten ihre konkreten Vorstellungen über die Verteilung der Lithiumeinnahmen vor. COMCIPO als Vertretung der Potosiner Bürger forderte gegenüber der Zentralregierung insgesamt ein größeres Mitsprache- und Beteiligungsrecht beim Lithium und beanspruchte einen größeren Anteil der Einnahmen für das Departement als die bisher vorgesehenen ca. 5 Prozent<sup>74</sup> (Los Tiempos, 11.11.2010; Ströbele-Gregor 2012: 75-76):

„ya que las autoridades vienen encarando acciones de forma unilateral, sin la participación de los potosinos. [...] una mayor parte de los beneficios del litio debe ser para los potosinos. [...] algunas autoridades quieren que los potosinos solamente reciban el 5 por ciento del negocio del litio, como cualquier regalía, y esperan que la población asuma el compromiso de luchar por este energético. Los cívicos señalaron que el litio debe ser el punto de partida para que Potosí pueda mejorar su economía y diversificarla“ (El Potosí, 06.11.2010).

Die UATF forderte 50 Prozent der Einnahmen für das Departamento Potosí und hiervon wiederum 5 Prozent für ihre eigene Institution, ohne das deutlich wurde, wie der Rest aufgeteilt werden sollte. Die Provinz Daniel Campos schlug eine Verteilung von 20 Prozent für den Zentralstaat, 20 Prozent für das Departement die von COMCIPO verwaltet werden sollten, 10 Prozent für die UATF, 10 Prozent für die Provinz Antonio Quijarro und 40 Prozent für die Provinz Daniel Campos, wobei die Gemeinden Tahua und Llica bevorzugt berücksichtigt werden sollten. FRUTCAS wiederum forderte eine Bevorzugung der fünf von ihr vertretenen Provinzen des Südwestens (El Potosí, 31.03.2010). Hierdurch wird klar, dass es unterschiedliche Auffassungen einer gerechten Verteilung gibt, und sich jede Ebene den größtmöglichen Anteil sichern will. Auch die regionalen Kräfte sind sich hier keinesfalls einig.

<sup>74</sup> Wahrscheinlich aufgrund der internen Uneinigkeit und Konfliktpotenzial zwischen der Hauptstadt Potosí und den Provinzen benannt COMCIPO kein prozentuales Verteilungssystem innerhalb des Departements.

Da bisher keine Gewinne aus dem Lithium-Projekt entstanden sind, bleiben die Aushandlungen und gesetzlichen Rahmenbedingungen noch abstrakt. Wie letztlich das Abbaumodell, die Einnahmen- und Verteilungssysteme des Lithiums in der Praxis aussehen werden bleibt abzuwarten.

Insgesamt wird deutlich, dass auch unter dem staatlichen ressourcennationalistischen Ansatz der Regierung Morales der Konflikt zwischen der zentralistischen und der regionalistischen Perspektive fortbesteht, und zudem regionale Beteiligungsrechte ungeklärt bleiben. Und auch zwischen den regionalen Akteuren herrscht weiterhin Uneinigkeit über die rechtmäßige Aufteilung im Lithium-Thema.

### *Weitere Konflikte 2006-2010*

Das Thema Lithium fand in den Jahren seit dem Machtantritt Evo Morales bis 2010 in den Debatten der sozialen Sektoren und in den Zeitungsartikeln recht wenig Resonanz. Stattdessen waren zwei andere Konflikte zentral, die das Lithium gegebenenfalls in den Hintergrund rücken ließen, die aber ebenfalls Auswirkungen auf die Aushandlungen im Lithium-Konflikt zu diesem Zeitpunkt und für die Zukunft haben könnten und die aus diesem Grund hier knapp nachgezeichnet werden. Zum einen die interne Repräsentations- und Legitimationskrise COMCIPOs und zum anderen der Konflikt zwischen Potosí und der Zentralregierung mit massiven Mobilisierungen 2010.

Nach der Machtübernahme des MAS kam COMCIPO durch das beschriebene ambivalente Verhältnis zwischen sozialen Bewegungen und der Regierung in eine massive Krise. Es entstanden interne Spannungen zwischen einerseits der Unterstützung der Regierungspolitik durch die Nähe zum MAS und andererseits einer Distanzierung von diesem um eigene Interessen zu vertreten. Der Führung COMCIPOs und insbesondere seinem Präsidenten Gutiérrez wurde von der Basis<sup>75</sup> vorgeworfen, dass sie regierungstreue MAS-Anhänger seien. Sie vermieden deshalb jegliche Konfrontation mit der Regierung und vernachlässigten die Interessen des Departements wie die Bergbauthemen (El Potosí, 04.09.2007; El Potosí, 21.08.2007; La Patria, 07.11.2007). Hierdurch verlor COMCIPO seinen Kampfescharakter: „de interpelador del poder pasó a convertirse en poco menos que otro vocero del MAS“ (El Potosí, 21.08.2008). Diese Regierungsnähe raubte COMCIPO seine Legitimität: „los potosinos no tenemos representación en COMCIPO pues esa organización es parte del gobierno de Evo Morales“ (El Potosí, 26.12.2007). Hierüber geriet COMCIPO in eine tiefe Krise, verlor die Unterstützung vieler sozialer Institutionen und konnte sich aufgrund der internen Divergenzen lange nicht auf Mobilisierungen einigen. Die Schwächung der Bürgerbewegung Potosís durch die „Regierung der sozialen Bewegungen“ untergrub die ohnehin kritische Repräsentativität des Bürgerkomitees zusätzlich. COMCIPO beziehungsweise ganz Potosí brauchte als Hochburg des MAS eine gewisse Zeit um sich von der neuen Regierung Morales zu emanzipieren und für eine erneute Konfrontation mit dieser bereit zu sein.

---

75 Insbesondere FEDECOMIN, die Bergbaugenossenschaften.

Zwischen COMCIPO beziehungsweise Potosí und der Zentralregierung entstand bald darauf eine konfliktive Spannung. Da das Departamento Potosí trotz der massiven Unterstützung für den MAS auch nach dessen Machtantritt nicht die erwartete und seit langem eingeforderte Aufmerksamkeit und Entwicklungsförderung durch die Regierung erhielt, machte sich zunehmend Enttäuschung breit. COMCIPO wurde zu einer oppositionellen Organisation und Regierungskritikerin. Der Kredit Evo Morales mit dem Departement schien 2009/2010 aufgebraucht zu sein (El Potosí, 01.08.2010; El Potosí, 21.08.2010). Die Spannungen eskalierten im größten Aufstand der Geschichte Potosís mit 100.000 Demonstranten und einem 19-tägigen Generalstreik im August 2010 (u.a. El Potosí, 21.07.2010; El Potosí, 19.07.2010; El Deber, 04.08.2010). Dies waren die ersten Großmobilisierungen seit den Aufständen gegen den Vertrag mit LITHCO 1990, mit denen oft ein Vergleich angestellt wurde (El Potosí, 07.08.2010; El Potosí, 08.08.2010). Das Motiv der Aufstände war die Einforderung größerer Aufmerksamkeit der Regierung für eine regionale Entwicklung Potosís. Rohstoffthemen und Gerechtigkeitsforderungen blieben zentral: „Lo único que quiere, a partir de ahora, es que se le haga justicia a la hora de explotar sus recursos naturales“ (Los Tiempos, 11.11.2010).

Der Forderungskatalog nahm vielen Punkte der vorangegangenen Jahre wieder auf (El Potosí, 21.07.2010; El Potosí, 19.07.2010).<sup>76</sup> Das Lithium war jedoch zunächst nicht Teil der Forderungsagenda. Das lag an der mangelnden Einigkeit zwischen den verschiedenen Institutionen und Repräsentanten innerhalb des Departements bezüglich der Lithium-Politik. Zum Zeitpunkt des Konfliktes waren andere Themen eventuell aktueller, aber vor allem mobilisierender und vereinender. Das Lithium-Thema erhielt erst nach den Mobilisierungen von 2010 Einzug in den Forderungskatalog der Potosiner (El Potosí, 06.11.2010).

Trotz einer weitgehenden Paralyisierung Potosís stellte sich die Haltung der Regierung als dialogunwillig heraus, was Bevölkerung und Regierung zusätzlich voneinander distanzierte und Unmut und Kampfeswille in der eigentlichen MAS-Hochburg Potosí anstachelte (u.a. El Deber, 21.08.2010). Die Verhandlungen brachten dann letztlich auch nur wenige Zugeständnisse der Regierung im Bereich der Infrastruktur- und Wirtschaftsförderung und kaum reale Erfolge hinsichtlich der Forderungen Potosís (Cambio, 17.08.2010; Ströbele-Gregor 2012: 75).

Trotz des massiven Aufstandes der Potosiner Bevölkerung vertiefte sich auch während dieser Auseinandersetzungen der Repräsentationskonflikt zwischen den Interessen der Hauptstadt und der Provinzen durch COMCIPO. Eine ganze Gruppe an Bürgervertretern und sozialen Organisationen<sup>77</sup> distanzierte sich in einer Resolution von COMCIPO und stellte sich an die Seite der MAS und Evo Morales. Sie warfen COMCIPO und dem Gobernador von Potosí

---

76 Viele der Hauptthemen waren bereits Jahre alte ungelöste Forderungen: die Metallfabrik Karachipampa aktivieren, die Form des Cerro Rico erhalten, den Grenzkonflikt Coroma (Potosí) - Quillacas (Oruro) lösen, die Zementfabrik in Coroma bauen, das Süd-Straßenbauprojekt beenden, einen internationalen Flughafen für Potosí, die Rückgabe der Wasserkraftwerke an Potosís Regierung, den Konflikt mit Chile bzgl. des Wasser des Silala lösen.

77 Bürgermeister von Uyuni, FRUTCAS, FSUMCAS-BS, Federación de Gremiales, FEDECOMIN, Central Provincial Quijarro.

Verrat und mangelnde Repräsentation der Interessen der Provinzen vor (El Potosí, 28.09.2010; La Patria, 11.08.2010). Uyuni führte während den departamentweiten Konflikten einen Hungerstreik durch und richtete Straßenblockaden gegen die von COMCIPO angeführten Mobilisierungen ein (La Patria, 11.08.2010; Cambio, 13.08.2010; La Prensa, 13.08.2010).

Die Spaltung verlief also zwischen der MAS zusammen mit FRUTCAS und den Provinzen des Südwestens auf der einen Seite und COMCIPO zusammen mit dem Großteil der Potosiner Bevölkerung der Hauptstadt auf der anderen. Diese Spaltung lässt sich auch im Lithium-Konflikt wiederholt wahrnehmen. Es ist klar, dass die Positionen politisch aufgeladen waren und sind, was die Beurteilung erschwert, wer die tatsächlichen Interessen der Bevölkerung des Departamentos oder der entsprechenden Region vertritt.

Die Massenmobilisierungen wurden über die internen Spaltungen hinweg von Celestino Condori, dem neuen Präsidenten COMCIPOs als Erfolg für das Gefühl der Einheit und des Zusammenhalts der Bevölkerung und als Demonstration einer starken Bürgerbewegung in Potosí gewertet: „El mayor logro fue la unidad, que casi nunca se había dado. Pese a las diferencias políticas e ideológicas, todo el pueblo se unió en torno al Comité Cívico. Fue una unidad que sorprendió a todos“ (El Deber, 21.08.2010).

Die Beziehung Potosí – Evo Morales, und insbesondere COMCIPO – Zentralregierung wurde durch den Konflikt und die kritische Konfliktlösungsstrategie der Regierung erschüttert (La Prensa, 10.11.2010). Condori drückte die Enttäuschung der Bürger Potosís über die Regierung Evo Morales wie folgt aus: „Potosí fue uno de los primeros departamentos que apoyó al actual proceso de cambio incondicionalmente. [...] pero [el presidente] se olvidó de quienes lo apoyaron“ (El Deber, 21.08.2010). Das konfliktive Verhältnis zwischen COMCIPO und der Zentralregierung, welches sich während des Forderungs- und Mobilisierungszyklus 2010 entwickelte, wurde vom Vizepräsident bestätigt, der weil er die ungebrochene Neigung der Regierung zum „Volk Potosís“ betonte: „García Linera afirmó [...] que el Gobierno mantiene una relación directa y comprometida con el pueblo de Potosí y, por el contrario una relación ‚conflictiva y de complejidad‘ con el Comité Cívico“ (Página Siete, 11.11.2010).

Dieser Konflikt zwischen Zentralregierung und COMCIPO beziehungsweise der Stadt Potosí könnte auch für die zukünftigen Aushandlungen im Lithium-Thema relevant bleiben. Der eigentliche Konflikt, der sowohl der Krise zwischen Potosí und der Zentralregierung zugrunde liegt als auch die Aushandlungen um das Lithium bestimmt, ist die Repräsentation der regionalen und lokalen Interessen. Es gab in diesen Jahren auch verschiedene Ansätze subdepartementaler Autonomien zur besseren Vertretung der eigenen Interessen.<sup>78</sup>

---

78 Es gab Stimmen, welche die Gründung eines neuen Departements (mancomunidad) „Gran Lipez“ aus den fünf Südwest-Provinzen Daniel Campos, Enrique Baldivieso, Antonio Quijarro, Nor Lipez und Sud Lipez forderten. Als Begründung wurden Ausgrenzung und Vernachlässigung der Region durch insgesamt mangelnde staatliche Präsenz und Entwicklungsprogramme benannt. Die Idee eines neuen Departements zielte auch darauf ab, die eigenen Bedürfnisse, Finanzen und Rohstoffe besser selbst verwaltet zu können. Dabei ging es auch ums Lithium (u.a. Los Tiempos, 25.01.2007; Los Tiempos, 14.09.2007; El Potosí, 20.09.2008; El Potosí, 08.07.2010).

Anfang 2011 kündigte COMCIPO unter seinem Präsidenten Celestino Condori, der die Aufstände 2010 angeführt hatte, an, dass das nächste große Thema die regionale Rückeroberung des Lithiums sei, also der Kampf um reale, weitreichende Beteiligung auch in Zusammenarbeit mit den Sektoren des Südwestens:

„la próxima lucha será por el litio. [...] los potosinos no pueden aceptar solamente las regalías del litio así que una mayor compensación será la próxima batalla. [...] Potosí debe participar en calidad de accionista en la empresa que explote, industrialice y comercialice el litio que se encuentra en el Salar de Uyuni [...] se debe lograr la industrialización plena del litio en el Departamento de Potosí [...] se estaría trabajando con los dirigentes de las organizaciones sociales del sudoeste potosino que en el pasado mostraron posiciones diferentes a COMCIPO en el tema del litio.“

Ein neuer Versuch, die Repräsentation der Provinzen und die interne Demokratie zu verbessern, sollte angegangen werden (El Potosí, 22.01.2011).

#### **4.2.5 Ausblick: Repräsentation und regionale Beteiligung am Lithium**

Durch den veränderten Rohstoffumgang und die staatliche Initiative zur Lithiumausbeutung unter der Regierung der MAS entstanden neue Hoffnungen, die zudem durch Entwicklungen von Technologien und Marktmöglichkeiten für Lithium auf globaler Ebene gefördert wurden. Durch den Bruch mit historischen Ausbeutungsstrukturen und eine eigene Industrialisierung sollen die Rohstoffe für eine regionale und nationale Entwicklung des Landes zum Vorteil der Bevölkerung genutzt werden (Hollender & Shultz 2010: 4). Dieser allgemeine Paradigmenwechsel in Kombination mit den umfangreichen Lithiumvorkommen könnten die entscheidende Wendung für die bolivianische Zukunft und einen Entwicklungssprung für das Land und die Region bedeuten (Petropress 2009: 24; Ströbele-Gregor 2012: 28). Ob sich diese Hoffnung letztlich verwirklichen wird hängt allerdings abgesehen vom Regierungsprogramm und offiziellen Diskurs auch vom tatsächlichen Verhalten des Staates und der Bevölkerung im Lithium-Konflikt ab (Hollender & Shultz 2010: 3, 7).

Für die unsichere Zukunft des bolivianischen Lithiums werden neben technologisch-wissenschaftlichen Anforderungen und marktspezifischen Unsicherheiten auch mögliche soziale und politische Konflikte und der interne Umgang mit den regionalistischen Forderungen Potosís und der Region des Salars als Herausforderungen angeführt. Es besteht die Gefahr von Konflikten in der Region und Druckmaßnahmen zur Interessensdurchsetzung bei mangelhafter realer Beteiligung (Nacif 2012: 14; Mares 2010: 19).

Die Beachtung regionaler und lokaler Interessen hat unter der Regierung Morales einen neuen legalen Rahmen bekommen. Die neuen Partizipations- und Konsultierungsrechte durch die Verfassung von 2009 lassen auf neue Konditionen für die Aushandlungen im Lithi-

---

Wie repräsentativ und intern legitim dieser Vorschlag war, bleibt unklar. Es gab Gegenstimmen, die dieses Vorhaben als unhaltbaren Einfall von Partikularpersonen abtaten (El Potosí, 20.09.2008; El Potosí, 24.09.2008).

um-Thema schließen. Ob die festgeschriebenen Rechte, die offensichtlich mehr im Hinblick auf die Erdgasförderung und indigenen Gemeinden im Tiefland entworfen wurden, im Bergbaubereich des Hochlandes und für das Lithium der Salzseen gültig sind, bleibt bisher unklar.<sup>79</sup> Auch die indigenen kollektiven Sonderrechte scheinen nicht zu greifen, da die Region des Salars bisher kein rechtlich anerkanntes indigenes Distrikt beheimatet (Ströbele-Gregor 2012: 44). Die expliziten Partizipations- und Kontrollrechte für staatliche und gemischte Unternehmen (Constitución Política del Estado, 07.02.2009: Art. 241) sind auf das Lithium-Vorhaben übertragbar. Es ist dennoch denkbar, dass durch die staatliche Kontrolle der strategisch wichtigen Bereiche der Wirtschaft, wie der strategischen Rohstoffe und somit auch des Lithiums, insgesamt die Kontroll-, und Partizipationsrechte der Bürger in diesen Sektoren aufgehoben werden könnten (Ströbele-Gregor 2012: 44).

Ein staatliches Projekt unter den allgemeinen Partizipationsvorsätzen lässt eine stärkere Beteiligung der Bevölkerung und eine regionale Entwicklung erwarten (Hollender & Shultz 2010: 17). Die Beteiligung der lokalen und regionalen Ebenen am Lithium-Thema blieb jedoch sowohl vor der neuen Verfassung als auch seit ihrem Inkrafttreten de facto sehr gering. Das staatliche Lithium-Projekt ist weiterhin sehr zentralistisch organisiert, es lässt sich kaum ein Wille der Regierung zur Berücksichtigung der Forderungen und Bedürfnisse der lokalen und regionalen Bevölkerung erkennen, es kam bisher kein Konsultierungsverfahren im Lithium-Thema zur Anwendung. Die institutionalisierte regionale Beteiligung blieb minimal, eine öffentliche Überwachung des Projekts ist nicht vorhanden (Ströbele-Gregor 2012: 79, 83; Hollender & Shultz 2010: 45-46, 49). Abgesehen von der fehlenden Einbeziehung ihrer Interessen und Bedürfnisse in die Pläne, ist auch die objektive und transparente Information<sup>80</sup> der Bevölkerung, die die Grundlage jeglicher Konsultierungs- und Beteiligungsprozesse darstellt, mangelhaft (Vargas Delgado 2009: 18-19). Zum einen scheint die Unterstützung für den nationalistischen Ansatz und die Hoffnungen auf lokale Entwicklung durch das Lithium-Projekt in Potosí insgesamt hoch zu sein (Hollender & Shultz 2010: 6; Ströbele-Gregor 2012: 77-78). Zum anderen sind die möglichen negativen Konsequenzen durch mangelnde Informationen schlicht nicht bekannt (Ströbele-Gregor 2012: 12, 80-81).<sup>81</sup> Die lokale Bevölkerung

---

79 Tatsächlich bleibt die Umsetzung der in Bolivien weit entwickelten Konsultierungs- und Partizipationsrechte im Bergbaubereich begrenzt. Es besteht geringer politischer Wille die Konsultierungen und umfassende regionale Bürgerbeteiligung sorgfältig durchzuführen und die abweichenden Interessen tatsächlich zu berücksichtigen, da dies die Verwirklichung der zentralistischen Regierungspläne insbesondere in wirtschaftlich strategischen Themen wie dem Bergbau und dem Lithium, bedrohen könnte (Villegas 2012: 9-10; Dargatz 2013: 3-4; Vargas Delgado 2009: 18-19). Außerdem ist der Einfluss der *Mineros* auf die Regierung hoch, was die Festschreibung und Durchsetzung von Partizipationsrechten im Bergbausektor gegen ihre Interessen erschwert (Vargas Delgado 2009: 19). Bisherige Konsultationsprozesse in Bolivien sind ob ihrer mangelhaften Durchführung allesamt stark kritisiert worden (Dargatz 2013: 3; Vargas Delgado 2009: 19-20).

80 Die wenige Information über das Lithium-Projekt vor Ort scheint nicht objektiv sondern optimistische Propaganda zu sein. Die Bevölkerung erhält Fehlinformationen und entwickelt falsche Konzepte über das Projekt, zum Beispiel über die Anzahl zu erwartender Arbeitsplätze für die Region und die Kooperationsverhandlungen mit ausländischen Partnern (Hollender & Shultz 2010: 45-46).

81 Die Regierung selbst setzt sich wenig mit den möglichen negativen Konsequenzen, wie den Auswirkungen auf Umwelt, Wasserverknappung, Verschmutzungen und damit Beeinträchtigung der anderen lokalen Wirtschaftsaktivitäten und Lebensgrundlage der Bevölkerung durch die Lithiumförderung und mit einer möglichen Prävention dieser auseinander (Hollender & Shultz 2010: 39-43; Ströbele-Gregor 2012: 80-81).

hat aufgrund ihrer Unwissenheit kaum eine Chance, das staatliche Projekt zu bewerten und eigene Positionen zu artikulieren. Außerdem haben die Gemeinden, die negative Auswirkungen des Lithium-Projektes erwarten können, und mit ihrer Kritik eine Umsetzung der staatlichen Strategie behindern könnten, bisher keine Stimme (Hollender & Shultz 2010: 45-46; Ströbele-Gregor 2012: 77-78).

Neben dem begrenzten politischen Willen zur Beteiligungsförderung gibt es auch verschiedene den sozialen Sektoren immanente Faktoren, welche die Artikulierung und Berücksichtigung der lokalen und regionalen Interessen erschweren und die zukünftige Fähigkeit lokale und regionale Interessen durchzusetzen, verunsichern. COMCIPO und FRUTCAS sind als Vertreterinstanzen lokaler Interessen aufgrund mangelnder Legitimität, begrenzter Repräsentativität und Politisierung begrenzt. Ein weiteres Problem ist die interne Uneinigkeit der sozialen Sektoren des Departements, die sich auf keine klare gemeinsame Position zum Lithium-Thema verständigen können. Das Land spaltet sich entlang von Interessen und politischen Linien. Eine soziale Organisation und Artikulation um gemeinsame regionale Forderungen und die Durchsetzung der tatsächlichen Berücksichtigung dieser wird durch divergente Interessen und Positionen bezüglich des Lithiums innerhalb der Region erschwert. Auch zukünftig werden Asymmetrien in der Durchsetzungskraft der Interessen sozialer Sektoren entsprechend ihres Organisationsgrades, ihrer Mobilisierungsfähigkeit, ihrer internen Einigkeit und ihrer Nähe zur MAS fortbestehen (Ströbele-Gregor 2012: 77).

FRUTCAS, die als Repräsentantin dieser lokalen Gemeinden fungiert, hält sich bisher mit Kritik am Regierungsprojekt zurück. Potenzielle zukünftige Konflikte sind mögliche Umweltprobleme<sup>82</sup> durch das Lithium-Projekt sowie die Kollision mit den Wirtschaftsaktivitäten und Interessen der lokalen Bevölkerung.<sup>83</sup> Dass bisher von Seiten der FRUTCAS keinerlei Bedenken über die kritische Wasser- und Umweltproblematik des staatlichen Lithium-Projektes geäußert wurden, liegt vermutlich an der Allianz der FRUTCAS zur MAS. Laut Einschätzungen von Ströbele-Gregor sowie Hollender/Schultz hängt die aktuelle Beteiligung regionaler und lokaler Bevölkerung an politischen Prozessen, Entscheidungen und Verteilung von der Nähe der Akteure zur Regierungspartei MAS ab. Gleichzeitig sind die MAS-Anhänger und regierungsnahen Organisationen wie FRUTCAS, welche bessere Chancen haben sich politisches Gehör zu verschaffen, logischerweise diejenigen, die sich am wenigsten dem Regierungsprogramm widersetzen oder Kritik äußern. Diese Dynamiken ergeben eine begrenzte Berücksichtigung von oppositionellen lokalen und regionalen Interessen. Der potenzielle Konflikt zwischen FRUTCAS und Regierung bleibt also bisher unter der Oberfläche. Es bleibt abzuwarten, wie sich FRUTCAS positionieren wird, sobald die Beeinträchtigung der konkreten Interessen ihrer bäuerlichen Gefolgschaft tatsächlich spürbar wird.

---

82 FRUTCAS hat sich in der Geschichte als Verteidigerin des regionalen Wassers gegenüber Bergbauvorhaben präsentiert.

83 Hauptwirtschaftszweige sind Land- und Weidewirtschaft, Tourismus, Salzabbau und Kleinbergbau. Wasser und Gleichgewicht des hochsensiblen Ökosystems sind für diese lokale Bevölkerung essentiell.

Forderungen nach Beteiligung und Umverteilung, sowie Kritik an der Vernachlässigung der Region durch die Regierung kommen bisher von COMCIPO und aus der Hauptstadt Potosí und Llica (Daniel Campos). Aus der MAS-Hochburg Uyuni und von FRUTCAS lässt sich hingegen kaum Kritik an der Regierung und deren Plänen vernehmen (Ströbele-Gregor 2012: 77-78).

Bisher bleibt das Lithium-Projekt ein zentralistisch-nationalistisches Projekt, in welches staatlich investiert wird und von dem noch keine Gewinne abfallen. Sobald die Gewinnverteilung aktueller wird oder es darum geht, ausländische Unternehmen als Investoren zu gewinnen, ist eine Intensivierung der Aushandlungen zu vermuten. Bei zukünftigen Konflikten wird die Anwendung der neuen legalen Rahmenbedingungen für staatsbürgerschaftliche Aushandlungen im Lithium-Bereich, also die festgeschriebenen Partizipationsrechte und das veränderte Rohstoffregime<sup>84</sup> relevant. Die Beteiligung der regionalen und lokalen Ebene am Lithium-Thema über Konsultierungen, soziale Kontrolle und Gewinnbeteiligung ist verfassungsmäßig zumindest implizit festgeschrieben, und könnten zur zukünftigen Einforderung dieser regionalen und lokalen staatsbürgerschaftlichen Beteiligung im Lithiumthema genutzt werden. Forderungen aus Potosí nach einer stärkeren Beteiligung am Lithium und stärkerer Entwicklungsförderung lassen sich also auf die Verfassung stützen, die eine Priorisierung des Departamentos Potosí beziehungsweise der lokalen Gemeinden der Region des Salars sowohl bei der Mitsprache als auch bei der Gewinnbeteiligung vorsieht. (Ströbele-Gregor 2012: 73-74). Je nachdem wie die Partizipationsrechte interpretiert, ausgelebt und eingefordert werden, können sich Lithiumthematik und regionale Beteiligung am Salar ganz unterschiedlich entwickeln (Hollender & Shultz 2010: 30). Die Betroffenen müssen sich jedoch befähigen, um ihre formalen Rechte einzufordern (Vargas Delgado 2009: 21).

Seit der Proklamierung der staatlichen Lithium-Strategie konnten keine Mobilisierungen zu konkreten Forderungen im Lithium-Bereich beobachtet werden. Entscheidende Schritte im Lithium-Projekt stehen allerdings noch aus, um das Thema wirklich aktuell und Aushandlungen brisant zu machen. Der regionale Lithium-Konflikt wird vermutlich dann wieder aufblühen, wenn Schritte zur Lithium-Ausbeutung und Kommerzialisierung unternommen werden, die konkrete Auswirkungen auf die Region haben. Im Falle tatsächlicher substantieller Relevanz der Lithium-Problematik wird die Motivation und Mobilisierungskraft hoch sein. Bleibt die gegenwärtige Diskrepanz zwischen Gesetzen, politischen Diskursen und dem tatsächlichen Regierungshandeln bestehen, könnte dies zusammen mit der begrenzten Berücksichtigung regionaler und lokaler Interessen durch die zentralistische Regierungspolitik problematisch werden und Konflikte provozieren (Ströbele-Gregor 2012: 84). Wie sich 1990 und 2010 gezeigt hat, sind im Falle einer departementweiten Einigkeit der sozialen Sektoren um

---

84 Hinzu kommt die Umweltgesetzgebung, wie die Partizipations- und Konsultierungsrechte bei Umweltthemen (Art. 343, 345, 352), die Wasserrechte (Art. 373-377) Constitución Política del Estado, 07.02.2009, sowie die vorgeschriebene Umweltverträglichkeitsstudie und die Rechte der Mutter Erde (Ley 071, 2010). Diese wurden hier nicht tiefer gehend behandelt, da sie von den sozialen Bewegungen bisher für ihre Argumentationen kaum genutzt wurden. Da die Regierung diese bisher kaum beachtet und umsetzt, könnten sie in der Zukunft auch als Ansatzpunkte für staatsbürgerschaftliche Aushandlungen dienen (Ströbele-Gregor 2012: 43, 46-50).

eine gemeinsame Forderung massive Mobilisierungen und konfliktive Aushandlungen möglich. Ob sich eine solche gemeinsame Position finden lassen wird, hängt maßgeblich vom Regierungshandeln ab (beispielsweise im Falle konkreter Privatisierungsverhandlungen mit multinationalen Unternehmen, dem Bau einer industriellen Großanlage oder dem Umgang mit den ersten größeren staatlichen Lithium-Einnahmen). Hierbei könnte wiederum auf die traditionellen Aushandlungen der Straße, mit unkonventionellen Druckmaßnahmen wie Protesten und Blockaden zurückgegriffen werden (Mares 2010: 22-23). Eine konfliktive Einforderung von Beteiligungsrechten wird zudem durch das gewachsene Selbstbewusstsein der sozialen Bewegungen und die Tradition der Aushandlung auf der Straße, die durch die nationalen Aufstände von 2000-2005 und in Potosí zudem durch die Mobilisierungen 2010 gestärkt wurden, sowie die fortbestehenden Spannungen zwischen Potosí beziehungsweise COMCIPO und der Zentralregierung, wahrscheinlich.

Die erfolgreiche Aushandlung von lokaler und regionaler Beteiligung und Kontrolle wird letztlich fundamental dafür sein, ob der Ressourcenfluch tatsächlich durchbrochen und die regionale Entwicklung auf Grundlage des Lithiums ermöglicht wird (Hollender & Shultz 2010: 6, 51).

## 5. Zusammenfassung

Die vorliegende Arbeit hat den historischen Kontext der staatsbürgerschaftlichen Aushandlungen um Ausbeutung, Mitbestimmung und Verteilung des Lithiums auf regionaler Ebene des Departamentos Potosí beleuchtet. Die Konflikte zwischen der regionalen und der nationalen Ebene sind Hauptgründe für die bisherige Erfolglosigkeit von Zugriffs- und Ausbeutungsversuchen des Lithiums.

Das Konzept der Staatsbürgerschaft dient dazu, den regionalen Lithium-Konflikt als Aushandlung von staatsbürgerschaftlicher Beteiligung und damit einer gesellschaftlichen Teilhabe der lokalen Bevölkerung des Departamentos Potosí und der Region des Salars untersuchen zu können. Aushandlungen um Beteiligung am Lithium sind Aushandlungen von ökonomischen und sozialen Rechten und können vor dem Hintergrund der historischen Marginalisierung der Region auch als Aushandlungen um staatsbürgerschaftliche Teilhabe am gesellschaftlichen System überhaupt betrachtet werden.

Zeitraum übergreifend ist festzustellen, dass sich die reale und institutionalisierte staatsbürgerschaftliche Beteiligung der ruralen Bevölkerung Potosís zumindest im Lithium-Thema nicht ausgeweitet hat. Die staatsbürgerschaftliche Integration der lokalen Bevölkerung des Departamento Potosí und des Salars de Uyuni hat trotz national veränderter Staatsbürgerschaftsregime und der formalen Ausweitung staatsbürgerschaftlicher Rechte insbesondere auch für die indigene und ländliche Bevölkerung innerhalb der letzten 20 Jahre kaum stattgefunden. Das empirische Zeitungsmaterial gibt Aufschluss über die regionalen Positionen und den zeitgenössischen Diskurs über die Lithium-Thematik. Es bildete die regionale Ent-

wicklung im Lithium-Konflikt ab. Kapitel 4 hat die von den analysierten Zeitungsartikeln vorgegebenen Konjunktoren in der Lithium-Thematik aufgegriffen. Zunächst wurden die verschiedenen Komponenten des regionalen Lithium-Konfliktes dargestellt. Ausgehend von den historisch begründeten Motiven und Argumentationslinien basierend auf Erfahrungen der Ausbeutung und Vernachlässigung der Region, entstanden regionalistische Forderungen nach größerer Beteiligung, welche einer nationalistischen Perspektive eines gesamtstaatlichen Rohstoffbesitzes zuwider laufen. Neben Zugriffs- und Besitzansprüchen geht es auch um die Beteiligung der jeweiligen Akteure auf den verschiedenen Ebenen an Planungen, Entscheidungen und an materiellen Gewinnen aus dem Lithium-Projekt. Der Beteiligungskonflikt beschreibt die Aushandlung von Machtverhältnissen zwischen der lokalen, der departementalen und der zentralstaatlichen Ebene. Eine weitere Debatte, welche sich durch die Geschichte des Lithium-Konfliktes bis zu den heutigen Aushandlungen zieht, betrifft die Möglichkeit und Reichweite einer Beteiligung privater und transnationaler Akteure an der Lithiumausbeutung, also die Bestimmung des Ausbeutungsregimes zwischen Privatisierung und Nationalisierung. Die Uneinigkeit zwischen den verschiedenen Ebenen über das Ausbeutungsregime und der politische Kampf um den Zugriff auf den Rohstoffreichtum des Salars sind die Grundlage des Lithium-Konflikts. Die regionalen Konflikte über die Beteiligung der verschiedenen Ebenen am Lithium haben eine Nutzung des Rohstoffs bisher verhindert.

Diese Konfliktkomponenten spiegelten sich in den historischen Etappen des Lithium-Konfliktes wider. Nach einer Phase der Erkundung und frühen Entdeckung des Lithiumreichtums des Salar de Uyuni, wurde Ende der 1980er-Jahre der erste Versuch unternommen, diese Rohstoffe über eine transnationale Privatisierung auszubeuten. Dies löste diverse regionale Besitzansprüche und Beteiligungsforderungen aus und brachte abweichende regionale Rohstoffausbeutungs- und Verteilungs-Ansätze zum Vorschein. Nachdem der Vertrag mit LITHCO 1992 scheiterte, lag das Thema der Lithiumförderung lange brach. Einen Nebenschauplatz der Aushandlungen um Rohstoffausbeutung und Beteiligung bildeten von 2002-2005 die Debatten um privatisierende Konzessionen über Ulexit und Borax am Salar. Hier war die Verteidigung der Region vor der Ausbeutung durch chilenische Unternehmen zentral. Der Machtwechsel zum MAS brachte veränderte Rahmenbedingungen durch die verfassungsmäßige Festschreibung von Rohstoffnationalismus und Partizipationsrechten mit sich. Dies förderte neue Hoffnungen auf eine nationale und regionale Entwicklung auf Grundlage der Gewinne aus einer staatlichen Lithiumausbeutung. Seit Anbeginn des Konfliktes gibt es vielfache konträre Positionen zu Besitzverhältnissen, Mitspracherechten und Ausbeutungsregimen, die bis heute fortbestehen. Auch unter einem staatlichen Lithium-Projekt keimt ebenso wie gegen die privaten Vorstöße der Vergangenheit, die Kritik einer zu geringen Berücksichtigung der Region wieder auf. Der Konflikte zwischen Potosí und Zentralregierung, sowie die fortbestehenden Querelen innerhalb der regionalen Repräsentationseinheiten könnten einen Einfluss auf den zukünftigen Verlauf des Lithium-Konflikts

haben. Das Zusammenspiel der verschiedenen Faktoren der staatlichen Politik sowie der sozialen Bewegungen bilden die Chancen und Begrenzungen für eine zukünftige Berücksichtigung regionaler Interessen im Lithium-Thema.

Bei der Analyse der Zeitungsartikel ist insgesamt festzustellen, dass eine zentralistische Perspektive vorherrschte und die Positionen der Zentralregierung dominierten. COMCIPO bekam als regionale Vertretungsinstanz viel Raum in den Zeitungsartikeln, blieb aber umstritten. Lokale Interessen wurden hingegen kaum detailliert dargestellt.

Ob das bolivianische Lithium letztlich abgebaut und vermarktet wird, und ob das Projekt dann im Sinne der lokalen Bevölkerung gestaltet wird und zu einer regionalen Entwicklung führt, hängt von verschiedenen Faktoren ab. In dieser Arbeit wurden der regionale Kontext und der historische Hintergrund des Lithium-Konfliktes beleuchtet. Regionalistische Forderungen und Aushandlungen von Beteiligung ziehen sich durch die Geschichte des Lithium-Konflikts und werden auch für den zukünftigen bolivianischen Lithium-Kontext relevant bleiben. Ob sich diese regionalen Forderungen Zugang zur Politik der Zentralregierung verschaffen und durchsetzen können, hängt von den legalen Rahmenbedingungen, sowie von der zukünftigen Vehemenz ihrer Einforderung ab. Die Einbeziehung der sozialen Sektoren und Berücksichtigung regionaler Forderungen scheint sich zunächst als eine zudem verfassungskonforme Lösungsmöglichkeit für den regionalen Konflikt zu präsentieren. Die komplexe Konfliktsituation und das bisherige Verhalten der Regierung machen den Weg einer umfassenden institutionalisierten Beteiligung aber eher unwahrscheinlich.

Seit dem Machtantritt Evo Morales 2006 bleibt die Bevölkerung der Region bezüglich des Lithiums weitgehend ruhig und erzwingt ihre Beteiligung nicht auf unkonventionelle Weise. Als kritische Faktoren für eine Beteiligung regionaler Interessen sind die interne Uneinigkeit der sozialen Organisationen auf Ebene des Departamentos Potosí und der Region des Salars festzustellen. Relevant für die erfolgreiche Aushandlung von Mitsprache- und Beteiligungsrechten gegenüber der Regierung wird eine starke Repräsentation und Einheit der zivilgesellschaftlichen Organisationen sein. Doch diese einheitliche Repräsentation im Lithium-Konflikt ist unsicher. Die komplexe Konfliktsituation lässt vermuten, dass Aushandlungen um Mitsprache und Beteiligung an Lithium-Abbau und Gewinnverteilung auch zukünftig eher konfliktiv, aber uneinheitlich, bleiben werden. Die tatsächliche Durchsetzung regionaler Interessen gegenüber dem staatlichen Lithiumprojekt bleibt zweifelhaft.

## Literaturverzeichnis

### Zeitungsartikel (in chronologischer Reihenfolge)

El Diario, 12.02.1992. Surgen problemas en provincias por derechos sobre Salar de Uyuni.

Presencia, 13.02.1992. COMCIPO no participará de firma con la LITHCO.

Aquí, 28.02.1992. Durante firma de contrato con Lithco, el pueblo protestó.

Ultima Hora, 07.03.1992. Provincia Daniel Campos apoya contrato suscrito con LITHCO.

Los Tiempos, 03.04.1992. Exigen aprobar contrato para explotar el salar de Uyuni.

La Razón, 22.05.1992. En Potosí exigen apertura de oficinas para CIRESU y GEOBOL.

Presencia, 25.06.1992. Comité Cívico de Quijarro exige se agilice firma de contrato con Lithco.

Presencia, 07.07.1992. Potosinos esperan solución de consenso.

Hoy, 09.07.1992. Comité Cívico de Potosí hará conocer su posición.

Presencia, 10.07.1992. Criterios divergentes por aprobación de contrato con Lithco.

Presencia, 11.07.1992. Uyuni, en procura de su desarrollo cumple hoy 103 años de su fundación.

La Razón, 23.07.1992. La LITHCO en el salar de Uyuni: "lo toma o lo deja".

Presencia, 13.08.1992. Cuestionan sistema de elecciones en COMCIPO.

Presencia, 13.09.1992. Potosinos esperan respuesta de LITHCO.

El Diario, 29.09.1992. Bancada potosina preocupada por silencio de la "Lithco".

El Diario, 02.10.1992. Uyunenses exigirán al Presidente Paz agilizar la respuesta de la Lithco.

El Diario, 12.10.1992. Cabildo abierto en Potosí exigirá respuesta oficial de FMC Lithium.

Presencia, 27.11.1992. Potosí espera respuesta de Lithco.

Presencia, 06.12.1992. Potosí planteará "regionalización" del contrato con la firma LITHCO.

Presencia, 11.12.1992. 1993 determinante para desarrollo de Potosí.

- Presencia, 30.12.1992. Autoridades y pueblo potosino esperan respuesta de Lithco.
- El Potosí, 31.12.1992. Comité Cívico Potosino pide aprobar contrato original del litio.
- La Razón, 04.01.1993. Potosinos cierran filas para evitar que la LITHCO se vaya.
- El Mundo, 05.01.1993. Cívicos piden referéndum para explotación del salar de Uyuni.
- Hoy, 05.01.1993. Inmadurez del Comité Cívico de Potosí en el caso Lithco.
- El Diario, 12.01.1993. El movimiento cívico potosino quedó dividido.
- Presencia, 07.02.1993. COMCIPO, pese a todo, la mayor representatividad de Potosí.
- La Razón, 26.02.1993. Organización Cívico.
- La Razón, 21.03.1993. Gabinete económico rumbo a la Villa Imperial, para atender el conflicto.
- La Razón, 04.07.1993. Comité Cívico de Potosí enfrenta división interna.
- Presencia, 11.07.1993. Los 104 años de fundación de Uyuni.
- Presencia, 26.07.1993. Alarmantes déficits en calidad de vida, salud y saneamiento básico.
- Presencia, 13.11.1993. Romay Romay, G.: El conflicto cívico regional.
- Los Tiempos, 26.01.1994. Comités cívicos de Potosí aprobaron estatuto de integración institucional.
- Presencia, 03.02.1994. COMCIPO fortalecerá movimiento cívico.
- La Razón, 16.02.1994. Potosí, otra vez en conflicto.
- Presencia, 31.03.1994. Paro total en Potosí.
- Presencia, 29.04.1994. Romay Romay, G.: Nuevo compromiso gubernamental.
- Ultima Hora, 06.11.1994. Dick Ossio, L. et al.: Carta de damas potosinas al Presidente de la República.
- Presencia, 11.11.1994. Potosí representa tan sólo el 5% del PIB nacional.
- Los Tiempos, 08.02.1995. Preocupa a Potosí ausencia de líderes.
- Presencia, 14.02.1995. Ningún interesado en la elección del comité cívico.

- Presencia, 01.04.1995. Mendieta Pacheco, W.: De Potosí a Arequipa: 2.000 llamas transportaron 7.771 barras de plata.
- Presencia, 08.09.1995. Romay Romay, G.: Tiempo de sembrar nueva "semilla" potosina.
- Presencia, 02.11.1995. Morales, W. André: Nor Lípez: tierra de promesas, pero olvidada por los gobiernos.
- Presencia, 10.11.1995. Potosí: 10 años después del "trauma" de su despoblamiento recupera la confianza.
- Presencia, 23.03.1996. Cabildo abierto declaró huelga general e indefinida.
- Los Tiempos, 06.07.1996. Guzmán H., J.: Uyuni, la olvidada.
- Opinión, 13.07.1996. Uyuni, la hija predilecta de Bolivia.
- Presencia, 14.07.1996. Otra provincia potosina ve reducir su territorio.
- El Diario, 20.07.1996. Vinto debe por regalías a Potosí.
- El Diario, 18.08.1996. Provincia Daniel Campos conmemora aniversario.
- Primera Plana, 04.10.1996. Potosí sólo consiguió Bs. 3 millones por regalías mineras.
- Presencia, 12.12.1996. Preocupante disminución de regalías mineras en potosí.
- Los Tiempos, 03.02.1997. Mendoza, S.: La misión de los comités cívicos.
- El Diario, 28.02.1997. Potosí cumplirá paro cívico el lunes en defensa de las regalías mineras.
- Presencia, 27.06.1997. Provincia Campos no acepta límites.
- El Diario, 29.07.1997. Provincia Daniel Campos en desacuerdo con la propuesta de autoridades.
- Primera Plana, 09.09.1997. Por falta de apoyo Uyuni está sumido en la postergación.
- El Diario, 14.11.1997. Dellien S., H.: Protagonismo histórico de Potosí.
- Presencia, 23.11.1997. Lípez potosinos celebran este día su aniversario.
- El Diario, 15.02.1998. Potosí exportó \$us 175,8 millones en minerales, pero sólo recibió Bs 16,7 millones.

Presencia, 11.03.1998. Potosinos exigen regalías más justas.

Presencia, 21.05.1998. ¡Basta, por favor!

El Diario, 04.04.1999. Berríos Caballero, S.: ¿Dónde están las riquezas de Potosí?

La Prensa, 28.04.1999. Potosí: cívicos amenazan con huelga.

El Diario, 20.06.1999. Nor y Sur Lípez tienen gran importancia geopolítica.

Presencia, 20.04.2000. Gobierno logra acuerdo con instituciones de Potosí.

La Prensa, 10.11.2000. Toro Montoya, J. José: Potosí: la minería no muere, cambia de rostro y se fortalece.

Presencia, 14.11.2000. Murillo, A.: Plahipo: los verdaderos intereses de Potosí.

El Potosí, 04.01.2002. Cívicos anuncian lucha por recursos del Salar de Uyuni.

El Potosí, 04.01.2002. Provincias esperan más atención.

El Potosí, 16.01.2002. Cívicos preparan su viaje a la Paz.

El Potosí, 06.03.2002. Potosí prepara lucha por recursos no metálicos.

La Prensa, 07.04.2002. Potosí lleva la peor parte.

El Potosí, 08.04.2002. Municipios lucharán por los recursos tributarios.

El Potosí, 04.08.2002. Sudoeste potosino decide no festejar.

El Diario, 18.08.2002. La provincia Daniel Campos de Potosí celebró el 53 aniversario de su creación.

El Diario, 21.08.2002. Lérida A., M.: Creación de la provincia Daniel Campos.

El Potosí, 25.08.2002. Cívicos presentarán un pliego al gobierno.

El Potosí, 19.09.2002. Analizan solicitud para que se reviertan las concesiones.

El Diario, 22.09.2002. Cabildo analizará problemas ediles y del Salar de Uyuni.

El Potosí, 27.09.2002. Canelas Tardío, G.: La explosión de las provincias.

El Potosí, 21.10.2002. Gobierno presentará hoy las respuestas al pliego.

El Potosí, 25.10.2002. Por una lucha exitosa.

El Potosí, 13.11.2002. Cívicos negocian con las autoridades del gobierno.

El Potosí, 17.12.2002. Cívicos exigen cumplir compromisos.

El Potosí, 06.01.2003. Los cívicos exigirán anular las concesiones del salar.

El Potosí, 31.01.2003. Comcipo pedirá más recursos.

El Diario, 13.04.2003. Dirigentes cívicos en contra de la reversión de concesiones mineras.

La Razón, 15.04.2003. Potosí para por la atención a su pliego de 22 demandas.

La Prensa, 16.04.2003. Los cívicos se jactan por el éxito del paro en Potosí.

El Potosí, 25.04.2003. David Moscoso manipula a sus socios de Río Grande.

El Potosí, 15.07.2003. Exigen una reunión de Ciresu.

El Potosí, 01.08.2003. Intentan constituir el directorio de Ciresu.

El Potosí, 29.09.2003. Se apropiaron del futuro boliviano.

El Potosí, 02.11.2003. Cuestionan trabajo de comisión de Ciresu.

El Potosí, 06.11.2003. Los potosinos presentarán sus demandas al gobierno.

El Diario, 18.11.2003. Cívicos potosinos dudan reversión de concesiones.

Los Tiempos, 04.12.2003. Los cívicos potosinos mantienen una huelga "para salvar el salar".

El Potosí, 04.12.2003. Provincia Nor Lípez está celebrando su aniversario.

Los Tiempos, 05.12.2003. Uyuni sigue con huelga y bloqueos.

El Potosí, 08.01.2004. Elecciones: votarán todas las entidades.

El Potosí, 21.01.2004. Sudoeste potosino se estrella contra la Prefecta.

El Potosí, 14.05.2004. Hay bloqueo en el delta de Río Grande.

El Diario, 18.06.2004. Tres cívicos potosinos iniciaron huelga de hambre en una carpa.

El Potosí, 23.06.2004. Canelas Tardío, G.: La ejemplar actitud del pueblo potosino.

El Potosí, 24.06.2004. Concejales apoyan huelga de hambre.

El Diario, 23.07.2004. Plantean militarización del sudoeste potosino.

El Diario, 19.10.2004. Cívicos potosinos no descartan un paro por explotación de salar.

El Potosí, 15.11.2004. Cívicos pueden paralizar actividades.

El Potosí, 02.01.2005. La inversión pública para Potosí es una de las más bajas del país.

El Potosí, 10.01.2005. Cívicos resaltan rescate del Salar de Uyuni.

El Potosí, 15.02.2005. Navarro Miranda, C.: Potosí.....?

El Diario, 18.05.2005. Copa Cayo, I.: Para los Lípez no existe el Estado boliviano.

La Razón, 29.05.2005. El centralismo potosino.

El Potosí, 10.09.2005. Cívicos de Uyuni declaran emergencia.

Los Tiempos, 11.09.2005. Uyuni, otra vez.

Opinión, 10.11.2005. Sánchez V., A.: Diagnóstico y propuesta para el Potosí del Siglo XXI.

El Deber, 28.11.2005. Gran Lípez sueña con salir del abandono en que se encuentra.

El Diario, 19.12.2005. Atentado contra Bolivia.

El Potosí, 12.01.2006. Cívicos se reunirán con Evo Morales en febrero.

El Potosí, 16.02.2006. Potosí presentará su pliego a Evo Morales.

El Potosí, 11.11.2006. Morales anunció proyectos viales para el Departamento.

El Diario, 03.12.2006. Manifiesto de Uyuni impulsará desarrollo del Sudoeste potosino.

Los Tiempos, 25.01.2007. Piden crear departamento.

El Potosí, 21.08.2007. Otorgan 48 horas de plazo para que dimita Hutiérrez.

El Potosí, 04.09.2007. Mineros amplían pedido de renuncia a todos los dirigentes de Comcipo.

Los Tiempos, 14.09.2007. Piden nuevo departamento.

La Patria, 22.09.2007. Cívicos piden industrializar recursos naturales.

El Potosí, 23.10.2007. Comcipo no descarta paro por pliego local.

La Patria, 07.11.2007. A pocos días de la efeméride surge división entre cívicos potosinos.

- El Potosí, 07.11.2007. Evo trae regalos y habla de recuperar los recursos naturales.
- El Potosí, 10.11.2007. Corporación Minera de Bolivia: En homenaje a la ciudad que más ha dado al mundo!!!
- La Razón, 10.11.2007. Oportunidad histórica.
- El Diario, 03.12.2007. Desarrollar Sudoeste potosino.
- El Potosí, 26.12.2007. Cívicos alistan pelea para ser parte del corredor bioceánico.
- El Potosí, 22.04.2008. Prefectura accedió a concesiones en Tahua.
- El Diario, 13.05.2008. Potosí ratifica paro cívico para la próxima semana.
- El Potosí, 07.07.2008. Yapu Condo, P.: Potosí: un departamento sin proyecto regional.
- La Razón, 12.07.2008. Uyuni tendrá un aeropuerto y planta de carbonato de litio.
- El Potosí, 16.08.2008. No descartan desarrollo de la energía nuclear en Potosí.
- El Potosí, 21.08.2008. Limpiar el nombre de Comcipo.
- El Potosí, 20.09.2008. En el sudoeste pretenden crear otro Departamento.
- El Potosí, 24.09.2008. Cuestionan el anuncio de dividir al Departamento.
- El Potosí, 27.10.2008. Cívicos esperan agenda para hablar de su pliego.
- El Potosí, 10.11.2008. Llegan vientos de progreso en el aniversario cívico departamental.
- El Potosí, 28.04.2009. Por el momento descartan un paro cívico en Potosí.
- El Diario, 26.08.2009. Potosí logra atención a sus demandas regionales.
- El Potosí, 20.11.2009. Acuña Martínez, J.: El futuro de Potosí (II).
- El Potosí, 17.01.2010. Comcipo: 193 personas votarán a nombre de más de 100 mil potosinos.
- La Razón, 19.03.2010. Comcipo exige derogar decreto de evaporíticos hasta el martes.
- El Potosí, 31.03.2010. Comienza la pugna por los beneficios del litio, URL: <http://www.hidrocarburosbolivia.com/component/content/article/29326.html> [Stand 05.06.2013].

- El Diario, 03.04.2010. Mayorga Pérez, S.: Evocación a la Villa Imperial.
- El Potosí, 15.04.2010. Valda Angulo, M.: Fronterizos amenazan con volcar vagones en Auaoa.
- La Patria, 21.04.2010. Ali Ali, R.: Demanda del sudoeste potosino.
- La Patria, 27.05.2010. Provincias de Potosí resolvieron organizar Comité Cívico Departamental.
- El Potosí, 11.06.2010. Garantizan participación cívica en "megacumbre".
- El Potosí, 08.07.2010. Alistan cumbre social del sudoeste potosino.
- El Potosí, 11.07.2010. Uyuni cumple hoy 121 años de su fundación.
- El Potosí, 19.07.2010. Potosí para por once demandas que exigen atención inmediata.
- El Potosí, 21.07.2010. Bullaín Iñiguez, G.: Marcha a La Paz inicia en Caracollo el lunes próximo.
- El Potosí, 23.07.2010. Estado Plurinacional de Bolivia, Ministerio de la Presidencia: El Gobierno nacional al pueblo potosino.
- El Potosí, 01.08.2010. Comcipo respondió al gobierno.
- El Deber, 04.08.2010. Se agrava el paro en Potosí y claman por federalismos.
- El Potosí, 05.08.2010. Toro Montoya, J. José: Potosí y Bolivia.
- El Potosí, 07.08.2010. Fuertes Mamani, A. Alejandra: ¡¡¡Respeto a Potosí, diálogo sin condiciones!!!
- El Potosí, 08.08.2010. Evo bate récord en desatención a las demandas de los potosinos.
- La Patria, 11.08.2010. Pobladores potosinos desconocen a Comcipo y manifiestan predisposición para dialogar.
- La Prensa, 13.08.2010. Crecen los piquetes de huelga y Uyuni se desmarca de cívicos.
- Cambio, 13.08.2010. La intransigencia cívica frustra el inicio del diálogo en Sucre.
- Los Tiempos, 13.08.2010. Laserna, R.: Una alternativa para Potosí.
- Cambio, 17.08.2010. Acuerdo firmado por Potosí avala oferta del Gobierno del 23 de julio.

- El Deber, 21.08.2010. Morales Peña, C.: "Evo está cercado por sus ministros".
- El Potosí, 21.08.2010. Potosí no recibió regalos de importancia de Evo Morales.
- El Potosí, 28.08.2010. Cívicos alistan congreso de unidad departamental.
- El Potosí, 28.09.2010. El sudoeste retira apoyo a gobernador potosino.
- El Potosí, 22.10.2010. Hablando de cívicos y traidores.
- El Potosí, 06.11.2010. Los potosinos festejarán bicentenario sin huelgas.
- Cambio, 10.11.2010. Evo no se olvidó de Potosí.
- La Prensa, 10.11.2010. Potosí celebra su bicentenario; Evo y Álvaro estarán ausentes.
- Página Siete, 11.11.2010. Cívicos desafían al Vice a un debate público sobre el litio.
- Los Tiempos, 11.11.2010. Toro Montoya, J. José: Sólo justicia.
- El Potosí, 22.01.2011. Celestino Condori gana y anuncia dura lucha por el litio, URL:  
[http://www.elpotosi.net/2011/0122/z\\_3.php](http://www.elpotosi.net/2011/0122/z_3.php) [Stand 05.06.2013].
- Bocamina, 03.2013. Bolivia consolida cadena productiva en la industrialización del Litio,  
<http://www.evaporiticos.gob.bo/?p=968> [Stand 05.06.2013]

### **Rechtliche Dokumente**

- Constitución Política del Estado, 07.02.2009, URL:  
[http://www.wipo.int/wipolex/en/text.jsp?file\\_id=178173](http://www.wipo.int/wipolex/en/text.jsp?file_id=178173) [Stand 09.05.2013].
- Decreto Supremo N° 0454, 20.03.2010, URL:  
[http://www.mineria.gob.bo/Documentos/Legislacion/Decretos/DS\\_0454\\_2010.pdf](http://www.mineria.gob.bo/Documentos/Legislacion/Decretos/DS_0454_2010.pdf) [Stand 08.06.2013].
- Decreto Supremo N° 21060, 29.08.1985, URL:  
[http://medios.economiayfinanzas.gob.bo/MH/documentos/DS\\_21060.pdf](http://medios.economiayfinanzas.gob.bo/MH/documentos/DS_21060.pdf) [Stand 08.06.2013].
- Decreto Supremo N° 21260, 16.05.1986.
- Decreto Supremo N° 29117, 01.05.2007, URL:  
<http://plataformaenergetica.org/obie/system/files/DS29117.pdf> [Stand 25.05.2013].

Decreto Supremo N° 444, 10.03.2010, URL: <http://www.lexivox.org/norms/BO-DS-N444.xhtml> [Stand 25.03.2013].

Decreto Supremo No. 26574, 03.04.2002, URL: <http://www.lexivox.org/norms/BO-DS-26574.xhtml> [Stand 08.06.2013].

Ley 1551: Ley de la Participación Popular, 20.04.1994, URL: <http://bolivia.infoleyes.com/shownorm.php?id=639> [Stand 25.04.2013].

Ley 2564, 09.12.2003, URL: <http://www.lexivox.org/norms/BO-L-2564.xhtml> [Stand 08.06.2013].

Ley 1654 de Descentralización Administrativa, 28.07.1995, URL: [http://siteresources.worldbank.org/BOLIVIA/Resources/Ley\\_Desc\\_Adm\\_1654\\_1995.pdf](http://siteresources.worldbank.org/BOLIVIA/Resources/Ley_Desc_Adm_1654_1995.pdf) [Stand 08.06.2013].

Ley 1854, 08.04.1998, URL: <http://www.mineria.gob.bo/Documentos/Legislacion/Leyes/1854.pdf> [Stand 25.03.2013].

Ley 719, 15.02.1985, URL: <http://bolivia.justia.com/nacionales/leyes/ley-719-1982-1985/gdoc/> [Stand 08.06.2013].

### **Sekundärliteratur**

Albó Corrons, Xavier 2006. Ciudadanía étnico-cultural en Bolivia. La Paz, Bolivia: Corte Nacional Electoral.

Albro, Robert 2010. Confounding Cultural Citizenship and Constitutional Reform in Bolivia. *Latin American Perspectives* (37), 71-90.

Beutler, Benjamin 2011. *Das weiße Gold der Zukunft: Bolivien und das Lithium*. 1. Aufl. Berlin: Rotbuch-Verlag.

Bosch, Astrid & Portugal Ramírez, Mario 2010. Ciudadanías rurales: Nuevas herramientas de participación ciudadana y control social en Saavedra y Uncía. 1. Aufl. La Paz: Participación Ciudadana y Control Social Regional Cochabamba; Plural Editores. (Serie Estudios para la acción, 1).

Bultmann, Ingo 2007. Ressourcennationalismus in Lateinamerika, in Gabbert, Karin (Hg.): *Rohstoffboom mit Risiken*. Münster: Westfälisches Dampfboot (Jahrbuch Lateinamerika, 31), 40-62.

- CEPROMIN (Hg.) 1991. Lítio: antecedentes, historia, actualidad. 1. Aufl. La Paz.
- COMIBOL. Bolivia consolida industrialización de los Recursos Evaporíticos. La Paz. URL: [www.comibol.gob.bo/noticia/152-Bolivia\\_consolida\\_Industrializacion\\_de\\_los\\_Recursos\\_Evaporiticos](http://www.comibol.gob.bo/noticia/152-Bolivia_consolida_Industrializacion_de_los_Recursos_Evaporiticos) [Stand 22.05.2013].
- Dagnino, Evelina 2003. Citizenship in Latin America: An Introduction. *Latin American Perspectives* 30 (No. 2), 3-17, URL: <http://www.jstor.org/stable/3184974> [Stand 14.04.2010].
- Dagnino, Evelina 2006. Meanings of Citizenship in Latin America. *Canadian Journal of Latin American & Caribbean Studies* 31 (62).
- Dargatz, Anja 2013. Wirtschaftliche Entwicklung um welchen Preis?: Herausforderungen indigener Beteiligung in Bolivien (Perspektive).
- Esping-Andersen, Gøsta 1990. *The three worlds of welfare capitalism*. Cambridge: Polity Press.
- FRUTCAS - Federación Regional Única de Trabajadores y Campesinos del Altiplano Sud 2008. Voto resolutivo. Uyuni.
- Geißel, Brigitte 2004. Konflikte um Definitionen und Konzepte in der genderorientierten und Mainstream-Partizipationsforschung: Ein Literaturüberblick. Berlin: WZB. (Veröffentlichungsreihe der Arbeitsgruppe "Politische Öffentlichkeit und Mobilisierung" des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung, 2004,403).
- Gerencia Nacional de Recursos Evaporíticos 2011. URL: [www.evaporiticos.gob.bo](http://www.evaporiticos.gob.bo) [Stand 22.05.2013].
- Gerisch, Christopher 2011. Bolivien im Lithium-Rausch: Das neue Gold der Anden. (hitec). URL: <http://www.3sat.de/page/?source=/hitec/151036/index.html> [Stand 11.06.2013].
- Gysler, Manuel 2010. Der Kampf um das Territorium in Nor Lípez.: Kontext, Bedeutung und Prozess einer indigenen Territorialforderung im südlichen Hochland von Bolivien. Bern: Institut für Sozialanthropologie, Universität Bern (Arbeitsblatt Nr. 51).
- Hollender, Rebecca & Shultz, Jim 2010. Bolivia and its Lithium: Can the "Gold of the 21st Century" help lift a nation out of poverty? A Democracy Center Special Report. Cochabamba. URL: <http://democracyctr.org/pdf/DClithiumfullreportenglish.pdf> [Stand 07.06.2010].

- Isin, Engin F. & Turner, Bryan S. 2008. Citizenship Studies: An Introduction, in Isin, Engin F. & Turner, Bryan S. (Hg.): Handbook of citizenship studies. Los Angeles, Calif: Sage, 1-10.
- Isin, Engin F. 2009. Citizenship in flux. the figure of the activist citizen. *Subjectivity* (29.1), 367-388.
- Ismar, Georg & Mittag, Jürgen 2009. Vom Protest zur Partizipation? Soziale Bewegungen in Lateinamerika seit Beginn des 20. Jahrhundert, in Mittag, Jürgen & Ismar, Georg (Hg.): ¿"El pueblo unido"? Soziale Bewegungen und politischer Protest in der Geschichte Lateinamerikas. Münster: Westfälisches Dampfboot, 11-33.
- Jäger, Thomas 2009. Das Zwei-Ebenen-Sicherheitsdilemma: Politische Repräsentation, territoriale Integrität und nationale Identität. Staatsschwäche und die Rolle externer Akteure in Bolivien, in Jäger, Thomas (Hg.): Bolivien: Staatszerfall als Kollateralschaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 13-36.
- Kaltmeier, Olaf 2009. Das Land neu Gründen. Gesellschaftliche Kontexte, politische Kulturen und indigene Bewegungen in Südamerika, in Mittag, Jürgen & Ismar, Georg (Hg.): ¿"El pueblo unido"? Soziale Bewegungen und politischer Protest in der Geschichte Lateinamerikas. Münster: Westfälisches Dampfboot, 339-364.
- Kohl, Benjamin 2003. Restructuring Citizenship in Bolivia. El Plan de Todos. *International Journal of Urban and Regional Research* 27 (2), 337-351.
- Mares, David R. 2010. Lithium in Bolivia: Can Resource Nationalism Deliver for Bolivians and the World? Rice University (Energy forum James A. Baker III Institute for Public Policy).
- Marshall, Thomas H. 1950. Citizenship and social class: And other essays. London: Cambridge University Press.
- Martinelly Zeballos, Álvaro E. 2011. Litio. ¿Porqué reciclarlo es tan importante como producirlo? *PetroPress* (23), 16-26.
- MAS-IPSP 2009. 2010-2015 Programa de Gobierno: País Líder. La Paz. URL: [http://www.oep.org.bo/PadronBiometrico/comunicacion/programas/AMAS\\_IPSP.pdf](http://www.oep.org.bo/PadronBiometrico/comunicacion/programas/AMAS_IPSP.pdf) [Stand 24.05.2013].
- Mayring, Philipp 2010. Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken. 11. Aufl. Weinheim.
- Molina, Fernando (Hg.) 2009a. Nacionalización: los costos de una ilusión. 1. Aufl.

- Molina, Fernando 2009b. La ideología de la nacionalización, in Molina, Fernando (Hg.): Nacionalización: los costos de una ilusión.
- Moreno Morales, Daniel E. 2009. El conflicto como participación política en Bolivia. Nueva Crónica - Y buen gobierno - (38), 6, URL: <http://sitemason.vanderbilt.edu/files/g3KLV2/Moreno%20Nueva%20Crnica%2038.pdf> [Stand 21.05.2013].
- Nacif, Federico 2012. Bolivia y el plan de industrialización del litio. un reclamo histórico. La revista del CCC 5 (14/15), URL: <http://www.centrocultural.coop/revista/articulo/322/> [Stand 18.05.2013].
- Patzi, Felix (Hg.) 2005. Participación Política, Democracia y Movimientos Indígenas en Los Andes: Fundación PIEB, IFEA y Embajada de Francia en Bolivia. La Paz: EDOBOL.
- Pérez, Mamerto 2006. La Ley de Participación Popular en una perspectiva indígena, in Grammont, Hubert C. de (Hg.): La construcción de la democracia en el campo latinoamericano. Buenos Aires, Argentina. (Grupos de Trabajo), 261-284.
- Perreault, Thomas 2006. From the Guerra Del Agua to the Guerra Del Gas. Resource Governance, Neoliberalism and Popular Protest in Bolivia. Antipode (38), 150-172.
- PetroPress 2009. El litio en Bolivia. PetroPress (13), 18-24.
- Postero, Nancy G. 2007. Now we are citizens: Indigenous politics in postmulticultural Bolivia. Stanford, California: Stanford University Press.
- Roniger, Luis 2006. Citizenship in Latin America. New Works and Debates. Citizenship Studies 10 (4), 489-502.
- Schorr, Bettina 2009. Die mobilisierte Gesellschaft. Soziale Bewegungen in Bolivien, in Mittag, Jürgen & Ismar, Georg (Hg.): ¿"El pueblo unido"?: Soziale Bewegungen und politischer Protest in der Geschichte Lateinamerikas. Münster: Westfälisches Dampfboot, 185-215.
- Schubert, Klaus & Klein, Martina 2011. Das Politiklexikon: Begriffe, Fakten, Zusammenhänge. 5. Aufl. Bonn.
- Ströbele-Gregor, Juliana 1999. Ley de Participación Popular y movimiento popular en Bolivia, in Peter, Kohut, Karl & Maihold, Günther (Hg.): Sociedad civil en América Latina: Representación de intereses y gobernabilidad. Caracas: Nueva Sociedad, 133-146.

- Ströbele-Gregor, Juliana 2008. Kanon mit Gegenstimme – Soziale Bewegungen und Politik in Bolivien, in Schmalz, Stefan, Tittor, Anne & Boris, Dieter (Hg.): Jenseits von Subcomandante Marcos und Hugo Chávez: Soziale Bewegungen zwischen Autonomie und Staat; Festschrift für Dieter Boris. Hamburg: VSA-Verlag, 129-141.
- Ströbele-Gregor, Juliana 2012. Lithium in Bolivien. Das staatliche Lithium-Programm, Szenarien sozio-ökologischer Konflikte und Dimensionen sozialer Ungleichheiten. *desiguALdades.net Working Paper Series* (13).
- Tahbub, Marwan 2009. Nuestro litio. nuestro gobierno y las transnacionales que no son nuestras. *PetroPress* (16), 9-13.
- Turner, Bryan S. (Hg.) 1993a. *Citizenship and social theory*. 1. Aufl. London: Sage Publications (Politics and culture).
- Turner, Bryan S. 1993b. Contemporary Problems in the Theory of Citizenship, in Turner, Bryan S. (Hg.): *Citizenship and social theory*. London: Sage Publications (Politics and culture), 1-18.
- Vargas Delgado, Miguel 2009. Derecho de Consulta, Participación y Consentimiento Libre, Previo e Informado. para las Naciones y Pueblos Indígenas Originarios y Comunidades Campesinas. *PetroPress* (16), 18-21.
- Villegas, Pablo 2012. La Ley 222 afecta radicalmente a la Consulta Previa. *PetroPress* (28), 12-17.
- Yashar, Deborah J. 1999. Democracy, Indigenous Movements, and the Postliberal Challenge in Latin America. *World Politics* 52 (1), 76-104.
- Yashar, Deborah J. 2007. *Contesting citizenship in Latin America: The rise of indigenous movements and the postliberal challenge*. Cambridge, New York: Cambridge University Press (Cambridge studies in contentious politics).
- Zapata Sapiencia, Álvaro 2006. *Ciudadanía, clase y etnicidad en los movimientos sociales bolivianos de comienzos del siglo XXI*. La Paz: Ed. Yachaywasi.
- Zuazo, Moira 2010. ¿Los movimientos sociales en el poder? El gobierno del MAS en Bolivia. *Nueva Sociedad* (227), 120-135.